

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummern 6 Pf. Sonntags-Nummern mit Kultur, Sonntags-Beilage, "Neut Welt" 10 Pf. Vorabonnemmt: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Russland 2 Mk. 20 Pf. Monat. Einzeln in der Welt-Verlags-Druckerei für 1894 unter Nr. 6919.

Inhalt: Beschränkt beträgt für die fünfzigsten Jahrgänge oder deren Raum 40 Bde., für Berlin und Provinzialverlag: 20 Bde. In der Expedition für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verleger: Ant. L. 1508. Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. | Freitag, den 16. März 1894. | Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Von der Nothlage der Landwirthschaft.

Seit mehr denn einem Jahrzehnt ist kaum eine Session des Reichstages und preussischen Landtages zu Ende gegangen, welche nicht dem hungrigen Großgrundbesitz auf Kosten der Allgemeinheit einen Vortheil in den Schooß geworfen hätte. Die Brotzölle kamen und stiegen mehr und mehr, die Branntweinliebesgabe brachte und bringt den Junkern Millionen ein, der Zucker genießt seine Exportbonifikation, vom Rentengütergesetz zieht der Großgrundbesitzer den Hauptnutzen und für ganz Preußen ist die Grundsteuer „außer Hebung“ gesetzt. Trotz alledem sind die Klagen über die Nothlage der deutschen Landwirthschaft nicht verstummt. Im Gegentheil. In allen Vertretungslöcher, in Vereinen und Versammlungen, in Zeitungen und Broschüren ertönt der Alarmruf der Agrarier: „Staat, hilf! wir gehen zu Grunde!“ Und die Minister und hohen Beamten stimmen nickend den Schreibern zu, und die halbe Welt glaubt ihnen aufs Wort. Die deutsche Landwirthschaft befindet sich in einer gefährlichen Nothlage. Wie so? Erster Beweis: Die Ergebnisse der preussischen Domänenverpachtungen weisen Rückgänge auf. Das stimmt allerdings. Für die letzten acht Jahre ergibt sich bei einem früheren Gesamttertrage von 5701354,50 M. ein Rückgang von 252748,08 M., also von zirka 4 1/2 pCt., für die letzten 3 Jahre bei einem früheren Gesamttertrage von 1986041,59 M. ein solcher von 85971,07 M., also von zirka 4 1/2 pCt. Ein Rückgang ist also unzweifelhaft vorhanden, aber beweisen läßt sich mit ihm nichts. Die meisten deutschen Arbeiter würden einander mit Hand und Mund gratulieren, wenn ihr Einkommen heute nur um 4-5 pCt. geringer wäre, als es zur Zeit der höchsten Löhne gewesen. Die deutsche Landwirthschaft steht vor dem Ruin. Zweiter Beweis: Die Produktionskosten haben riesig zugenommen, der Reinertrag sinkt, wenn es so weiter geht, wird es, wie ein Hauptagrarier unlängst im Reichstage prophezeit hat, noch so weit kommen, daß der Landwirth auf jede Tonne Roggen 50 M. darauf zahlt. Es ist richtig, daß die Produktionskosten sich mit der Einführung einer intensiveren Kultur steigern. Dafür wachsen aber auch die Erntemengen.

die Arbeit. Er vertilgte das Unkraut und nahm den bisher so armen Boden in intensivere Kultur. Im Jahre 1884 hatte der Morgen gebracht an Roggen 7,75 Zentner, Weizen 8,50 Zentner, Gerste 12 Zentner, Hafer 7 Zentner; 1892 erntete der Pächter von derselben Fläche: 19,50 Zentner Roggen, 15,30 Zentner Weizen, 18,85 Zentner Gerste und 18,85 Zentner Hafer. Das sind doch Erträge, bei welchen sich bestehen läßt. Die von dem Pächter eingeführte intensive Kultur steigerte aber nicht bloß den Körnerertrag, sie förderte auch den Futterbau, der Viehstapel konnte vergrößert und das vorhandene Vieh jetzt weit besser gefüttert werden als früher. Während sonst der Liter Milch kaum 7 1/2 Pf. brachte, wird er jetzt zu 14 1/2-17 Pf. verkauft. Die Wirthschaftsweise des Pächters veranlaßte die benachbarten Bauern zur Nachahmung. Und auch bei ihnen hob sich der Ertrag. Sie erzielten durchschnittlich pro Tagewerk = 1/2 ha

	1884	1892
Weizen . . .	10-12 Ztr.	18-18 und 20 Ztr.
Roggen . . .	12-15 "	15-20 "
Hafer . . .	7-9 "	14-22 und 24 "
Gerste . . .	9-11 "	18-22 "

Infolge der höheren Ertritteerträge sind auch die Preise für Grund und Boden gestiegen, in den letzten fünf Jahren allein um das Dreifache. Die Roherträge sind aber nicht bloß in der That und zwar infolge einer ganz besonders intensiven Kultur, sondern auch anderswo, überhaupt, ganz gewaltig in die Höhe gegangen. Die „Illustrierte landwirthschaftliche Zeitung“, ein Bündlerorgan, veröffentlichte am 20. Januar folgende Statistik des von Knebel-Döberitzschen Familiengutes Friedrichshof.

	1881-91 = 8214 Schef. Getreide		1891-91 = 7645 "
1821-31 = 3214		+ 500 Ctr. Kartoffeln	
1831-41 = 3119		+ 2500 "	
1841-51 = 3951		+ 4500 "	
1851-61 = 4462		+ 7400 "	
1861-71 = 5076			+ 5000 Ctr. Futterrüben.
1871-81 = 5044			
1881-91 = 7645			

„Ja“, sagen darauf die ostelbischen Junker, „das ist alles recht schön und gut, aber wir erzielen solche Erträge nicht, oder doch nur auf einem Theil unserer Güter.“ Die Herren mögen zum Theil recht haben. Woher soll derjenige, welcher die schönsten Jahre seines Lebens im Pferdebestall, in der Kaserne, am Spieltisch vertribbelt, die technischen Kenntnisse her haben, welche die Landwirthschaft, die sich zu einer Wissenschaft ausgewachsen hat, heute erfordert? Auch hinsichtlich der Erträge haben die Ostelbier in gewisser Hinsicht Recht. Ihre Güter sind für eine extensive Kultur zu groß; die Aussenschläge, welche oft 20-25 pCt. des Gutsareals umfassen, können nur intensiv bewirtschaftet werden und verschlingen so einen guten Theil des Reinertrages. Das ist

Thatsache, geht aber das arbeitende Volk nicht einen Pfifferling an, um so weniger, als ja das preussische Renten-gütergesetz den zeternden Herren naive Kleinbauern in Hülle und Fülle antreibt, welche von diesen Flächen einen Fegen nach dem andern um ein reines Sündergeld erstehen.

In den Motiven zu dem Gesetzentwurf über die Landwirthschaftskammern wird gesagt, der allodial größere Grundbesitz sei über die Hälfte des Werthes verschuldet. Die Hauptursachen der Verschuldung seien Erbsälle und Restkaufgelder. Ja, ist denn das nicht etwas ganz Individuelles, läßt sich aus diesen Thatsachen wirklich der Beweis drehen, daß sich die Landwirthschaft als solche in einer Nothlage befinde? Die agrarischen Silbermänner behaupten immer, daß durch die Einführung der Goldwährung die verschuldeten Landwirthe zu gunsten ihrer Gläubiger benachtheiligt worden wären. Hat jemals einer gehört, daß eben dieselben Herren auf die Vortheile auch nur hinwiesen, welche den Hypothekenschuldnern dadurch erwachsen, daß in derselben Zeit der Zinsfuß von 5 pCt. auf 3 1/2-4 pCt. herabging?

Mit einem Wort: Es ist eine Thatsache, daß ein großer Theil der Junker und Genossen verschuldet ist bis zu den Ohren, aber von einer allgemeinen Nothlage der Landwirthschaft fehlt jeder Beweis. Ist sie aber wirklich vorhanden, gut, warum liefert man dann den Beweis nicht schwarz auf weiß? Warum forderten die Agrarier, die doch sonst alles mögliche ausbeden, alle nur denkbaren Forderungen erheben, von der Regierung, die ihnen doch stets zu Willen ist, nicht schon lange eine eingehende Agrar-Enquete?

So fragt der Autor, dessen Ausführungen wir im Vorstehenden benützt, und wir meinen, der Mann hat vollständig Recht. Die Regierung hat mittlerweile, wie einige Blätter aus „bester Quelle“ erfahren, ihre Geneigtheit zu erkennen gegeben, eine solche Umfrage zu veranstalten. Nun, wer's erlebt, wird ja sehen, was dabei herauskommt. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. März.
Der Reichstag erledigte heute, in einer fünfständigen Sitzung die dritte Lesung des Etats. Die Ruthe der Abendstimmung, die über dem Haus aufgehängt war, besenerte die Arbeit. Die Generaldebatte verlief sehr rasch. Im Namen der Fraktion theilte Liebknecht mit, daß die sozialdemokratische Fraktion beschlossen hat, zu

*) Dr. Julius Zuns: Nicht abgeschickte Petition an den hohen Reichstag behufs Veranlassung einer Agrar-Enquete. Frankfurt a. M. Walschlag u. Waldschmidt.

Atschin hielt diese selbst, eine gelatinartige Flüssigkeit, in einer Flasche verwahrt, prüfend gegen das Licht. Ihre Augen waren ebenso ruhig und sicher, wie ihre Hände, ihr Veris hatte sie gestählt; von ihrer Festigkeit und Besonnenheit hatte so oft das Leben Anderer abgehungen, nun hatten sie einmal ihr eigenes in der Hand. Aber keiner von ihnen dachte an die Gefahr. Ein Kriegsmann über dankte es ihnen. Man prüft die Kampfmittel auf ihre Tüchtigkeit, ehe man sie gegen einen unbarmherzigen Feind ins Treffen führt. Die Sonne in raschem Aufstiege hatte jetzt eben den Tobel erreicht. Sie stahl sich durch das junge Laub in diese grüne Wildniß hinein, und funkelte über die nassen Blätter hin und glitzerte silbern in dem klaren Wässerschen auf, das rasch und lustig über die Riesel dahin schoß. Die Vögel, die bis dahin, um sich vor Kälte und Thau zu schützen, unter den Blättern saßen, die Federn ausgebläht, den Kopf dazwischen gesteckt, schüttelten das Gefieder, hoben die Schwünge und flatterten auf. Und frisch und heiter, wie der Tag selbst, begrüßten sie ihn mit jubelnden Gesängen. Ein Heher läuft da behende den Stamm einer jungen Eiche hinauf. Er hüpf von Zweig zu Zweig und schaut mit seinen klugen listigen Augen neugierig auf diese Menschen hernieder, die ihm den Rücken zuwenden und die Köpfe gesenkt halten. „Was machen die da?“ fragt sich der Heher. Er weiß ganz gut, Unmenschen gegenüber, die Flinten tragen, heißt es vorsichtig sein und aufpassen. Er ist unter den Vögeln des Waldes als der Warner bekannt und geschätzt; auch er hat seinen Ehrgeiz so gut wie andere und will sein Renommee sich erhalten. Er bemerkt, daß sie etwas Glänzendes in ihren Händen halten, metallisch blinzelt es auf in der Sonne. „Das ist ein Flintenlauf“, denkt er; für einen Heher kann es nichts anderes sein, und jäh und kreischend stößt er den Warnungsruf aus.

Feuilleton.

Helene. Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky. (Wegen eines Versehens beim Umbrechen des Feuilletons in unserer gestrigen Nummer veröffentlichen wir den Roman Helene vom vierten Abschnitte der zweiten Spalte der gestrigen Nummer noch einmal.) Die jungen Männer, die diese Vision geschaut, begegneten sich in denselben Gedanken, sie lächelten Beide. . . . Die Sonne ist hinter den bewaldeten Höhen emporgestiegen. Wie das Alles glänzt und glitzert in der farbigen Pracht eines Sommermorgens. Sie stehen am Rande des Waldes, in dem ein tausendfältiges Leben erwacht ist. Sie treten unter die Bäume und gehen weglos im Walde weiter. „Sind wir noch weit von dem Ort, den Du Dir ausgesucht hast?“ fragte Lazar. „Nein — einige Schritte noch“, entgegnete Atschin, dessen schmale Brust leuchtete, aber um so hastiger strebte er vorwärts. Da strauchelte sein Fuß über eine hervorstehende Baumwurzel. Lazar sah ihn rasch am Arme. „Vorsichtig, Du trägst die Flasche.“ „Teufel, bald hätte ich mein Werk an mir selbst erprobt.“ „Ohne Dich des Gelingens erfreuen zu können.“ „Das wäre allerdings schade, und um so schlimmer, da mit dem Erfinder die kostbare Erfindung zugleich verloren ginge.“ Die über das unsicherste Probieren bisher nicht hinaus gebiegen ist.

So bespöttelten sie sich gegenseitig in kaltem Zynismus. „Da ist der Tobel“, sagte Atschin, „sie nennen ihn hier den Peterobel.“ Beide traten an den Rand und sahen hinab. Die Böschung war steil und wild verwachsen, Alles war naß vom Thau. „Ich weiß nicht, weshalb wir da hinunter sollen?“ versetzte Lazar und suchte mit den Achseln. „Um vor Störungen sicher zu sein, auch wird die Detonation da unten fast unhörbar verhallen, die pflanzenbewachsenen Wände verschlingen den Ton.“ „Gut, dann gehen wir hinab . . . aber gib mir die Flasche.“ Atschin blickte zornig auf: „Hältst Du Dich für gezeit? Nein, mein Lieber, ich kenne keine Angst, wer eine Welt in Trümmer legen will, darf seine eigenen Beine nicht schonen und die Manipulation hier ist meine Sache.“ Er sagte es fest und rauh, und Fuß um Fuß schend, begann er die Böschung langsam hinab zu steigen. Lazar folgte ihm. Unten angekommen, wählten sie ihren Platz. „Ganz vortrefflich“, rief Atschin, „höchst geeignet für unsere Versuchstation.“ Dann begann er seine Hände zu reiben, die kalt geworden waren. „Steife Finger, das ist dumm, das kann ich nicht brauchen.“ Mit Umsicht und Kaltblütigkeit begannen sie ihre Vorbereitungen. Was das für nette glänzende Dingerchen waren, die Lazar aus seiner Tasche hervornahm. Kleine, zierliche Messingkapfeln, die Atschin schon vor längerer Zeit für ein Balkongitter bestellt hatte. Der Fabrikant hatte sie ihm anstandslos und genau nach der Zeichnung geliefert. Sie scherzten darüber mit guter Laune, während Lazar zwei derselben für die Füllung zurecht legte.

Anfang der nächsten Session einen Antrag einzubringen, welcher die Frage der Abschaffung des Militarismus in das Stadium praktischer Thätigkeit überführen und die Umwandlung des stehenden Heers in ein freies Milizheer anbahnen soll. Redner wies auf die Bewegung gegen den Militarismus in anderen Ländern hin, namentlich auf den bekannten Antrag unserer Genossen in Frankreich, zeigte die Kulturwidrigkeit des Militarismus an den Reben des Kriegsministers über den Fall Kirchhoff, und schloß mit einer kurzen Kritik der Zustände, in welche das herrschende System uns gebracht hat. Die Debatte über die einzelnen Statistiken verlief im ganzen sehr ruhig. In ein lebhafteres Tempo kam die Debatte nur bei Besprechung des sozialdemokratischen Antrages über das famose Urteil des sächsischen Oberlandesgerichts. Auer wies vermittelst reichhaltigen Materials die Monstrosität dieses von uns wiederholt gekennzeichneten Erkenntnisses nach, und zeigte an drastischen Beispielen die „doppelte Buchführung“ der sächsischen Justiz. Der nationalliberale Vizepräsident Bürtlin wollte jede Kritik der Justiz verbieten, und lieferte den Nachweis seiner Nichtbefähigung zum Präsidentenamt mit einer Gründlichkeit, wie vor ihm wohl kaum je ein anderer es gethan. (S. unten.) Der sächsische Bevollmächtigte Graf Hohenhals konnte zur Verteidigung der sächsischen Praktiken unzweifelnde Sätze hervorstoßen — das Haus und der Bundesrathstisch hörten ihn schweigend zu, sein ernüchterndes Bild, der ihn aufgerichtet hätte. Abg. Träger ergänzte sehr glücklich die Ausführungen Auer's und der Reichssekretär des Justizamts, Dr. Nieberding, verteidigte dann die auf der Anklagebank sitzenden sächsischen Richter und sonstigen Behörden mit so durchschlagendem Erfolg, daß Graf Hohenhals sicher an das Sprichwort gedacht hat: Gott behüte mich vor meinen Freunden! Für Jeden, der zwischen den Zeiten zu lesen und das juristische Deutsch in deutsches Deutsch zu übersehen versteht, war diese Verteidigung eine schärfere Beurteilung, als die Angriffe Auer's und Trägers gewesen. Selbst der nationalliberale Cunnecerus mußte die sächsische Praxis tadeln. Da die Fassung des sozialistischen Antrags auf juristische Bedenken stieß, so wurde derselbe, nachdem sein Zweck vollständig erreicht war, von uns zurückgezogen.

Bei der Position Brausteuern gab ein häuslicher Streit zwischen den Bierbräuern Lutz (Nennombräuer) und Rösicke (Direktor der Schultzeischen Brauerei) dem Genossen Wurm Gelegenheit, auf den zunehmenden Verbrauch von Surrogaten in der Bierbrauerei hinzuweisen. Er verlangte, daß die Namen der Surrogat-Beute festgesetzt würden, damit man sie von den echten Hopfen- und Malz-Beuten unterscheiden könne.

Im übrigen boten die Verhandlungen kein Interesse mehr, bis unmittelbar vor dem Schluß die Aeußerung eines Redners über die Produkte des Postbeamten-Protestschwindels noch einige kräftige Bemerkungen Bebel's und Schoenlaue's zur Charakterisirung dieser Komödie hervorriefen.

Um 5 1/2 Uhr, genau fünf Stunden nachdem sie begonnen, war die dritte Lesung beendet. Mit solcher Dampfgeschwindigkeit ist es noch niemals gegangen.

Noch geschwinder wird es voraussichtlich morgen gehen, wo die Sitzung für die letzte Lesung des russischen Handelsvertrages schon um 10 Uhr Morgens beginnt.

Die nationalliberalen Reichstags-Präsidenten sind allezeit die intolerantesten gewesen, wie denn überhaupt die nationalliberale Partei die unliberalste in ganz Deutschland ist, was sich neuerdings bei ihrem mißglückten Versuch zeigte, die anarchistischen „Attentate“ von Paris für Deutschland zu fruktifizieren, — ein Versuch, den nicht einmal die realistischen Junker mitmachen wollten. Die Leistungen Simson's und namentlich Fordenbe's sind bekannt: beide nationalliberale Biederwälder waren Polizeibüttel auf dem Präsidentensstuhl — der erstere nur etwas feiner und geschickter. Der Krach der nationalliberalen Partei besetzte uns von den nationalliberalen Präsidenten. Nur nationalliberale Vizepräsidenten haben wir seitdem gehabt. Der letzte ist Herr Bürtlin, der noch immer dieses Ehrenamt bekleidet, wenn man ihm auch aus guten Gründen nur selten Gelegenheit giebt, seines Amtes zu walten. Wie lange er es noch bekleidet wird, das ist freilich die Frage. Herr Bürtlin hat sich heute so unfähig bewiesen, daß er, wenn ihm nur ein Fünkchen von Selbsterkenntniß dämmert, freiwillig zurücktreten wird. Was ihn

aufs Eis und zu Fall brachte, war der Antrag Auer, betreffend das Erkenntniß des höchsten sächsischen Gerichtshofes, durch welches die vom Reichstag ausdrücklich garantierte Freiheit der Wahlzettel-Vertheilung aufgehoben wird. Herr Bürtlin betrachtete sich als Anwalt der sächsischen Richter. Er suchte dieselben auf jede Weise der Kritik zu entziehen. Er unterbrach den Redner in der unmotivirtesten Weise; und gerieth schließlich demmaßen in polizeilichen Uebereifer, daß er auf einen Zwischenruf hin in's Blaue hinein einen anonymen Ordnungsruf ertheilte — während die Geschäftsordnung des Reichstags ausdrücklich die Namensnennung des zur Ordnung zu Rufenden erheischt. In diesem Schwabenreich vizepräsidentlicher Nervosität schüttelten sogar seine nationalliberalen Kollegen den Kopf.

Der Bundesrath versammelte sich heute zu einer Plenarsitzung. Vorher fanden Sitzungen der vereinigten Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Justizwesen, sowie der vereinigten Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Eisenbahnen, Post und Telegraphen statt.

Reichstags-Erfahrung. Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen der Erziehung im Wahlkreise Meserich-Bomst erhielten: Szymanski (Pole) 7180, Dziembowski (Reichspartei) 4583, von Mosch (Antisemit) 2975, Stolze (Sozialdemokrat) 198 und Dau (freisinnige Volkspartei) 83 Stimmen. Die Stichwahl zwischen Szymanski und Dziembowski ist nunmehr sicher.

Dr. Sahn, der Sprecher des Bundes der Landwirthe, Bekämpfer der Börse und Verfasser von Börsenprospekten, Krangerer von Bismarck-Empfängen u. s. w. u. s. w. ist aus der nationalliberalen Partei ausgeschlossen worden.

Die Neu-Uniformirung der Armee soll beabsichtigt sein. Auf ein paar weitere Tugend Millionen mehr für den Militarismus kommt es den Spigen unserer Regierung nicht an, wohl aber dem Volke. Die Herren am grünen Tische halten sich für unfähig, sich ihr eigenes Grab zu schaufeln. Fahren sie aber so fort, so werden sie bald die Grube gegraben haben, in die sie selbst hineinfallen werden.

Der „Kladderadatsch“ hat Konkurrenz bekommen, und zwar in einem Blatt, wo man bisher zwar keinen geistreichen, aber doch wenigstens ernsten Inhalt zu suchen pflegte. Nämlich in dem „Militär-Wochenblatt“. Dieses amtliche Organ veröffentlicht in seinem nichtamtlichen Theil einen Artikel über die sozialdemokratische „Peeresreform“, der den Beweis liefert, daß das Militärsystem theurer sei als das herrschende Militärsystem. Da nicht anzunehmen ist, daß die Gelehrten des „Militär-Wochenblatts“ der Anfangsgründe der Rechenkunst unkundig sind, so können wir nur zu dem Schluß kommen, daß das „Militär-Wochenblatt“ sich entschlossen hat, durch Humoresken und „Witze“ seinem winzigen Abonnentenstand aufzuhelfen. Der „Kladderadatsch“ wird nicht sehr erdbant sein.

Zum geplanten Kali- und Magnesia-Monopol. Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Beratung des Gesetzesentwurfes über die Anflutung und Gewinnung der Kali- und Magnesiaerze trat heute in die zweite Lesung der Vorlage ein. Die Einleitung des Gesetzes wurde in der heutigen Sitzung verlesen. Die Provinz Hannover bleibt bis nach dem Geltungsbereich ausgeschlossen. Die übrigen Artikel mit Ausschluß derjenigen, die sich auf Hannover beziehen, wurden angenommen. Das ganze Gesetz wurde schließlich mit 13 gegen 4 Stimmen angenommen.

Die Duellfrage im bairischen Landtage. Die Kammer der Reichsräthe nahm nach langer Debatte den Antrag Auer, über den von Daller gestellten Antrag betreffs Duellmangels zur Tagesordnung überzugehen, mit der Begründung an, daß die Staatsregierung heute durch den Ministerpräsidenten und den Justizminister entsprechenden Vollzug der Gesetze gegen das Duell zugesagt habe.

Die bairische Kammer der Abgeordneten lehnte mit 67 gegen 64 Stimmen den Antrag Jäger's auf staatliche Mobiliar-Brandversicherung unter allmählichem Ausschluß der Privatgesellschaften ab, und nahm den Antrag des Ausschusses auf Revision der Statuten sämtlicher 26 in Bayern zugelassenen Gesellschaften behufs Herabsetzung der Prämien und Verhinderung eines unkontrollierten Gebahrens an. Der Minister des Innern hatte das Staatsmonopol Bayerns auf das Bestimmteste aus politischen, finanziellen und volkswirtschaftlichen Erwägungen bekämpft.

Kommandowort, sagt er: „Vertilgt alle Spuren —“ Er schließt die Augen und wird bewußtlos.

Lazar zögert nur einen Augenblick. Wie Atschin erkennt auch er die ganze Größe der Gefahr, die für alle Freunde und Emigrirte heraufbeschworen würde, sobald dieser verunglückte Versuch bekannt würde.

Atschin mußte fortgebracht, die Freunde mußten benachrichtigt und alle Spuren verwischt werden, ehe die Polizei Wind bekam.

Er will all seine Kräfte daran setzen und sollte er bei dem Versuch zu Grunde gehen.

Mit den Händen sich anhaltend, mit den Armen sich stützend, klimmt er den Graben aufwärts. Er schleppt sich durch den Wald in seiner schweren Verwundung, mühsam, unter tausend Schmerzen.

Er ist von innerlicher Ungeduld verzehrt, und von Minute zu Minute steigert sich die heiße Angst, seine Kräfte könnten versagen.

Von Zeit zu Zeit hält er inne, er muß ruhen, er kann nicht mehr — lebend fällt er die Hände, nach Hilfe begierend, und fürchtet doch nichts so sehr, als einem Menschen zu begegnen, der sich seiner erbarmte.

Und er rutscht weiter; nur mit den Händen hilft er sich vorwärts. Er verläßt den Wald und hat endlich die Straße erreicht, eine breite Blutspur zurücklassend.

„Sie wird mich verrathen und ihn!“ flüstert er.

Er fühlt, wie er matter und matter wird und bleibt endlich liegen: „Auch mit mir ist's zu Ende.“

Im Petertobel aber schreien die Vögel noch immer aufgeregter durcheinander.

Was sich da ereignete, war etwas so Ungewöhnliches, sie können sich's gar nicht erklären.

Von den Zweigen einiger junger Buchen schauen sie mit ihren Augen, scharfen Augen herab, nach dem Mann, der da liegt.

Da hüpfte eine lede Grauwüde auf dem Boden, und

In Württemberg plant die Regierung eine Wahlreform. Anfang April soll der Entwurf zur Revision der Verfassung über eine andere Zusammensetzung der beiden Häuser veröffentlicht werden. Und in Preußen? Hier ist alles still, hier muß erst der Druck von unten wirken. Er wird nicht ausbleiben.

Der braunschweigische Landtag genehmigte den Vorschlägen der Regierung gemäß den Erlaß der zehnten Klasse der Personalsteuer, den Erlaß einer Monatsrate der Grundsteuer und der Gewerbesteuer und die Ueberweisung von 23 Pct. aller direkten Steuern an die Gemeinden, sowie von 270 000 M. an die Kreisverbände.

Ein gesundes Freiren für die gesammte arbeitserfeindliche Presse sind die sozialdemokratischen Hungerlöhne, welche die Tabalarbeiter-Genossenschaft in Hamburg ihren Arbeitern zahlen soll. Im sozialdemokratischen Zukunftsstaate, so heißt es in dem Wäschezettel, wird es keine Noth, keine „Hungerlöhne“ mehr geben; jedermann, der seine Pflicht erfüllen wird, soll sorgenlos leben und sein gutes Auskommen haben, so versichern die sozialdemokratischen Bauernfänger. Wie bei der rothen Genossenschaftsbäckerei in Berlin, so ist auch jetzt in Hamburg-Altona eine Probe auf diese Prophezeiung gemacht. In Hamburg-Altona war nämlich vor längerer Zeit ein Zigarrenarbeiterausstand ausgebrochen, weil Agitatoren den betreffenden Arbeitern vorgerebet hatten, daß sie viel zu niedrige Löhne erhielten. Da aber die Arbeitgeber nicht nachgaben, thaten sich die Streikenden zusammen und bildeten eine „Tabalarbeiter-Genossenschaft“ mit einer eigenen Zigarrenfabrik. Nach dem vorliegenden Bericht für das verlossene Jahr beschäftigte diese Genossenschaft 161 Arbeiter, von denen die besten und geschicktesten Arbeiter 3,16 M., die Jurichter aber gar noch nicht einmal ganze 2 M. für den Tag verdienten. Das sind thatsächlich für das theure Hamburger Pflaster Hungerlöhne, bei denen die armen Verzehrten kaum bestehen können. Früher haben die Jurichter etwa 3 M., die besonders guten Arbeiter mindestens 4 M. täglich verdient. Das sozialistische Genossenschaftsprinzip hat also auch in Hamburg, wie in vielen anderen Großstädten zuvor, die praktische Probe in keiner Weise bestanden. Da es die eigentliche Arbeits- und Erwerbsreform im Zukunftsstaate sein soll, so wird man die entsprechende Naganwendung aus solchen Erfahrungen leicht ziehen können.

Es verlohnt sich hier wohl, die Nase der arbeitserfeindlichen Presse auf einige besonders saftdicke Gemeinheiten und Entstellungen zu drücken.

Zunächst hat unseres Wissens die Hamburger Tabalarbeiter-Genossenschaft noch niemals Anspruch darauf gemacht, den sozialdemokratischen Zukunftsstaat in ihrer gegenwärtigen Konstitutionsweise zu verkörpern. Die Tabalarbeiter-Genossenschaft war das Endresultat nicht eines frivolten Streiks, wie die Gegner hier glauben machen möchten, sondern einer seitens der Hamburger Zigarrenfabrikanten im Herbst 1890 in Szene gesetzten Ausperrung, wie sie schamloser wohl noch kaum zuvor verübt worden ist. Die Fabrikanten stellten damals an die Arbeiter das freche Verlangen, sich durch Entäußerung ihres Koalitionsrechts zu entziehen und die Arbeiter wurden, als sie diese Schamlosigkeit unbeachtet ließen, 4000 an der Zahl, rüchellos auf das Straßensplaster geworfen. Diese brutale Handlungsweise machte damals ein solches Aufsehen, daß selbst zahlreiche kapitalistische Preßstimmen sich darüber in Ausdrücken höchsten Mißfallens äußerten. Und als nach einem sechswöchentlichen heldenmüthigen Kampf die Arbeiter unterlegen waren, da brachten sie den Plan einer Produktivgenossenschaft aus dem Grunde zur Ausführung, weil sie die moralische Verpflichtung in sich fühlten, die zahlreichen Proskribirten unter ihnen ein Unterkommen zu verschaffen. Dank der energischen Leitung ist es seitdem gelungen, die Tabalarbeiter-Genossenschaft auf eine Höhe zu bringen, welche erklärtermaßen die Feinde und Bevormunder der Arbeiter zu Begehrungen anregen muß, wie sie sich zur Zeit in kapitalistischen Blättern äußern. Die Tabalarbeiter-Genossenschaft ist gegenwärtig nicht nur eine der geachtetesten und größten Unternehmungen Hamburgs, sondern sie zahlt, was man sich im gegnerischen Lager merken möge, auch die besten örtlichen Löhne. Einen Lohn von 3,16 M. verdient in Hamburg ein Zigarrenarbeiter bei einem Privatunternehmer nur in den allerbesten Fällen und auch der Jurichterlohn von 2 M., der nebenher bemerkt nur an weibliche Arbeiter gezahlt wird, ist selbst für das theure Hamburger Pflaster verhältnismäßig hoch. Wir sind überzeugt, daß die Tabalarbeiter-Genossenschaft bereit ist, jeden Jurichter den Gegnern mit Gold aufzuwiegen, der jemals von einem Hamburger Fabrikanten den Tagelohn von 3 M. erhalten hat! Das die in der Tabalarbeiter-Genossenschaft gezahlten Löhne, absolut betrachtet, niedrig sind und ein menschenwürdiges Dasein nicht ermöglichen, das bekreiten weder wir, noch wird unseres Erachtens die Zeitung der Tabalarbeiter-Genossenschaft etwas gegen diese Sentenz einzuwenden haben. Selbstredend sind die Leute in den Kapitalistenblättern, welche den Wäschezettel mit Schögen aufnehmen, nicht solche Esel, daß sie glauben, eine Arbeitergenossenschaft könne unter der Herrschaft und der Konkurrenz der Kapitalisten das Wunderwerk verrichten und ihren Arbeitern Löhne von etwa 50 M. pro Woche zahlen. Es paßt den Leuten, die sonst jedes Mal von dreier Vergehrlichkeit reden, wenn der Arbeiter seine elende Lage ver-

mit dem Schweiße wedelnd folgt ihr die Wachtelze. Sie hüpfen näher und näher und piepsen: „Der rührt sich nicht — der ist todt!“ während der Unglücksbeher aus sicherer Höhe noch immer sein „Kräh-Kräh!“ herniederzertert.

Blöthlich stiegen sie alle mit lautem Gekreische auf und in den Wald hinein.

Eine Frau leucht heran, ein kleines, blaßes, arm-seliges Ding, athemlos kommt sie daher.

Es ist Tania. Sie war in der Irre gegangen und erst die Detonation, die sie vernommen, hat ihr den Schauspiel verrathen.

Atschin's Haupt ruht jetzt in ihrem Schooße, von ihren kleinen zitternden Händen gehalten. Ihre Brust ist wie zermalmt von dem großen Weh und all ihre Nerven zuden. Als er aber jetzt langsam die Augen öffnet, zwingt sie den wilden Schmerz zurück und sie neigt sich über ihn mit dem innigsten Ausdruck der Liebe und des Erbarmens.

Er dankt ihr mit dem Blick — er kann nicht sprechen — und wieder schließt er die Augen.

Spähend beugt sie sich über ihn und stumm.

„Ist es wirklich aus mit Dir, Du Kämpfer und Tönder? Welch saftigen Ausdruck dies sonst so harte Gesicht hat. Ich kannte Dich, Atschin — Dein Herz war weich und gut — in heiß hast Du die Menschen geliebt — Du konntest ihren Jammer nicht mit ansehen — Du wolltest ihn nicht bulden — er brachte Dich zur Verweissung — Dein Mitleid hat Dich in diesen wilden, verzweigten Kampf getrieben, in dem wir alle stehen — in dem Opfer auf Opfer fallen.“

Tyränen stürzten aus ihren Augen — heiße, blutige Thränen. Und sie neigte sich tiefer und küßte die bleiche, edle Stirn des Mannes, die keine Falte mehr fürchte.

(Fortsetzung folgt.)

„Kräh-Kräh-Kräh!“ ertönt es im Rücken Atschin's mit der Deutlichkeit einer Menschenstimme. Und ein Knall antwortet, einem Pistolenschuß gleich.

Die zuckende Hand Atschin's hatte einen Tropfen des Sprengstoffes verschüttet, unglücklicher Weise war er auf einen Stein gefallen und explodirte.

Die Explosion läßt die Beiden zurückspringen, dabei entfällt den vor Kälte steifen Händen Atschin's die Flasche.

In demselben Augenblick erschüttert eine furchtbare Detonation die Luft. Die Erde ist aufgewühlt, Gebüsche wanken, Steine fliegen umher. . . Und da ist ein Flattern und Kreischen und Schreien der Vögel, die aus dem Bereiche so furchtbaren Gewalten sich retten wollen.

Aber Diejenigen, die davon grausam getroffen waren, sind lautlos zu Boden gesunken, Beide tödtlich verwundet.

Lazar ist nach rückwärts gegen den Bach gesunken, die rechte Hand ruht im Wasser und die kleinen Wellchen berühren sie schmeichelnd.

Er kommt zu sich und öffnet die Augen. . . er kann denken und athmen. . . aber sein Bein ist verstimmt.

Auf den Armen versucht er sich zu erheben und nach dem Freunde zu blicken.

Starr vor Entsetzen bleiben seine Augen auf ihn gefest. Beide Beine sind ihm buchstäblich zerfetzt, fast vom Leibe gerissen. . . ein grauenhafter Anblick. Er sucht sich ihm zu nähern, aber ein weiterer Blick belehrt ihn, daß er hier nichts vermöge.

Atschin — mein Bruder“, stammelt er, vergehend in Mitleid und Schmerz.

Atschin hebt mühsam die Lider und sieht ihn an.

„Muth, Bruder!“ ruft Lazar ihm zu, „ich kann mich bewegen — ich schaffe Dir Hilfe — sie sollen Dich nicht finden!“

Ein Blick des Einverständnisses bricht wie ein Blitz aus diesen sich verdunkelnden Augen, und wie ein sterbender Feldherr seine Kräfte zusammenrafft zu einem letzten

bessern will, eben in den Kram, bei dieser Gelegenheit eine Injämie zu verüben und da kommt es ihnen zur größeren Ehre des Gottes Kapital auch nicht darauf an, einmal von der Logik und dem heiligen Prinzip der Niederhaltung der Begehrtlichkeit abzuweichen.

Das Recht auf Arbeit in der Schweiz. Die Kommission des Nationalrates für das Initiativbegehren betreffend das Recht auf Arbeit hat ihre Beratung am Dienstag Vormittags beendet. Sie beschloß einstimmig Ablehnung des Initiativbegehrens ohne Motivierung; dagegen bestimmet sie ebenfalls einstimmig folgendes Postulat: Der Bundesrath wird eingeladen, 1. der Bundesversammlung beförderlichst Bericht und Antrag einzubringen, wie und unter welchen Bedingungen die von Kantonen, Gemeinden oder Vereinen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Beschäftigung oder Unterstützung unverduldeter Arbeitsloser geschaffenen Institutionen durch den Bund zu subventioniren seien; 2. zu untersuchen und darüber Bericht zu erstatten, ob und in welcher Weise eine noch weitergehende Mitwirkung des Bundes für wirksamen und unentgeltlichen öffentlichen Arbeitsnachweis, sowie für die Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit möglich und gerechtfertigt sei.

Das neue englische Ministerium ist bereits im Stadium der Vertrauensvoten angelangt — gerade wie Crispi und Casimir Perier. Die Scharte der vorgestrigen Schlappre mußte ausgekehrt werden — und das ist durch ein beiläufig etwas homöopathisches Vertrauensvotum in Form einer Tagesordnung geschehen. Das Ministerium steht fest! jubelt die liberale Presse. Gewiß — es steht fest, bis die Majorität wieder einmal zusammenbricht, und der Appell ans Land nicht länger vermieden werden kann.

Wie schwach das Ministerium Rosebery sich selber fühlt, erhellt mit einer, durch keinen Phrasennebel zu trübenden Klarheit aus der Thatsache, daß seine liberalen Anhänger es sind, die vor dem Appell an das Land scheuen wie vor dem böllischen Feuer, während die Opposition mit wachsendem Nachdruck die sofortige Auflösung des Unterhauses und Anberaumung der Neuwahlen fordert.

Das neue spanische Ministerium verspricht, besondere Gesetze gegen die Störer der sozialen Ordnung den auf den 4. April einzuberufenden Cortes vorzulegen.

Spanisches. Aus einer im Auktblatt erschienenen Statistik ist ersichtlich, daß man am Schluss des Jahres 1893 dem Lehrpersonal gegen 7 Mill. Pesetas (5 1/2 Mill. Mark) schuldet. Nur drei Provinzen Spaniens bezahlen ihre Lehrer regelmäßig; die Canarischen Inseln, Guipuzcoa und Biscaya-Burgos, Leon und Salamanca schulden fast 16 000 M., Avila, Madrid und Sevilla fast 80 000, Alicante, Almeria, die Balearen, Barcelona, Cadix, Cordoba und Toledo fast 400 000, Malaga allein schuldet mehr als 1 Million M.; dann folgt Granada mit 650 000 M.

Und ein Land, das dieser Schmach sich schuldig macht, fröhnt dem Laster des Militarismus und scheut nicht kolonialpolitische Extravaganzen.

Auf der Warschauer Universität fanden in den letzten Tagen Demonstrationen seitens der Studenten statt. Dieselben drohen die Universität zu verlassen.

Die brasilianischen Rebellen im Hafen von Rio Janeiro haben sich sämtlich entweder gesüchdet oder ergeben. Die bei weitem größere Zahl hatte sich vor Eröffnung des Bombardements durch die Regierungstruppen bereits auf fremde Schiffe gesüchdet. Darunter sämtliche Offiziere, hohe und niedrige. Was einige Zeitungen noch von der Fortdauer des Aufstandes in Rio zu schreiben, ist eitel Wind — die Flotte war das Rückgrat der ganzen Rebellion — und nachdem die Neuwahlen regulär stattgefunden haben, ist's mit der Rebellion aus.

Folgendes offizielle Telegramm ist der hiesigen brasilianischen Gesandtschaft aus Rio de Janeiro vom 14. d. M. zugegangen:

Gestern beim Ablauf der dem diplomatischen Korps und der Bevölkerung angekündigten Frist eröffneten die Regierungsbatterien das Feuer. Die Forts und die Schiffe der Aufständischen antworteten nicht. Es wurde festgestellt, daß die Forts in der vorhergegangenen Nacht verlassen worden waren. Das Regierungsgeschwader, welches den Eingang zum Hafen bewachte, fuhr darauf in letzteren ein. Die Schiffsmannschaft und die aufständischen Truppen befanden sich auf der Insel Engada. Saldanha da Gama und die Offiziere waren an Bord der auswärtigen Kriegsschiffe gesüchdet.

Der österreichische Parteitag findet zu Otern statt. Auf Einladung der österreichischen Genossen hat der Parteivorstand die Genossen Wibel, Gerisch und Singer mit der Vertretung der deutschen Partei betraut.

Parlamentsberichte.

Herrnhaus.
9. Sitzung vom 15. März 1894.

Am Ministertisch: Boffe, v. Schelling und Kommissarien.

In das Herrenhaus berufen und eingetreten sind der Ritterschaftsbesitzer v. Bredow und der Präsident des evangelischen Oberkirchenraths Geh. Rath Dr. Warhanen.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht der IX. Kommission über die Novelle zum Gesetz, betr. die evangelische Kirchengemeinde- und Synodalordnung und betr. die evangelische Kirchenverfassung.

Berichterstatter ist Herr v. Wedell: Die Organisation der kirchlichen Organe bedarf bis jetzt der Mitwirkung der Staatsregierung, ebenso auch die Abänderung der kirchlichen Gesetzgebung. Dies ist von den kirchlichen Organen schmerzlich empfunden worden, da der beschlussfassende Landtag nicht allein aus Evangelischen, sondern auch Andersgläubigen besteht. Auf Antrag der General Synode hat die Staatsregierung genau diejenigen Materien umgrenzt, welche fortan der Mitwirkung der Staatsregierung unterliegen sollen. Die Kommission hat diese Grenze erweitert. Bisher bedarf ein von der General Synode der königlichen Sanction vorgelegtes Gesetz einer ministeriellen Erklärung, daß dagegen nichts von Staats wegen zu erinnern sei. Die General Synode hat vorgeschlagen, daß diese Erklärung vom Kultusminister zu geben ist und zwar in der Form, ob gegen das Gesetz etwas zu erinnern ist. Die Regierungsvorlage überträgt die Erklärung dem Staatsministerium. Die Kommission schloß sich dem an. Endlich hat die Regierung auf Wunsch der General Synode den Satz von 4 pCt. der zu erhebenden Kirchensteuer auf 6 pCt. erhöht. Auch damit war die Kommission einverstanden.

Bürgermeister Struckmann glaubt nicht, daß durch Annahme dieser von der General Synode beantragten gesetzlichen Aenderung Ruhe werde geschaffen werden. Die kirchlichen Organe würden nicht ruhen, bis die vollständige Auflösung der Kirchengesetzgebung von der Staatsgesetzgebung erreicht sei. Dieses Gesetz könne nur zu einer starken Schädigung und Sprengung der evangelischen Landeskirche führen. Die bisherige Haltung der Orthodorie zu den freireligiösen kirchlichen Elementen lasse darüber keinen Zweifel, daß man sich in Zukunft aller kirchenfeindlichen Bestrebungen entledigen werde. Auserliche Freiheit und innerliche Gebundenheit sei die Signatur dieses Gesetzes, während er und seine Freunde auf dem Boden des Evangeliums ständen und der Glaubens- und Gewissensfreiheit in bezug auf die Ausgestaltung der Dogmen im Einzelnen freien Spielraum gewähren wollten. Glaube man etwa der Religion zu nützen, wenn man die freieren Elemente zur Heuchelei oder zum Austritt treibe? Liege nicht die Gefahr nahe, daß tausende und abertausende von evangelischen Christen sich von der Religion ganz abwendeten? Diese Vorlage erschüttere also die Grundlagen der evangelischen Kirche. Fortan werden es die General Synode und die Provinzialsynoden in der Hand haben, alle diejenigen von sich fernzuhalten, welche nicht auf dem Boden des Apostoliums ständen und das Staatsministerium werde dagegen nicht machen können, ebensowenig der Landesherr als summus episcopus, da er seit der Konstitution nicht mehr souverain und auf den Rath seiner Minister angewiesen sei. Lassen wir das dogmatische Gezänk bei Seite zum Heil der evangelischen Kirche!

Kultusminister Boffe: Ich bin dankbar, daß die Kommission, auch in der Opposition, die Vorlage rein sachlich geprüft hat. Ich kann aber nicht zugeben, daß in dieser Vorlage ein Glaubenszwang geübt oder jedes Glied der Landeskirche aus den Buchstaben selbengerottet werden soll. Noch weniger wird die Vorlage Zustände schaffen, welche die Glieder zur Heuchelei oder zum Austritt aus der Kirche treibt. Herr von Kleist ist viel weiter gegangen als die Vorlage. Wir brauchen Frieden mit der Kirche, in Sonderheit mit der evangelischen, in dieser Zeit (Beifall). Die Vorlage hat lediglich den Zweck, zwischen Staat und Kirche in Preußen ein friedliches Verhältnis herzustellen. Wir brauchen die reichen Segenskräfte der Kirche in Staat und Gesellschaft, um die schweren Mängel der Kirche zu bekämpfen, mit denen wir es augenblicklich noch zu thun haben. Die Vorlage bildet den Abschluß der kirchlichen Gesetzgebung. (Beifall.)

Freier v. Durant bedauert die letzte Aeußerung. Der evangelischen Kirche müsse noch manches gewährt werden, wenn sie ihre Aufgaben voll und ganz erfüllen soll. Dahin gehöre namentlich die Erweiterung des Besteuerungsrechts und die Mitwirkung der kirchlichen Organe bei der Besetzung der theologischen Lehrstühle. Indessen haben er und seine Freunde es für angeeignet gehalten, weitergehende Wünsche zurückzudrängen. Von einer Priesterherrschaft könne jetzt und in aller Zukunft in der evangelischen Kirche keine Rede sein. Freie Forschung solle bestehen bleiben, aber innerhalb der Schranken der Offenbarung.

General v. Stöckh weist darauf hin, wie das hierarchische Element allmählig das Laienlement zurückgedrängt hat, so bei den Wahlen zu den kirchlichen Körperschaften. Auch bei der Sonntagruhe überwiege der Einfluß der Geistlichkeit. Das Preussische sei die Aegide. Schon Friedrich Wilhelm IV. habe eine solche einführen wollen, aber sogar v. Bismarck habe ihn gebeten, den Gemeinden mehr Freiheit zu lassen. Die vorgeschlagene neue Agenda erhalte eine noch größere Beschränkung der Freiheit der Einzelnen. Die Synodalverfassung stamme bezeichnender Weise aus der Kulturkampfszeit, wo man die katholische Kirche bekämpfte und eine neue evangelische Kirchengewalt schuf, beides in Unkenntnis der Prinzipien der beiden Kirchen. Die Anstellung der Geistlichen auf Lebenszeit sei ein Fehler, man solle sie wie die Bürgermeister auf 12 Jahre wählen (Beifall). Dann würden sie sich mehr mit dem Leben und der Gestaltung der Gemeinden bekannt machen. (Rufe: Zur Sache!) Die Geistlichen müßten mehr lernen, namentlich Naturwissenschaft, um Gott und seine Werke besser zu verstehen. Redner kommt aus allen diesen Gründen zur Ablehnung der Vorlage. Man müsse alles thun, um die ganze bisherige kirchliche Gesetzgebung abzutragen.

Graf Fietzen-Schwerin tritt für die Vorlage der Kommission ein.

Professor Dr. Hirschfeld: Ein Gewissenszwang werde zwar nicht beabsichtigt; der Zwang müsse ihn aber thatsächlich herbeiführen, und darum müsse man eine solche Vorlage ablehnen. (Beifall.)

v. Bestmann-Holtweg erklärt sich für die Vorlage, trotz einiger Bedenken, die er später vortragen will.

Oberbürgermeister Vender beantragt, nach Schluß der allgemeinen Besprechung den Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen und ihn nach Otern zur einmaligen Schlussberatung zu stellen. In der Sache selbst hebt Redner hervor, daß die Vorlage in weiten Kreisen die lebhaftesten Bedenken hervorgerufen haben. Die Wählbarkeit zu der Synode solle fortan von einem Dogmenzwang abhängig gemacht werden. Wer aber glaube heute noch z. B. an die Jollenfahrt Christi und dergleichen? Das strikte Aufrechterhalten des Apostoliums müsse die Unwählbarkeit besördern, wenn man es nicht vorziehe ganz aus der Landeskirche auszutreten, es sei aber sehr zweifelhaft, ob ein Massenaustritt der Orthodorie erwünscht sein würde. Es liege gar kein praktisches Bedürfnis zu einer Aenderung des bisherigen Zustandes vor.

Präsident des Oberkirchenraths Geh. Rath Dr. Warhanen weist zunächst den Gedanken zurück, daß etwa die General Synode eine päpstliche Gewalt beanspruche; sie habe ganz andere Zwecke. Es handle sich bei dem vorliegenden Gesetz um durchaus billige Forderungen. In innerkirchlichen Angelegenheiten dürfe sich doch die staatliche Gesetzgebung nicht mischen. Damit schließt die allgemeine Besprechung.

Bürgermeister Vender hat wiederholte Schlussberatung, nach Otern, beantragt. Diese muß stattfinden, da der Antrag genügend unterliegt ist. Ueber den Termin der Schlussberatung behält sich der Präsident weitere Vorschläge vor. Das Haus tritt in die Einzelberatung ein.

§ 1 der Vorlage enthält diejenigen Materien, welche fortan der Mitwirkung des Landtags unterliegen sollen. Er bezieht sich namentlich auf die Wählbarkeit zu den kirchlichen Körperschaften. Die Kommission hat einzelne Fälle von der gesetzlichen Gebundenheit ausgeschlossen. In der Kommission wurde beantragt, die Frage der Gelübde der zu Wählenden, der Qualifikation der Wähler und das aktive und passive Wahlrecht der staatlichen Gesetzgebung zu überlassen. Diese Anträge wurden abgelehnt.

Heute werden sie von den Herren Hammer, Dr. Hirschfeld, Struckmann und Jelle wieder ausgenommen.

Oberbürgermeister Jelle weist darauf hin, daß gerade von der Ablehnung der Gelübde die Theilnahme an der kirchlichen Selbstverwaltung abhängt. Der Schutz der liberalen kirchlichen Minorität liege heutzutage nur noch im Parlament. Der Schwerpunkt in der evangelischen Gemeinde müsse in der Gemeinde, nicht in einer hierarchischen Spitze liegen. Das fordere nicht allein der Protestantentum.

Geh. Rath Hegel und Präsident Geh. Rath Warhanen treten diesen Ausführungen entgegen.

Oberbürgermeister Struckmann befürchtet, daß an die Stelle des bisherigen unbeanstandeten Geisbisses des Apostoliums trete und dadurch das Wahlrecht der liberalen Minorität beschränkt werden könnte.

Die Kommission schlägt vor, daß dem Gemeindevorstand eine unmittelbare Einwirkung auf die Schule gesetzlich nicht zuzulassen sei.

Fehr v. Dürant beantragt diese Bestimmung zu streichen also die Regierungsvorlage wiederherzustellen.

Die Herren Hammer, Prof. Hirschfeld, Struckmann und Jelle wollen diese Angelegenheit als eine vermögensrechtliche gesetzlich binden.

Weiter beantragen dieselben Herren, den § 4 der General Synodalordnung, welcher die königliche Verordnung vorbehält, die Ausföderung der Residenzstadt Berlin aus dem Synodalverbande der Provinz Brandenburg zu bestimmen, unter gesetzlichen Schutz zu stellen.

Geh. Rath Hegel hält diesen Antrag für überflüssig.

Sodann wollen die Antragsteller das Recht der Staatsregierung, an den Sitzungen der General Synode theilzunehmen, gesetzlich binden.

Minister Boffe hält dies nicht für notwendig.

Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte genehmigt. Der Präsident schlägt vor, die wiederholte Schlussberatung nicht erst nach Otern, sondern schon morgen vorzunehmen, damit das Abgeordnetenhaus die Vorlage schleunigst erledigen kann.

Oberbürgermeister Vender zieht nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte nunmehr seinen Antrag auf wiederholte Schlussberatung zurück, worauf der Referent v. Wedell beantragt, die Schlussabstimmung sofort vorzunehmen. Hierin erblickt Prinz Carolath eine Vergeßlichkeit der Minorität, da viele Mitglieder der Opposition bereits den Saal verlassen haben.

Die Vorlage wird hierauf im Ganzen definitiv angenommen. Schluß gegen 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung vom 15. März, 11 Uhr.

Am Regierungstische: Thiele, Riquel.

Zur zweiten Beratung steht die **Sekundärbahn**-Vorlage.

Die Budgetkommission beantragt die unveränderte Bewilligung der Vorlage und die Annahme folgender Resolution: Die Regierung zu ersuchen, eine Aenderung des bisherigen Verfahrens bei der Heranziehung der Beteiligten zu den Grundenerwerbskosten bei dem Ausbau von Nebenbahnen in Erwägung zu ziehen.

Die neuen Linien Gerbuden-Angerburg und Rinten-Rothfließ werden ohne Debatte bewilligt. Bei der Linie Glas-Seitenberg wünscht Abg. Hartmann (J.) die Errichtung einer Haltestelle in Zabitisch.

Die Linie wird bewilligt, ebenso die Linien Westkron-Königs-Wulterhausen, Templin-Brenzau, Probstzella-Ballendorf.

Bei der Linie Pattburg-Tingelst-Sonderburg wünscht Abg. Lassen (Däne) einen Theil dieser Linie südlicher zu legen, als die beabsichtigte Trace vorsehe.

Minister Thiele erklärt, die hiesfür von Interessenten neuerdings vorgebrachten Gründe nochmals wohlwollend prüfen zu wollen.

Die Linie wird bewilligt, ebenso die Linien Schieder-Blomberg, Unna-Camen und Köln-Grepenbroich.

Die Positionen zur Erweiterung des schmalspurigen Eisenbahnnetzes im Obersächsischen Bergwerks- und Hüttenbezirk und zur Theilnahme des Staates an dem Bau einer Eisenbahn von Wittstock nach der Landesgrenze in der Richtung auf Mirov werden ohne Debatte bewilligt.

Abg. Freihen-Nees (J.) bittet um den Bau der linksrheinischen Uferbahn Trompet-Glewe.

Minister Thiele erklärt, daß er das Bedürfnis dazu anerkenne und zur Zeit schon Erwägungen darüber stattfinden.

Der Rest der Vorlage, sowie die Resolution der Kommission werden ohne Debatte angenommen.

Die zur Vorlage eingegangenen Petitionen werden theils durch die gefassten Beschlüsse für erledigt erklärt, theils der Regierung als Material überwiesen.

Es folgt die Beratung von Petitionen.

Die Petition des Bergbauvaliden Jsten zu Eickel wegen Gewährung einer Pension wird der Regierung zur Berücksichtigung übermiesen.

Schluß gegen 12 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr (Kleinere Vorlagen, Petitionen).

Theater.

Nationaltheater. Die Arbeitslosen von Berlin. Volkstüch mit Gesang in 7 Bildern. Der Hauptcharakter des Nationaltheaters ist ein sehr produktiver Mann. Er fabrizirt darauf los, was das Zeug halten will, und wenn seine Geschicklichkeit und die Qualität des Gebotenen nur einigermaßen mit seiner erstaunlichen Hingigkeit Stand hielt, so würden wir bezugslos sein. Aber der brave Hausvater ist ein gar zu armerlicher Knabe, dem im Interesse des Gewerbes, in dem er pfuscht, bringen zu raten wäre, daß am Donnerstag so rührend geschilderte Glend der Arbeitslosigkeit, unter dem seiner hochblühlichen Meinung nach ja nur die liberalen Verufe zu leiden haben, einmal gründlich und dauernd an sich selber zu probiren, oder, wenn er von einträglicher Beschäftigung absolut nicht lassen kann, sich endgiltig der tüchtigen Junst der Wuchshändler anzu schließen. Unseres Meins soll er dann aus purer Dankbarkeit sicher sein.

„Die Arbeitslosen von Berlin“ gipfeln in der Tendenz, daß die Leute, welche die Wärmehalle in Anspruch nehmen, Gefund sind, für das überflüssiger Weise nicht allein der wohlgenährte Bürgermann, sondern auch jeder sonstige Gebildete reichliche Mittel, und seien es auch die letzten, portomäßig zum Opfer bringt. Es kann nach der im Volkstüch zum Ausdruck gekommenen Ansicht des sogenannten Autors ja schließlich einmal vorkommen, daß eine wirklich bedürftige arme Seele sich unter den vorgeblichen Arbeitslosen befindet, aber dann ist auch Klug ein brave Wackerfrau bereit, ihr freundlich helfend zur Seite zu springen und das Himmelreich auf Erden für sie zu bereiten. Es giebt aber auch tragisch zu nehmende Arbeitslose, aber diese sind auf anderem Gebiete, nämlich unter den Doktoren, Rechtsanwältinnen, Journalisten und so weiter zu suchen. Diese leiden und quälen sich im Glend, daß sie unter schätzbarem Glanz verstedt tragen, und sie sind es, welche daher den ganzen sozialen Jammer bis zur Neige auszukosten haben. Nun ließe sich über die Tendenz noch ein Auge zudrücken, wenn die verschämte Armut, wie dies in wirklich ergreifenden Volkstüchen geschehen, einem einigermaßen abgetabelt vorgeführt würde. Aber auch die reine theatraleische Rache des Sudelwerks vom Donnerstag ist eine so erbärmliche, daß es kaum zu begreifen ist, wie irgend eine Theaterdirektion an dem unterbunten und ans allen Ecken her eilig zusammengepöppelten Lust ein Gefallen finden konnte. Die Aufführung fand so ziemlich auf dem bichterischen Niveau des Nachwerks. Mit Ausnahme der Damen Jenni Schmid und Helene Obbat, sowie des einigermaßen erträglichen Herrn Hummel spielten am Donnerstag Abend sämtliche Mitwirkende auch für die Verhältnisse des National-Theaters miserabel.

Doffentlich verschwinden die „Arbeitslosen“ bald im Orkus.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Paris, 15. März. In der Madeleinestraße fand heute Nachmittags 2 1/2 Uhr an der Eingangspforte eine furchtbare Detonation statt. Einem Unbekannten, welcher ein Attentat vornehmen wollte, platzte eine Bombe in seinen Händen, welche ihn sofort in Stücke riß. Weitere Opfer sind bis jetzt noch nicht bekannt.

Für den Inhalt der Interate über
nimmt die Redaktion dem Publikum
gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 16. März.
Opernhaus. Die Medici.
Schauspielhaus. Ein Sommernachts-
traum.
Deutsches Theater. Die Jüdin von
Toledo.
Berliner Theater. König Lear.
Lesing-Theater. Madama Sans-
Géno.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.
Der lustige Krieg.
Besiden-Theater. Der Maskenball.
Vorher: Vermischte Anzeigen.
Neues Theater. A Basso Porto.
Central-Theater. Ein gesunder
Junge.
Adolph Ernst-Theater. Charley's
Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktorien-Theater. Die Kinder des
Kapitän Grant.
Alexanderplatz-Theater. Ein pi-
kantes Verhältnis.
National-Theater. Die Arbeits-
losen von Berlin.
Theater Unter den Linden. Der
Obersteiger.
American-Theater. Lumpen-
Susanne, oder: Die Obdachlosen von
Berlin.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Wintergarten. Spezialitäten-
Vorstellung.
Friedrichshagen-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Apollon-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
Vorstellung.

Neue freie Volksbühne
im **Wallner-Theater.** 2 1/2 Uhr.
Emilia Galotti.
Sonntag, 18. März: 2. Abtheilung.
Sonntag, 25. März: 3. Abtheilung.

Central-Theater.
Alte Jakobstraße 30.
Zum 11. Male: **Novität!**
Ein gesunder Junge.
Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten
von Jean Kren.
Musik von Julius Einddöfer.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Gratweil'sche
Bierhallen**
Kommandantenstr. 77-79.
Welt u. größt. Stablfest. Verf.
Täglich abwechselnd. Programm
bei freiem Entree
der ersten Wiener Damenkapelle
„Dittl“
und Auftreten von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
Täglich Auftreten der
Miss Webb,
Laubekönigin,
mit ihren 24 dressirten Lauben.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
3 Regeldamen, 6 Billards, pro
Stunde 60 Pf.
C. Koch, fr. Gambirius.
**Säle für Versammlungen
und Festlichkeiten**
sind noch an verschiedenen Tagen
zu haben.

Victoria-Brauerei,
Lützowstraße 111-112.
Freitag, den 16. März 1894:
Vorläufige Soiree der
**Stettiner
Sänger**
vor Ostern.
Anfang
8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf
40 Pf.
(siehe Plakate).
Zum Schluss:
Auf allgemeines Verlangen:
(Unbedingt leichte Aufführung)
Eine Soiree bei Lehmann's.
Parodistisches Ensemble von Reusel.
Sonntag: Sanssouci.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Novität! **Novität!**
Die Arbeitslosen von Berlin.
Bolschewik mit Gesang in 5 Akten von
Dugo Bussé. Musik von Dugo
Meyer-Ferron.
Regie: Dugo Hummel.
Kaffeeöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang
7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag Nachmittag 2 1/2 Uhr:
Volks-Vorstellung.

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.
Jeden Abend 8 1/2 Uhr:
Lumpensusanne
oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus
dem Müllwinkel (frei nach dem Ver-
brecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner.
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin“,
ein schon geprägtes Mädchen
Franziska Häser.
Die Bombe, Aftervorstellung im Müll-
winkel des „Sonnenaufgangs“
Josephino Delelissour.
Brunwald — mit bewegter Vergangen-
heit
Martin Bendix.
Täglich: Auftreten des
besten Bauchredners d. Jetztzeit
H. Blank.
Ferner u. a.:
„Direktor Hippe“
von Martin Bendix,
sowie Eugen Jocher, Sächsischer
Original-Humorist, Alfred Bender.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr,
Sonntags 6 1/2 Uhr.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
Schwan in 3 Akt. v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt
von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
**Spezialitäten-Vorstellung
und Konzert**
von nur Künstlern 1. Ranges.
Auftreten der Ballet-Gesellschaft
Columbia (10 Damen), Ballet-
meisterin Rosa Fricka.
Auftreten der Elite-Parterre-
Akrobaten u. Pantomimentruppe
Hermendez.
Im Mädchen-Pensionat.
Romische Pantomime mit Ballet.
The Willon's, Doppel-Jongleure.
Jois di Dios, Kostüm-Soubrette.
Geschw. Howala, Duettistinnen.
G. Cordes, Gesangs-Humorist.
Anfang: | Sonntags 8 Uhr.
| Wochentags 8 Uhr.
Entree Wochentags 50 Pf.
A. Zimmermann.

Parodie-Theater.

Oranienstr. 52, am Moritzplatz.
Täglich:
**Große Theater- und
Spezialitäten-Vorstellg.**
Anfang 7 1/2 Uhr. Entrees 25 Pf.
Am Sonntag, den 18. März,
Nachmitt. 3 1/2 Uhr: Gr. Extra-
Vorstellung, wozu jeder Besucher
ein Kind frei einführen kann.
Zweite Vorstellung Ab. 7 1/2 Uhr.
Während der Charwoche täglich
7 1/2 Uhr Vorstellung außer Char-
freitag. 23456

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Freitag, den 16. März cr.:
Abends 7 1/2 Uhr:
Auf zur frühlichen Jagd!
Parforce- u. Kasladentritt. Ballet von
100 Damen. Reute von 40 Hunden.
Außerdem: Der ostpreussische Hengst
Blondel, vorgeführt vom Direktor Fr.
Renz; das Schulpferd Prinz, ger. von
Herrn R. Renz; Jeu de la rose, ger.
von Frau Renz-Stark und Miss Edith;
die karischen Spiele in der Luft,
aufgeführt von der Familie Dainoff;
die Hand-Akrobaten Gebrüder Detroit;
der Clown Merkel mit seinem Gef.
Pipifax, etc.
Morgen: Auf zur frühlichen
Jagd!
Sonntag: 2 Vorstellungen (Nachm.
4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei),
und Abends 7 1/2 Uhr.
Fr. Renz, Direktor.

Todesanzeige.

Hiermit allen Freunden und Genossen
die traurige Nachricht, daß am Dienstag,
Nachts 1 Uhr, unser einziges innig-
geliebtes Söhnchen
Hermann
nach vierwöchentlichem schwerem Leiden
im achten Lebensjahre verschieden ist.
Steglich, den 14. März 1894.
Die tieftrauernden Eltern.
Friedr. Dittbörner, Maurer, und Frau.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause
Schloßstr. 68 aus, nach dem Steglitzer
Friedhofe statt. 57982

Allen Freunden und Genossen die
traurige Nachricht, daß am 15. März,
Morgens 2 1/2 Uhr, meine liebe Frau,
unsere gute Mutter, nach schweren
Leiden entschlafen ist.
Carl Kuhn, Barbier,
Weddingstr. 1a.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
Nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des
Dankeskirchhofs aus statt. 2343b

Für die vielen Beweise herzlicher
Theilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, des Zimmermanns
H. Ehler, sage ich hierdurch meinen
herzlichsten Dank. 2335t
Wittwe Ehler nebst Kindern.

Dankagung.
Für die herzliche Theilnahme bei der
Beerdigung meines lieben Mannes,
unseres fürsorglichen Vaters, des Malers
Carl Weise, sage allen Freunden
und Bekannten, sowie den Herren Ehlers
und allen Kollegen für die Krankschreiben
und Wohlthätigkeitsbezeugungen am
Grabe des Entschlafenen unsern herz-
lichsten Dank. 2342b
**Die tiefbetrübte Wittwe
nebst Kindern.**

Gedenktags-Kränze
zum 18. März sowie frische Blumen
empfiehlt den Parteigenossen die
Engros-Kraumbinderer
A. Nimtz, 2346b
Friedenstraße 68.

**Passage-
Panopticum.**
Die
Glocke
von Fr. v. Schiller.
Musik von Romberg.
Dargestellt in
15 lebend. Bildern.

Alcazar.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
Großer Erfolg!
Bummel-Fritze.
Posse mit Gesang in 2 Bildern.
Neue Debüts!
Entrees 15 Pf., reservirt 30 Pf.
R. Winkler.

Castan's Panoptikum.

Neu! Eine Neu!
**Vision:
Psammenit,**
der lebende Mumienkopf.

Nur noch wenige Tage.
Präuschers anat. Museum

täglich von früh 9 bis 10 Abends für
erwachs. Herren. Dienstag u. Freitag
Damentag.

Schluß unwiderruflich:
Sonntag, den 1. April.

Otto Naether,
Uhrmacher,
Anklamerstr. 44, an der Brunnenstr.
Reparaturen an Uhren jeder Art
solid und preiswerth. (34172)

Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie,
Gobelins, Plüsch und bunten
Mocquets spotbillig!
Proben franko! 5150L
**Emil Lefèvre, Berlin S.,
Oranienstraße
158.**

Wichtig für jede Dame!
Elegante Regenmäntel 7-10 M.,
Modell-Regenmäntel, hochlegant, 10
bis 18 M., Wachsich-Jaquets 2,50 M.,
elegante Neuheiten in Jaquets und
Umhängen 10-16 M. Ladenpreis das
Doppelte. Leipzigerstr. 91, 1 Tr.

Sonntag, den 18. März, Vormittags 10 Uhr: Große sozialdemokratische Volks-Versammlungen

in nachstehenden Lokalen:
2. Wahlkreis:
Kurth's Festsäle, Hasenhalde. Ref.: Reichstags-Abgeordneter Rich. Fischer.
4. Wahlkreis (Osten):
Franzerei Friedrichshain, Ref.: Reichstags-Abgeordneter Aug. Bebel.
Söhnisches Brauhaus, Landsberger Allee 11/13. Ref.: Genosse Ledebour.
Glysum, Landsberger Allee. Ref.: Genosse Dr. Lux.
4. Wahlkreis (Südost):
Konkordia-Festsäle, Andrastr. 63/64. Ref.: Genosse Albin Gerisch.
Konzerthaus Sanssouci, Kottbusserstr. 4a. Ref.: Genosse Georg Wagner.
6. Wahlkreis:
Germania-Festsäle, Chausseest. 108. Ref.: Reichstags-Abg. W. Liebknecht.
Ahrend's Brauerei, Thurmstr. 26/27. Ref.: Reichstags-Abg. Max Schippel.
Weimann's Volksgarten, Badstraße. Ref.: Genosse wird in der Versammlung
bekannt gemacht.
Vahlmann, Schönhauser Allee 149. Ref.: Reichstags-Abg. Emanuel Warm.
Tages-Ordnung in allen Versammlungen:
„Die Bedeutung des 18. März für das Proletariat.“
350/14 Die Vertrauenspersonen.

Achtung! Zimmerer.
Sonntag, den 18. März, Vorm. 10 Uhr, in „Cohn's Sälen“, Benthstr. 22, 1 Tr.
Versammlung
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Tagesordnung:
1. Diskussion über die Feier des 1. Mai. 2. Vortrag über: „Klassen-
kämpfe des Proletariats“. 3. Diskussion. 4. Gewerkschaftliches. 428/14
 Zutritt hat jeder Zimmerer.
Um pünktl. u. zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter
Schönbergs und Umgegend.
Am Sonntag, den 18. März, Nachmittags 1 1/2 Uhr, im Lokal
des Herrn Jacob, Grunewaldstr. 110:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung über die Thätigkeit des Vorstandes. 2. Wahl des
gesamten Vorstandes. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und
Fragekasten. — Mitgliedsbuch legitimirt. Neue Mitglieder werden aufge-
nommen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
121/15 Der Vorstand. J. A.: R. Klinge.

Achtung! Schäftebranche!
Sonabend, den 17. März, Abends 9 Uhr: **Öffentl. Versammlung**
Waldstr. 20. Tages-Ordnung: 1. Der 18. März. Ref.: Fritz Hansen.
2. Die Waiskinder. 2347b

Achtung! Friedrichsberg. Achtung!
Große Volks-Versammlung
für Männer und Frauen
am Sonntag, den 18. März 1894, Nachmittags 5 Uhr, im
Saale des Herrn Westphal, Frankfurter Chaussee Nr. 120.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: Der 18. März und seine
Bedeutung. Ref.: Genosse Franz Gerndt. 2. Diskussion. 3. Die
bedürftigste Stichwahl. 339/19
Der Vertrauensmann.

Achtung! Ethische Gesellschaft. Achtung!
Sonntag, den 25. März (1. Osterfesttag):
Großer geselliger Abend,
bestehend in **Concert, Theater und BALL.**
Fest-Vortrag, gehalten v. Hrn. Waldsch. Manasse über: „Freie Opiem“.
Beginn 5 1/2 Uhr.
Billets à 30 Pf. sind bei Donath, Saarbrückerstraße Nr. 11; Donner,
Mantelstr. 19 und Naunynstr. 11a und in allen mit Plakaten belegten
Handlungen. 150/9
Der vom Gesangsverein Vorwärts II unter Mitwirkung der Ethischen
Gesellschaft auf 1. Feiertag angekündigte „Gesellige Abend“ beruht auf
Zuschung der Genossen. Der Vorstand.

Am Sonnabend früh erscheint in unserem Verlage:
„Die Lebenden an die Todten“.
Ein Junikrang aus Märzenrab.
— Von **C. M. Scävola.** —
Preis 10 Pfennig. — Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.
57992 Maurer & Dimmick, SO., Elisabeth-Ufer 55.

vormalig G. Feuerstein 75,
Boltz' Festsäle, S. Alte Jakobstrasse
Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen. Zu den Oster-
Frierstagen stehen noch Säle z. Abhalt. v. Matiners z. Verfüg. Amt 1, 1082.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L
am geringen Preise wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämtliche im Handel
befindl. Rohtabake sind am Lager.
**A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.**

Oster-Gier
in größter Auswahl zu billigen
Preisen empfiehlt
Hermann Koch,
Alexander-Straße Nr. 25.
Wiederverkäufer 100 % Rabatt.
Der heutigen Nummer unseres
Blattes liegt die gekrigte Gewinn-
liste der preuß. Lotterien bei.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

72. Sitzung vom 15. März 1894, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf von Caprivi, v. Bötticher, Graf Posadowsky, v. Marschall, Nieberding, Bronsart v. Schellendorff.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Reichshaushalts-Etats für 1894/95 in Verbindung mit der dritten Beratung des Etats für die Schutzgebiete, eines Nachtrags-Etats für 1893/94 und des Anleihegesetzes.

Abg. Liebnecht (Soz.): Schon bei der ersten Lesung des Etats habe ich auf die Kulturwidrigkeit des Militarismus hingewiesen; ich habe gezeigt, daß er wirkt wie eine Schraube ohne Ende. Erst jüngst haben wir in den französischen Zeitungen gelesen, daß dort eine neue Kanone erfunden ist, welche auf dem Gebiete der Artillerie dieselbe Revolution hervorzurufen wird, wie das Kleinkalibrige Gewehr auf dem Gebiete der Handfeuerwaffen. Das wird Frankreich eine einmalige Ausgabe von 500 bis 600 Millionen Mark bringen und infolge dessen werden auch wir wohl bald mit einer neuen Militärvorlage begrüßt werden, und das muß zum Bankrott aller Völker führen. Daher ist auch in Frankreich das Streben, mit dem Militarismus zu brechen, mindestens ebenso lebhaft wie in Deutschland. Die Nachteile des Militarismus empfindet man jetzt überall, darum ist es Zeit, daß wir an die Einführung des schweizerischen Milizsystems denken. Daß dieses System eine Bürgschaft für den Frieden ist, wird mir von jedem Militär zugegeben werden, denn ein Volksherr wird sich niemals zu einem Angriffskrieg gebrauchen lassen. Wir haben seinerzeit vorgeschlagen, auf Elb-Bohringen zu verzichten und den Franzosen die Bedingung aufzuerlegen, ihr Meer in ein Milizmeer zu verwandeln. Wäre das geschehen, so wären wir jetzt um zwölf bis dreizehn Milliarden reicher. Bei der Geschäftslage des Reichstages können wir jetzt mit einem Antrag auf Organisierung einer Miliz nicht kommen, wir werden einen solchen Antrag aber gleich zu Anfang der nächsten Tagung des Reichstages einbringen, um denselben Gelegenheit zu geben, in praktische Bahnen einzutreten. Immer mehr und mehr ist der Militarismus kulturwidrig geworden. Ueber dem eisernen Handschuh hat er den sammenten, welcher zerrissen wurde an dem Tage, wo hier das Faustrecht proklamiert wurde. Niemand ist mehr als ich von der guten Absicht unserer Offiziere und der Leiter der Armee überzeugt, die Mißhandlungen aus der Armee zu verbannen, aber wenn sie alle Engel wären, sie könnten es nicht, denn sie hängen zusammen mit dem ganzen System, und es ist mit dem Militarismus ähnlich wie mit den Ausschweifungen der Börse. Wir wissen, daß die heutige bürgerliche Gesellschaft in dem Militarismus ihre letzte Stütze sieht, aber wissen auch, daß an ihm seine Gemeinnützigkeit der Masse des Volkes am besten dargestellt werden kann. — Für den russischen Vertrag haben wir gestimmt und werden wir stimmen. Ich will nicht Vorbeurteilen um die Stimme derjenigen, welche die ihn geschlossen haben, er war einfach eine Notwendigkeit für Rußland wie für Deutschland. Er ist ein großer Fortschritt auf der Bahn zum Weltfrieden. Der regere Verkehr wird auch für die Anbahnung von friedlicheren Beziehungen von Werth sein. Er ist auch von Werth für diejenigen, die sich von Brot nähren müssen und nicht wie die Herren dort drüben (rechts) sich an Kavalar satt essen können. Wenn Sie darüber klagen, daß die gute Ernte Ihr Unglück gewesen ist, begreifen Sie dann nicht, daß Sie damit der ganzen Weltordnung die surdlichste Beleidigung ins Gesicht schmeißen? Ganz selbstverständlich wird der Etat als Ganzes von uns abgelehnt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident von Duof: Ich mache darauf aufmerksam, daß der Herr Präsident, für den Fall, daß die dritte Beratung des Etats nicht zu Ende geführt wird, heute eine Abend Sitzung zu diesem Zweck zu Hilfe zu nehmen gedenkt.

Abg. Graf Kanitz (Dt.): Ich erlaube mir, als er am 15. Dezember vorigen Jahres behauptet habe, daß ein sächsisches Bataillon im Kriege großen Abgang gehabt habe, weil die industrielle Bevölkerung nicht so widerstandsfähig sei wie die landwirtschaftliche; er habe sich dabei auf einen früheren sächsischen Abgeordneten berufen. Es sei ihm aber erlaubt worden, daß kein sächsischer Abgeordneter einen solchen Anspruch gethan habe. Er hätte, um das, was er beweisen wollte, zu beweisen, sich aber auch auf seine eigene Erfahrung stützen können.

Damit schließt die Generaldiskussion.
Beim Etat des auswärtigen Amtes regt **Abg. Schmidt-Warburg** nochmals die Frage an, ob schon Schritte zu Gunsten der deutschen Inhaber griechischer Papiere gethan seien.

Staatssekretär v. Marschall: Sofort nach den letzten Beschlüssen der griechischen Regierung haben wir mündlich und schriftlich Schritte bei der griechischen Regierung gethan und diese werden auch fortgesetzt.

Ministerialdirektor Reichardt führt aus, daß die Beschwerde des **Abg. Jepsen**, die Konjunktur hielten zum Schaden der deutschen Räder ihre Bureaukranten allzu streng ein, unbegründet sei.

Beim Reichsamt des Innern erklärt auf eine Anfrage des **Abg. Lingens (Z.)** der Staatssekretär **v. Bötticher**, daß die vom Reichs-Gesundheitsamt seit längerer Zeit aufgestellten Untersuchungen über die Uebertragungsfähigkeit ansteckender Krankheiten durch Leichen und Kadaver noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

Beim Militär-Etat bedauert

Abg. Lingens (Z.), daß den Soldaten katholischer Konfession, die ihrem Glauben gemäß jeden Sonntag die Kirche besuchen müssen, keine Gelegenheit dazu gegeben wird, daß die Sonntagsruhe vielfach durch Appelle u. s. w. gestört werde, bis zu deren Beendigung die Soldaten die Kasernen nicht verlassen dürfen.

Abg. v. Bennigsen (nl.) spricht den Wunsch aus, daß das in Stade vorhandene, früher von einer Artillerie-Abtheilung benutzte Kasernement, anderweitig militärisch belegt werden möge.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff erklärt, daß die Verlegung der Artillerie von Stade im Interesse der schnellsten Mobilmachung erfolgt ist.

Die **Abg. Hammacher** und **Graf Hompesch** haben einen Antrag eingebracht, wonach die Abstriche für bauliche Unterhaltung von Magazinen und Garnisongebäuden verworfen und die abgelehnte Summe von 674 649 M. wieder eingestrichen werden soll; sie schlagen dagegen vor, bei den bewilligten einmaligen Ausgaben von 1 500 000 M. zur Erwerbung eines Truppenübungsplatzes für das 4. Armeekorps und von 2 485 000 M. zur Erwerbung eines Infanterie-Schießplatzes bei Thorn Abstriche von 500 000 bzw. 200 000 M. zu machen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Bei Annahme des Antrags wird mir ein schwerer Stein vom Herzen fallen; denn durch seinen Abstrich würde die Kriegsverwaltung mehr in Verlegenheit gesetzt werden als durch diesen bei den Reparaturen und kleinen Neubauten. Noch lieber wäre es mir, wenn Sie eine Kompensation nicht verlangen wollten; denn wenn ich die Wohl habe zwischen zwei guten Dingen, dann nehme ich sie am liebsten beide. (Heiterkeit.) Der neu vorgeschlagene Abstrich würde mir lieber sein als der in zweiter Lesung beschlossene.

Abg. Richter bittet zuerst über die Kompensation abzustimmen. (Heiterkeit.)

Die Anträge **Hammacher-Graf Hompesch** werden darauf ohne Debatte angenommen.

Im Uebrigen wird der Etat der Militärverwaltung ohne Debatte erledigt.

Beim Etat der Marine-Verwaltung beklagt

Abg. Jepsen (natl.), daß die Maschinenisten nicht wie die Steuerleute, trotzdem sie dieselbe Vorbildung haben und ziemlich gleiche Examina machen, das Recht zum einjährig-freiwilligen Dienst haben.

Kapitän-Lieutenant Capelle erklärt, daß schon ein Theil der Maschinenisten auf Grund ihres Zeugnisses als Einjährig-Freiwillige dienen; ihnen aber allgemein das Recht zu geben, weil auch die Steuerleute es haben, würde bedenklich sein; denn es könnten andere Berufsklassen denselben Anspruch erheben. Die Marine kann aber von der dreijährigen Dienstzeit der Maschinenisten nicht entbehren, sie müßte sonst sich selbst Maschinenisten ausbilden, was sehr viel Geld kosten würde.

Abg. Lieber (Z.) richtet an den Reichschatzsekretär die Frage, wie es mit den Hinterbliebenen der auf der „Brandenburg“ Verunglückten gehalten werden solle.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Frage der Versorgung der Hinterbliebenen liegt hier ganz ebenso, wie wenn ein einzelner Mann in einem Staatsbetriebe oder bei einer militärischen Uebung verunglückt. Daraus folgt, daß zunächst die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Anwendung finden müssen und demnach zu prüfen ist, ob die auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu gewährenden Kompetenzen ausreichen, um den Hinterbliebenen einen angemessenen Lebensunterhalt zu sichern. Wird letztere Frage verneint, so muß die ausgleichende Gerechtigkeit durch Zuzugabe der Dispositionsfonds eintreten. Das Reichsmarine-Amt hat eine noch nicht abgeschlossene Zusammenstellung gemacht, wie die Hinterbliebenen infolge der Schiffsunfälle bei Samoa, auf der „Baden“ und der „Brandenburg“ zu versorgen sind. Nach diesen Feststellungen sind infolge dieser 3 Schiffsunfälle 23 Wittwen, 57 Waisen, 68 Nuzendenden, 2 sonstige Angehörige zu versorgen. Die gesetzlichen Forderungen derselben betragen insgesammt 23 924 M., das Dienstverdienst der Verunglückten 50 218 M. Es ist die Frage, ob aus den Dispositionsfonds den Hinterbliebenen der volle Betrag des Dienstverdienstes ihrer Ernährer gewährt werden kann. Es stehen zunächst die Dispositionsfonds der Marine zur Verfügung, demnach der Dispositionsfonds des Reichszuständlers. Weichen diese nicht aus, werden wir Sr. Majestät Vorschläge unterbreiten, um aus dem Allerhöchsten Dispositionsfonds eine Beihilfe zu erlangen. Eventuell werden wir im nächsten Etat eine Verstärkung unserer Dispositionsfonds beim Hause beantragen.

Der Etat der Marine wird darauf ohne weitere Debatte genehmigt.

Zum Etat der Reichs-Justizverwaltung haben die Sozialdemokraten folgenden Antrag eingebracht: „In Erwägung, daß neuerdings das Urtheil des königlichen sächsischen Oberlandesgerichts zu Dresden in der Sitzung vom 18. Dezember 1893 in der Strafsache wider **Wilh. Pfah** und **Karl Otto Uhlmann** wegen Verübung groben Unfugs durch Vertheilung von Stimmgeldern und Drucksachen zu Wahlzwecken das „freie und sichtbare“ Ausstragen „von Haus zu Haus“, sowie die Uebergabe „ohne Rücksicht auf die politische Gesinnungsart des Einzelnen“ und die „ohne Auswahl und Ansehen der Person“ erfolgte „unterschiedslos und unauferforderte Vertheilung“ wiederholt zum Gegenstand strafrechtlicher Maßnahmen gemacht worden ist, beschließt der Reichstag, ausdrücklich zu erklären, daß diese Art und Weise der Vertheilung zu Wahlzwecken in den § 43 der Reichs-Gewerbeordnung eingeschlossen ist, und ersucht den Herrn Reichszuständler, bei den verbundenen Regierungen dahin zu wirken, daß die zur Durchführung dieser Auffassung geeigneten Anordnungen getroffen werden.“

Abg. Auer (Soz.): Eine Entscheidung des Oberlandesgerichtes zu Dresden droht den deutschen Bürgern Rechte zu nehmen, welche durch die Gewerbe-Ordnung ihnen verbürgt sind. Durch Anwendung des Unfugparagraphe sucht man den § 43 der Gewerbe-Ordnung aus der Welt zu schaffen. Es ist ja ein oft gebrauchtes Wort, daß die Art und Weise, wie der Unfugparagraph von den einzelnen deutschen Gerichten in der neueren Praxis gehandhabt wird, schließlich selbst grober Unfug ist.

Vizepräsident Vorklin: Herr Abgeordneter, ich kann nicht zulassen, daß Sie die Praxis der deutschen Gerichte als groben Unfug bezeichnen! (Auf bei den Sozialdemokraten: Das ist doch grober Unfug!)

Vizepräsident Vorklin: Ich rufe den Herrn, der den Zwischenruf gemacht hat, zur Ordnung! (Bravo! rechts.)

Abg. Auer (fortfahrend): In der fraglichen Sache wurde zunächst ein Strafbefehl erlassen, der davon ausging, daß es sich hier um eine Verletzung des sächsischen Gesetzes über die Sonn- und Feiertagsfeier handelt. Das Amtsgericht meinte, daß es sich nicht um einen Verstoß gegen dieses Gesetz handelt, sondern daß hier grober Unfug vorliegt. Das Schöffengericht trat ebenfalls dieser Auffassung bei. Das Landgericht hielt daran fest, daß der Unfug darin zu finden sei, daß die Verbreitung während des Gottesdienstes stattfand. Ich kann wohl begreifen, daß dies unter Umständen als eine nicht schöne Handlung betrachtet wird. Während man zweifellos in großen Städten nichts darin findet, so kann ich mir doch denken, daß eine derartige Thätigkeit in einem ländlichen Bezirk als eine Ungebühr von der Bevölkerung empfunden werden kann. Wir hätten, wenn das Gericht dies angenommen hätte, die Empfindung gehabt, daß den Sozialdemokraten gegenüber manches geschieht, was gegenüber anderen Parteien nicht geschieht. Sie im Reichstage hier wären aber mit der Angelegenheit nicht beheimlicht worden. Nun kam aber das Oberlandesgericht zu der Auffassung, daß nicht darin, daß die Verbreitung am Sonntag während des Gottesdienstes stattgefunden hat, die Ungebühr liegt, sondern daß in der Art und Weise der Vertheilung die Ungebühr zu finden sei und in dem ganzen Charakter der Flugblätter, und doch haben die Flugblätter keinem der Gerichte vorgelegen. Man bildete sich eben ein, weil es sozialdemokratische Blätter seien, so müßten sie auch auf den Unfug der Gesellschaft und der Kirche gerichtet sein. Diese Frage gewinnt damit für alle Parteien ein größeres Interesse. Wie wollen Sie es denn anfangen, wenn die Flugblätter nicht mehr von Haus zu Haus vertheilt werden sollen, und wozu vertheilen denn alle Parteien überhaupt Flugblätter? Doch nur um Anhänger zu gewinnen, um Indifferente aufzurütteln. Andernfalls hat ihre Vertheilung gar keinen Sinn. Theoretisch ist das für alle Parteien von derselben Wichtigkeit, in der Praxis allerdings sind diese Maßnahmen nur bestimmt, uns zu treffen; es ist das eben eins von den Mitteln, mit welchen man den ausschließlichen Kampf mit der Sozialdemokratie führt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Verhältnisse in Sachsen sind nicht so, daß man sich nicht manchmal ein freies Wörtchen erlauben möchte. Die antisemitische Partei in Sachsen führt eine so freie und rücksichtslose Sprache wie man nur wünschen kann, daß die freie Meinungsäußerung im politischen Leben sich vollziehen soll. Aber in Sachsen mißt man mit zweierlei Maß. Die sächsischen Gerichte betrachten die Aufforderung, gewisse Lokale nicht zu besuchen, als

groben Unfug; sogar die bloße Mittheilung, daß gewisse Lokale von Sozialdemokraten nicht besucht werden, gilt als grober Unfug. Die sächsische Arbeiterzeitung enthielt im Juli v. J. folgende Annonce: „Achtung! Arbeiter! Der Besitzer des Gasthofs zu Leubewitz, Herr Roumann, giebt nur den Antisemiten seinen Saal zu Versammlungen und verweigert ihn den Sozialdemokraten“ und „Achtung! Der Wirth von Stadt Leipzig, Herr Klemm, giebt seinen Saal nur der sogenannten Fortschrittspartei, verweigert ihn aber den Sozialdemokraten.“ Das war grober Unfug, das Landgericht Dresden verurtheilte den verantwortlichen Redakteur zu 6 Tagen Haft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Antisemiten sind sehr rüchrig und vertheilen Flugblätter und Zeitungen, und das ist ihr gutes Recht, aber es ist doch interessant, was in deren Flugblättern alles stehen darf, ohne daß darin von der Polizei, den Staatsanwälten und Gerichten in Sachsen grober Unfug gesehen wird. Es heißt darin z. B.: „Wie der Biß im Schlamm, so wuchert der Jude am Menschenstamm“, „Kauft nicht bei Juden!“, „Wo viele Juden sind, da sind viele Jgel“, „Der Jude hat den Betrug nicht gelernt, er ist ihm angeboren“, „Die beim Juden kauft, die deutsche Frau, nimm's mit Ehr' und Anstand nicht genau.“ (Sehr richtig bei den Antisemiten.) Darüber will ich heute mit Ihnen nicht streiten, sondern nur konstatieren, daß jene einfache Mittheilung der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ als grober Unfug mit Haft geahndet wird, die Antisemiten aber im selben Königreich Sachsen, unter den Augen derselben Behörden ihr „Kauft nicht bei Juden!“ verbreiten dürfen. Und nicht nur die Juden werden angezapft, man wagt sich auch höher hinauf. Der wesentliche Inhalt der Broschüre, die den Gegenstand des Skandalprozesses **Wlad-Schweinhagen** bildet, ist in Sachsen in weiten Kreisen in Form eines Flugblattes verbreitet worden, ich habe dieses Flugblatt mit der Ueberschrift „Die Geschäfte der jüdischen Nebenregierung in Preußen und im Deutschen Reich“ in einer Wirthschaft in Grimmitzschau bekommen. Man hat nicht gehört, daß gegen dieses Flugblatt die Behörden eingeschritten wären. Ich will einiges daraus vorlesen. (Vizepräsident Vorklin bittet die Verlesung nicht zu sehr auszudehnen.) Nur soweit es sich auf die Sache bezieht. Redner verliest einige Stellen aus dem Flugblatt, wie die preussische Regierung kapitalfrei vor dem Hause Rothschild; den Weisenfonds habe Weichröder zu Spekulationen benutzt; die jüdische Nebenregierung der Herren von Hausmann, von Rothschild, von Weichröder, Miquel habe auf den Kaiser Wilhelm einen Druck ausgeübt, um die Schwindelgesetzgebung durchzuführen; in das Kabinet des Kaisers sei der Jude **Manch** gebracht; die deutsche Reichsbank sei zu einem willenlosen Werkzeug der Hausmann, Weichröder u. s. w. herabgesunken. (Auf bei den Antisemiten: Von wem ist das Flugblatt?) Von Schweinhagen. (Auf: Na ja!) Darin liegt aber keine Bedeutung, sondern darin, daß es vertheilt ist, ohne daß die Maßnahmen ergriffen worden, die man gegen uns ergreift, ohne nur den Inhalt unserer Flugblätter sich anzusehen. Wenn die Herren übrigens glauben, daß der antisemitische Verlag in Sachsen anders sei, so brauchen sie sich ja nur die schönen Bilderbogen anzusehen — ich habe sie bei mir — mit dem durchschnittenen Knaaben von Kanten. Ich will den Antisemiten die Agitationsfreiheit nicht beschränken, aber ich will das zweierlei Maß, mit dem man in Sachsen mißt, diese doppelte Buchführung vor der Oeffentlichkeit zur Sprache bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und die erstreckt sich nicht nur auf die Polizei, sondern auch auf die Gerichte. Das Leipziger Landgericht sagt in einer Entscheidung vom 14. September 1891: Als grober Unfug sehe eine Strömung an nur physisch und sinnlich wahrnehmbare Handlungen, die das Publikum belästigen, die andere Strömung aber alle Handlungen, die an sich ungehörig sind und das Publikum als solches in einzelnen Personen ungebührlich belästigen. Das Gericht habe sich der engeren Auffassung angeschlossen. Die weitere Auslegung habe die Pressefreiheit auf. Der Richter brauche nur von seinem subjektiven Standpunkt den Inhalt einer Druckschrift ungebührlich zu finden und eine Beheligung des Publikums anzunehmen, der Richter sei dann nicht mehr Richter, sondern Zensor, es werde ihm eine Rolle aufgedrängt, die seiner nicht würdig sei. Der grobe Unfugparagraph, wie ihn die herrschende Meinung handhabt, könne leicht ein freies offenes Wort unmöglich machen. Schließlich könne keine Zeitung mehr erscheinen, denn der Inhalt der sozialdemokratischen oder freisinnigen Presse werde konfessionelle Leute immer belästigen und ungeliebt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man sollte meinen, dieses Urtheil sei gerade auf das geschrieben, was das Sächsische Oberlandesgericht entschieden hat (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), denn das ist genau das Gegenheil. Woher diese gegenläufige Auffassung? Diesmal war ein Antisemit der Angeklagte. Man folgt dabei dem Zug des Herzens, die Sozialdemokratie haßt man, der Antisemitismus wird offen oder geheim demutert. Unser früherer Kollege, der Staatsanwalt Hartmann aus Plauen, hat ja öfter die Sehnsucht der Sachsen nach einem Gehalt für das Sozialistengesetz zu erkennen gegeben. Nun müssen schon die normalen Gesetze helfen, wo man nicht auslegen kann, legt man unter. Einen Eingriff in die Rechtsprechung wollen wir mit unserem Antrage nicht. Der sächsische Justizminister sagte am 18. Januar in der ersten sächsischen Kammer: „Das Justizministerium kann den Gerichten eine Entscheidung nicht vorschreiben, die Gerichte sind ganz selbstständig, aber das Justizministerium wird, wie es seither schon gethan hat (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), auch künftighin jeder Zeit etwaige unrichtige Rechtsprüche wenigstens ankeramtlich zum Gegenstand vertraulicher Rücksprache machen.“ Sie sehen, in Sachsen weiß man sich zu helfen, die Sachsen sind ja helle (Heiterkeit). Das sächsische Justizministerium wird ja nun unsertwegen keine vertrauliche Rücksprache mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes halten, das verlangen wir aber auch nicht, wir wollen keine Beeinflussung der Gerichte seitens höherer Organe, sondern eine Deklaration, eine Auslegung des § 43, damit ihm wieder der Geist gegeben wird, in dem er erlassen ist. Ich bitte Sie unsern Antrag anzunehmen. Wie sich in Sachsen die Dinge gestalten, darf es nicht weiter geben, der Willkür muß ein Riegel vorgeschoben werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Bevollmächtigter Graf Hohenthal verweist darauf, daß nach der sächsischen Verfassung die Gerichte innerhalb des Rahmens ihrer Kompetenz unabhängig und jeder Beeinflussung durch die Verwaltung entzogen sind. (Aachen bei den Sozialdemokraten.) Der Vortredner hat von der ungleichen Behandlung der Sozialdemokraten und anderer Parteien gesprochen. Der Zusammenhang dieser beiden Angelegenheiten ist nicht recht verständlich. (Ironische Zwischenrufe links: Sehr richtig!) Herr Auer hat sich zum Organ der Polizei gemacht und ein Einschreiten gegen den sächsischen Verlag verlangt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Behauptung, daß mit zweierlei Maß gemessen wird, weist Redner mit Entschiedenheit zurück. Im Interesse des Vaterlandes könne es nur bedauert werden, daß die Gerichte nicht scharf genug vorgehen. (Aachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Träger (fr. Sp.): Als einer der Väter des § 43 muß ich Protest dagegen erheben, daß derselbe mißbräuchlich gehandhabt wird. Nicht ich, sondern ein Rechtslehrer, Professor Berner, sagt: Mit dem groben Unfug-Paragraphe (wird von den Ge-

richten der größte Unfug getrieben. (Sehr richtig! links. Zuruf: Wenn er es hier im Reichstag sagte, würde er zur Ordnung gerufen werden.) Der große Unfug ist nach der ganzen Entscheidung der Bestimmung nur als eine physische Belästigung zu verstehen, alle Übertragungen auf das psychische Gebiet widersprechen dem Sinne und dem Geiste des Gesetzes. Die ganze Sache entbehrt nicht des humoristischen Beigeschmacks. Das Amtsgericht erblickte in dem Verteilen von Flugblättern am Sonntag großen Unfug. Das Landgericht ist schon etwas erleuchteter, es wittert nur eine Bekämpfung der Religion, obgleich dieselbe doch mit der Militärvorlage und den Wahlen infolge der Auflösung des Reichstags wenig zu thun hatte. Der § 48 der Gewerbe-Ordnung wollte aber gerade die Wahlagitation durch Flugblätter von allen Fesseln befreien. Freilich im Königreich Sachsen scheint man sich an die Aufhebung des Sozialistengesetzes noch immer nicht gewöhnen zu können. (Sehr richtig! links.) Der mitbräuchlichen Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen muß mit Entschiedenheit entgegengetreten werden, weil sonst das wichtigste öffentliche Interesse, die Wahlfreiheit, gefährdet wird. (Zustimmung links.) Redner empfiehlt den Antrag. Gesehnt hat mich die Abnügung des sächsischen Bevollmächtigten gegen die Beeinflussung der Gerichte, obgleich sie nicht ganz dem Auswärtigen des sächsischen Justizministers entspricht. In Preußen sind auch seltsame ministerielle Verfügungen früher ergangen, nicht von dem jetzigen Justizminister, der so korrekt verfährt, wie selten ein anderer. Die Annahme der Resolution wird genügen. Ob die sächsischen Justizbehörden den nötigen Respekt vor dem Beschluß des Reichstages haben werden, möge dahingestellt bleiben.

Staatssekretär im Reichs-Justizamt Niederding: Es ist gewiß richtig, wenn die Rechtsprechung, sei es auf dem zivilrechtlichen oder auf dem strafrechtlichen Gebiete, eine falsche Richtung einschlagen droht, diese Verhältnisse auch hier im Reichstag zur Sprache zu bringen und die geeigneten Mittel und Wege der Abhilfe hier in Erwägung zu nehmen sind. Aber ein anderes ist es, hier im Hause solche Dinge nicht allgemein zu erörtern, sondern einzelne Sprüche der Gerichte zum Gegenstand einer Kritik, ironisierender Bemerkungen und anzüglicher Darstellungen zu machen, die schließlich darauf hinauskommen, gegen die Mitglieder dieser Gerichte schwere Vorwürfe und Zweifel an ihrer Ehrlichkeit und Ueberzeugungstreue zu erheben. Nirgends sollte eine solche Ehren vor einem solchen Vorgehen herrschen als im Deutschen Reichstage. Ich will die Frage, ob die Gerichte in einzelnen Fällen von der strafrechtlichen Bestimmung über den großen Unfug unrichtigen Gebrauch gemacht haben, hier nicht ausführlich erörtern; ich gebe die Möglichkeit zu, daß die Gerichte bei Anwendung dieser Vorschrift zuweilen etwas weit gegangen sind (Hört! links), denn auch die Richter sind nur Menschen, ohne damit der Gewissenhaftigkeit und Ueberzeugungstreue der deutschen Richter irgendwie zu nahe zu treten. Da darüber die Fälle, welche der Antragsteller angeführt hat, auch dahin zu rechnen sind, kann ich, kann das Haus auf grund einseitiger Darstellung nicht beurteilen. Die Frage, ob die Jurisdiktion von dem großen Unfug paragrafen einen zu weitgehenden Gebrauch gemacht hat, hat doch die weitere Frage zur Konsequenz, ob nicht der Begriff des großen Unfugs im Laufe der Entwicklung selbst eine andere Bedeutung gewonnen hat. Ich bedauere, zu diesen Bemerkungen genügt worden zu sein, denn es ist nicht erforderlich, daß es überhaupt dahin kommen kann, daß die Richter dem Reichstage gegenüber in Schutz genommen werden müssen. Der Antrag wünscht eine deklaratorische Erklärung und die Ausführung dieses Beschlusses durch den Reichskanzler. Letzteres ist doch nur dahin zu verstehen, daß die Justizverwaltungen der einzelnen Länder ihre Staatsanwaltschaften anweisen, in dem gedachten Sinne zu wirken. Ich glaube nicht, daß die Regierungen geneigt sein möchten auf grund des vorliegenden Materials eine solche Anweisung erfolgen zu lassen, und auch der Reichstag wird dem darauf gerichteten Ersuchen kaum beitreten wollen, er wird nicht erklären wollen, daß das Gesetz in einer bestimmten Weise gegenüber dem Spruch eines bestimmten Gerichts ausgelegt wird. Der Antrag belagt in seinem ersten Theile etwas Selbstverständliches. (Hört! links.) Nach meiner Ueberzeugung hat der sächsische Gerichtshof durchaus nicht die Absicht gehabt, dem betreffenden Paragrafen die weitgehende Auslegung zu geben, die die Antragsteller unterstellt haben; aus dem Erkenntnis geht nicht hervor, daß die Verteilung von Wahlzetteln deshalb unzulässig sein soll, weil sie in der bestandensten Art und Weise stattgefunden hat. Der Sache ist eine hier nicht zukommende Bedeutung gegeben worden. Es wird abzuwarten sein, ob irgend ein Gerichtshof bestreiten wird, was in dem Antrag gefordert wird. Dann erst ist die Zeit gekommen, mit einer Resolution oder einem Antrage vorzugehen.

Abg. Mintzen (3.) Das Urtheil des sächsischen Oberlandesgerichts behagt auch mir nicht; aber der Reichstag hat nicht das Recht ein Urtheil zu kritisieren. Will man eine Aenderung der Rechtsprechung herbeiführen, dann muß eine Deklaration eingebracht werden.

Abg. Zimmermann (Deutsche Reformpartei): Der Antragsteller hat die Belangenheit demüthigt, die Antisemiten zur gütigen Berücksichtigung bei Strafverfolgungen zu empfehlen und um ein kleines Denunziationsgesetz anzubringen. So harmlos ist der Boykott von Lokalen doch nicht gewesen, wie der Antragsteller ausgeführt hat. Man hat einen Bieth zwingen wollen, den Sozialdemokraten seinen Saal zu geben, und zwar dadurch, daß Sozialdemokraten die Lokale besuchten und die Tanzlustigen am Tanzen hinderten. Gewiß haben wir die Parole ausgegeben: Kaufst nicht bei Juden! Das geschah aus nationalen, politischen und wirtschaftlichen Gründen. Die Sozialdemokraten haben durch ihre Boykottirungen die Erlässigen ihrer Gegner zu verachten gesucht und spielen sich hier als Hüter der Freiheit auf! Die Schweinhägen und Genossen sind niemals Antisemiten gewesen; die Wölfschen Widerbogen sind ein reines Privatunternehmen. Uebrigens ist Herr Old, trotzdem er 100 Prozesse gehabt hat, nur einmal zu drei Mark verurtheilt. Diese Ungleichheit der Behandlung findet nicht statt, es wird sogar nicht scharf genug gegen die Sozialdemokraten vorgegangen. Althwards' Versammlungen sind in Sachsen verboten worden, während anarchistische Versammlungen stattfinden. Die Sozialdemokraten haben zur Bekämpfung des Christenthums von der Pressefreiheit ausreichenden Gebrauch gemacht, so daß sie beinahe in Preßfreiheit ausgeartet ist. Trotz der Begründung werden wir für die Resolution stimmen, weil wir keinerlei Ungleichheit, keinerlei Beeinflussung wollen. Der Antrag scheint nur gestellt zu sein, um sich wieder einmal den sächsischen Juden als Schläger zu empfehlen.

Die Abgg. Hamacher und Genossen beantragen: In Erwägung, daß die Auslegung von Reichsgesetzen verfassungsgemäß dem Gerichte zusteht, in fernerer Erwägung, daß eine Deklaration der Gesetze nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen könne, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Cuneceus (all.): Daß das Verteilen von Druckschriften am Sonntag großer Unfug sei, will wir auch nicht richtig erachten; aber daß der Reichstag ein unrichtiges Urtheil des höchsten Gerichtshofes richtig stellen soll, das ist unerhört. Die Gesetzgebung ist Sache des Reichstags und des Bundesraths. Was würden Sie dazu sagen, wenn nun einmal der Bundesrath ein den Sozialdemokraten günstiges Urtheil als unrichtig bezeichnen würde? Nehmen Sie den Antrag Hammacher an; ich bin auch zustimmend, wenn der Antrag Kuer sang und Langlos abgelehnt wird.

Abg. Kuer (Soz.): Nachdem von allen Rednern zugegeben worden ist, daß unsere Beschwerde berechtigt ist (Widerspruch rechts), ziehen wir den Antrag zurück, indem wir uns vorbehalten, denselben in anderer Form wieder vor das Haus zu bringen.

Abg. v. Stumm (R.-P.) stellt fest, daß keineswegs das ganze Haus die Beschwerden der Sozialdemokraten für berechtigt erklärt hat.

Abg. Kuer (Soz.): Ich habe nicht vom ganzen Hause, sondern nur von den Rednern, welche zu Wort gekommen sind, gesprochen. Daß Herr v. Stumm uns nicht zustimmt, ist selbstverständlich.

Damit schließt die Debatte. Der Etat des Reichs-Justizamts wird genehmigt.

Beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern unterhalten sich die Abgg. Sutz und Kossick wieder über ihre Sachverständigkeit im Brauwesen.

Abg. Wurm (Soz.) hält es für notwendig, eine Statistik über den Verbrauch der Surrogate aufzustellen, damit man weiß, wer Surrogate verwendet. Wenn eine solche Proskriptionsliste nicht aufgestellt werden soll, dann wird man zum Verbot der Surrogate kommen müssen.

Der Etat wird genehmigt.

Beim Etat der Post- und Telegraphenverwaltung haben die Abgg. Büchlin und Gen. beantragt, den in zweiter Lesung abgelehnten 20. Rath des Reichs-Postamtes zu bewilligen.

Abg. v. Stumm (R.-P.) bedauert, daß er für einen Antrag, die Förderung für den Unterstaatssekretär, deren Ablehnung eine flagranter Ungerechtigkeit war, wiederherzustellen, keine Unterstützung gefunden habe; er hoffe, daß die Regierung in der nächsten Session die Forderung wiederholen wird.

Abg. Büchlin empfiehlt seinen Antrag.

Abg. Müller-Sagan (fr. Vg.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß Herr v. Stumm, ohne einen Abänderungsantrag zu stellen, einen Beschluß des Hauses bezüglich des Unterstaatssekretärs als einen flagranter Ungerechtigkeit bezeichnet hat.

Nachdem nach Abg. Ungens (3.) den Antrag Büchlin empfohlen hat, wird derselbe angenommen.

Beim Titel „Postassistenten“ empfiehlt

Abg. Bachem nochmals den Antrag Gröber, wonach die Zivilanwärter unter den Postassistenten ebenso wie die Militär-anwärter zum Postsekretär-Examen zugelassen werden sollen.

Abg. v. Kardorff (R.-P.) erklärt sich gegen diesen Antrag, weil dadurch ein Privilegium der Militär-anwärter aufgehoben würde.

Die Abgg. Graf Oetola (natl.), Hammacher (natl.) und Müller-Sagan (fr. Vg.) schließen sich den Ausführungen des Abg. Bachem an.

Abg. v. Leipzig (dl.): Bei allem Wohlwollen für die Postassistenten, welches dadurch gefördert worden ist, daß dieselben sich zum großen Theile als Patrioten bekannt und die sozialdemokratischen Angriffe von sich abgewandt haben, können wir doch dem Antrag nicht zustimmen, weil die Klasse der Postassistenten Personen zu verschiedenartiger Vorbildung umfaßt.

Der Antrag Gröber wird angenommen. Von den einmaligen Ausgaben will Abg. Schmidt-Warburg (3.), wie in der zweiten Lesung, die Ausgabe für ein Postgebäude in Deutsch-Krone freistehen.

Staatssekretär v. Stephan und Abg. Graf Limburg-Stürm sprechen sich für den Bau aus, der mit großer Mehrheit genehmigt wird.

Der Rest des Etats wird ohne Debatte genehmigt. Angenommen wird nach kurzer Begründung durch den Abg. v. Podbielski folgende Resolution:

Den Reichskanzler zu ersuchen:

1. Bei den zur Vorlage kommenden Bauplänen auf eine größere Einfachheit in bezug auf die Gestaltung der Fassade und die innere Ausattung der Gebäude hinzuwirken und Einschränkungen in bezug auf die Ausdehnung des Baues und besonders theuere Materialien eintreten zu lassen.

2. Durch ein allgemeines Regulativ festzusetzen, welche Ausdehnung eine Dienstwohnung für jede Dienststelle haben soll. Die Abstimmung über den Etat im ganzen wird ausgefällt.

Darauf folgt die Verathung von Petitionen von Postbeamten. Die Petitionskommission empfiehlt durch ihren Berichterstatter Abg. von Langen folgenden Antrag: 1. über die Vorstellungen von Postbeamten, enthaltend Proteste gegen die Ausführungen der sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages bei der Verathung des Reichshaushalts-Etats bezüglich ihrer sozialen Lage u. s. w., 2. über die Vorstellungen der Postvertrauensärzte im Bezirke der kaiserlichen Ober-Postdirektion Berlin, enthaltend einen Protest gegen die Ausführungen der sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages bei der Verathung des Reichshaushalts-Etats, bezüglich der Stellung und Thätigkeit der Postvertrauensärzte zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Merbach (R.-P.) sieht in den Petitionen einen Beweis für die Erregung der Postbeamten über die Debatten in diesem Hause.

Abg. Liebermann von Sonnenberg erhebt Protest dagegen, daß die der Postverwaltung nahestehende „Verkehrszeitung“ beim Abdruck dieser Petition die Bemerkung macht, daß die Mitglieder des Postassistenten-Verbandes der Sozialdemokratie verfallen zu sein scheinen. Das sei eine Beleidigung der Postassistenten, denen das Haus wenigstens durch die Annahme des Antrages Gröber eine kleine Genugthuung gewährt habe. Hoffentlich würden die Spitzen der Postverwaltung bald auch ihre Ansichten ändern.

Abg. Weber (Soz.): Obgleich von der Postbehörde unter den Beamten eine grobartige Agitation für solche Vertrauensadressen in Szene gesetzt ist, haben schließlich insgesamt doch nur drei Tausend und einige Hundert Unterschriften abgegeben. Wenn das der Leiter der Postverwaltung als ein Vertrauensbottan ansehen will, so bedauere ich ihn um seine Bescheidenheit. Wir haben die Angelegenheiten zur Sprache gebracht ohne Rücksicht darauf, ob wir uns damit Antipathien oder Sympathien bei den Postbeamten erwerben. Ob uns und die zahlreichsten Juristen zugegangen, zum Theil von solchen, die selbst unterzeichnet haben, mit der Erklärung, daß sie hätten unterzeichnen müssen, sie hätten garnicht anders gekonnt, daß sie uns aber dafür Dank wissen, daß wir ihre Beschwerden vorgebracht haben. Ständen wir nicht in der dritten Lesung, so könnten wir wieder ein reiches Material vorbringen, das wird aber im nächsten Jahre geschehen.

Abg. Netlich (dl.) verliest einen Zustimmungsbrief von Postbeamten aus seinem Wahlkreise.

Abg. Schoenknecht (Soz.) verzichtet auf weitere Ausführungen, bleibt aber dabei, daß die Sozialdemokraten die Mandatäre der Postbeamten sind. (Vehementer Widerspruch rechts.)

Darauf wird der Antrag der Kommission angenommen. Das Gesetz und das Anleihegesetz gelangen ohne weitere Debatte zur Annahme.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. (Dritte Lesung des russischen Handelsvertrages; Abstimmung über den Etat im ganzen.)

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 16. März, Nachmittags 5 Uhr.

Die Verathung des Stadthaushalts-Etats wird fortgesetzt.

Im Etat der städtischen Gasanstalten sind aus dem Abschlag des Gases an Private 11 840 000 M. Einnahme in den Etat eingestellt, 960 000 M. weniger als im Vorjahre.

Stadt. Tempel bemängelt die niedrigen Arbeitslöhne, die die Stadt in den Gasanstalten zahlt. Ein Arbeiter erhalte 14,90, ein Monteur 22,50 M. Diese Löhne seien ganz außerordentlich gering. Auch sollte die Stadt nicht noch an diesen Löhnen zu verdienen trachten, indem sie den Arbeitern, wenn sie

in den Anstalten etwas machen lassen, auch die hohen Gehaltsätze für Monteur etc. berechne. Wenn ein Arbeiter den Inspektor um Zulage angeht, wird er einfach gefragt, ob er vielleicht verrückt geworden ist; die Inspektoren aber werden in ihren Gehältern erhöht.

Stadt. Schulz II bringt zur Sprache, daß ein städtischer Gasarbeiter wegen eines erlittenen Unfalls entlassen worden ist und ersucht die Verwaltungsdeputation, dahin zu wirken, daß dem Manne, der sonst ganz kräftig sei, eine leichte Beschäftigung gegeben werde. Auch stellt er fest, daß sich zahlreiche Arbeiter über das inhumanen Wesen des Plagemeisters Meyer ihnen gegenüber beschwerten und Remedur verlangen.

Stadt. Hentig: Die städtische Gasverwaltung ist auf technischem Gebiete hinter der Zeit zurückgeblieben. Die Siemens'schen Brenner sind wieder fallen gelassen worden; was aber an ihre Stelle getreten ist, genügt nicht.

Der Etat wird in Einnahme und Ausgabe mit 20 670 800 M. festgestellt, ebenso der Etat der öffentlichen Petroleumbeleuchtung und die Etats des Magazins und der Werkstatt der Gasanstalten, sowie des Feuer- und Explosions-Versicherungsfonds.

Zum Etat der Wasserwerke soll der bestehende Tarif für Wasser und Wassermesser auch für das Etatsjahr 1894/95 in Kraft bleiben.

Die Versammlung beschließt demgemäß und genehmigt diesen Etat ohne Debatte, ebenso den Etat für den Vieh- und Schlachthof. Bei letzterem wird die Schlachtgebühr für Schweine von 80 auf 70 Pf. herabgesetzt; die übrigen Schlacht- und Fleischschau-Gebühren bleiben unverändert. Die bezügliche Petition der Schweine- und Engros-Schlächter Berlins ist damit erledigt.

Der Etat für die Kanalisationswerke und die Rieselfelder (Administrationsbezirke Osdorf, Großbeeren, Hallenberg, Malschow und Planfenfeld) schließt nach den Ausschussberathungen in Einnahme und Ausgabe mit 9 974 591 M. ab. Für die nächstjährige Etatsperiode soll der Kanalisationsbeitrag wie bisher auf 1 pSt. des Nuptrages der angeschlossenen Grundstücke zur Ausschreibung gebracht werden.

Stadt. Hentig polemisiert gegen die heutige Gestaltung der Kanalisationsanlagen und fragt, ob man denn nicht endlich einmal mit der alleinigmachenden Doktrin der Verinselung zu brechen gedenke. (Zachen.) Es sei doch mehr als fragwürdig, gerade auf den Rieselfeldern Reconvalesszenten-Heimstätten hinzubauen. In seinen weiteren Ausführungen wird der Redner von wachsendem Börm aus der Verinselung wiederholt unterbrochen, auch erbatte der Zuruf: Karlichen! den Redner als Karlichen Miethnie deutet und scharf zurückweist. Auf die Frage des Redners, weshalb Osdorf noch immer ein so hohes Defizit aufweise, bemerkt

Stadt. Struve, daß dieses Rieselgut die Abwässer aus 8 Abfallsystemen aufzunehmen habe, ein sehr großes Quantum, das sich landwirtschaftlich nicht völlig verwerten lasse. In zwei Jahren würden die Verhältnisse sich gebessert haben.

Stadt. Guben nimmt die Verinselung der Kanalisationswerke gegen die Angriffe des Stadt. Hentig in Schutz.

Stadt. Zadel kann den Ausführungen des Stadt. Hentig an dieser Verwaltung eine Berechtigung in gewissem Umfange nicht verweigern. Die Schwemmanalysation sei hygienisch bedenklich, in Mummelsburg trete Späthäufigkeit direkt in die Spree, die Forderung einer rentableren Gestaltung der Rieselfelder-Wirtschaft begründet. Um wirksam rieseln zu können und gleichzeitig Berlin sanitär möglichst günstig zu stellen, würde man etwa ein Rieselgut von der Größe der Provinz Brandenburg gebrauchen. Solches durchzuführen sei aber die privatkapitalistische Wirtschaft nicht im Stande. Der landwirtschaftliche Betrieb auf den Rieselgütern lasse sehr zu wünschen; der Magistrat wolle die Viehzucht dabei mehr und mehr ab.

Stadt. Hentig nimmt für sich völlige Sachkenntnis in Anspruch; ob die Summe seiner Spezialkenntnisse von vielen andern Mitgliedern erreicht werde, müsse er bezweifeln. Er fordert die Anlage von Klärstationen nach Panlower Muster und wünscht, daß die Rieselfelder einige Meilen weiter von Berlin wegverlegt werden.

Der Etat wird genehmigt, desgleichen die Höhe des Kanalisationsbeitrages; ferner der Etat für Geschäftsbedürfnisse, Prozessions u. s. w., und der Etat der Pensionen und Unterhaltungen.

Beim Etat der Markthallen spricht sich Stadtrat Maroth gegen die Verbilligung der Markthallengebäude aus. Der an der Spitze der Agitation dafür stehende Verkaufsvermittler gefalle sich zwar in der Rolle des nothleidenden Landwirths, mache aber in Wirklichkeit ein brillantes Geschäft. Auch die verlangte Verbreiterung der Gänge zwischen den Ständen lehnt das Markthallenkuratorium ab, desgl. das Verlangen nach Abschaffung der neuerdings erhobenen Bahnhofsgebühr.

Stadt. Sachs II belämpft den Standpunkt des Magistrats, wonach jede Markthalle sich aus sich selbst erhalten soll. Stadtrat Maroth sieht absolut keinen Grund dafür ein, daß zu gunsten Einzelner eine neue Last dem allgemeinen Steuerfusse aufgebürdet werden soll. (Zustimmung.)

Stadt. Heitmann beruft sich darauf, daß von der Versammlung J. J. ausdrücklich ein Beschluß in dem Sinne gefaßt sei, daß jede Halle sich selbst erhalten solle.

Der Etat der 14 Markthallen und der Engros Halle wird genehmigt.

Die Petition des Fortbildungsschülers Schimobr, Zeltowitzer 24, um Erlass für seinen ihm während des Unterrichts vom Korridor der 1. Fortbildungsschule verschwendeten, sehr wenig getragenen Ueberzieher wird dem Magistrat nach dem Antrage des Petitionsausschusses zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Wasserversorgung der beiden Springbrunnen und der acht Sprenghähne auf dem Lustgarten soll laut Vertrages mit dem Fiskus vom 1. April 1894 ab von der Stadt übernommen werden. Der Fiskus hat für die Jahre 1894-99 jährlich 7000 M., von da ab jährlich 6000 M. zu zahlen. Vor dem 1. April 1899 soll dieser Vertrag nicht kündbar sein. Ferner verpflichtet sich der Fiskus, den Schornstein des kaiserlichen Maschinenhauses am Lustgarten binnen drei Monaten nach Genehmigung dieses Vertrages abzubauen, während das Maschinengebäude selbst bis zum 1. April 1899 erhalten bleibt, sodann aber bis zum 1. Januar 1900 abgebrochen werden muß.

Zum Zwecke einer Ausstellung von auf die Stadt Berlin bezüglichen Gemälden wird der deutschen Schriftsteller-Gesellschaft der Festsaal des Rathhauses vom 22. März bis 5. April d. J. unentgeltlich überlassen.

Im Abbruch der über den Spandauer Schiffahrtskanal führenden Pennsylvanien-Brücke giebt die Versammlung ihre Zustimmung und stellt für eine unterhalb zu errichtende Rothbrücke 30 000 M. als erste Rate zur Verfügung. Weitere 10 000 M. für diese Rothbrücke soll die königliche Ministerial-Baukommission besteuern.

Das Grundstück Amienstr. 60/61 und Volbringerstr. 63 soll bezugsverlängerung der Gormannstraße bis zur Volbringerstraße für 450 000 M. freihändig angekauft werden. Die Versammlung stimmt dem zu.

Gemäß dem Beschluß der Versammlung vom 22. Februar er. hat der Magistrat bezüglich der Weglassung eines Theiles der auf dem städtischen Abladeplatz vor dem Stralauer Thore lagernden Mägen eine Ausschreibung beauftragt freihändiger Vergebung dieser Arbeit erlassen. Es sind 7 Offerten eingegangen. Der für den Kubikmeter geordnete Preis bewegt sich zwischen 2,10 und 2,95 M. 2,10 M. fordern der Kaufmann Haberkorn und der Schlächtermeister Blinde, 2,18 der Fuhrunternehmer Labbert. Der Magistrat beantragt, dem Letzteren den Zuschlag zu ertheilen, erklärt jedoch, für die pünktliche Ausführung und Beendigung der Arbeit eine Garantie nicht mehr übernehmen zu können. Eine solche hätte nur der von ihm ursprünglich vorgeschlagene

Die Wasserwerke der beiden Springbrunnen und der acht Sprenghähne auf dem Lustgarten soll laut Vertrages mit dem Fiskus vom 1. April 1894 ab von der Stadt übernommen werden. Der Fiskus hat für die Jahre 1894-99 jährlich 7000 M., von da ab jährlich 6000 M. zu zahlen. Vor dem 1. April 1899 soll dieser Vertrag nicht kündbar sein. Ferner verpflichtet sich der Fiskus, den Schornstein des kaiserlichen Maschinenhauses am Lustgarten binnen drei Monaten nach Genehmigung dieses Vertrages abzubauen, während das Maschinengebäude selbst bis zum 1. April 1899 erhalten bleibt, sodann aber bis zum 1. Januar 1900 abgebrochen werden muß.

Zum Zwecke einer Ausstellung von auf die Stadt Berlin bezüglichen Gemälden wird der deutschen Schriftsteller-Gesellschaft der Festsaal des Rathhauses vom 22. März bis 5. April d. J. unentgeltlich überlassen.

Im Abbruch der über den Spandauer Schiffahrtskanal führenden Pennsylvanien-Brücke giebt die Versammlung ihre Zustimmung und stellt für eine unterhalb zu errichtende Rothbrücke 30 000 M. als erste Rate zur Verfügung. Weitere 10 000 M. für diese Rothbrücke soll die königliche Ministerial-Baukommission besteuern.

Das Grundstück Amienstr. 60/61 und Volbringerstr. 63 soll bezugsverlängerung der Gormannstraße bis zur Volbringerstraße für 450 000 M. freihändig angekauft werden. Die Versammlung stimmt dem zu.

Gemäß dem Beschluß der Versammlung vom 22. Februar er. hat der Magistrat bezüglich der Weglassung eines Theiles der auf dem städtischen Abladeplatz vor dem Stralauer Thore lagernden Mägen eine Ausschreibung beauftragt freihändiger Vergebung dieser Arbeit erlassen. Es sind 7 Offerten eingegangen. Der für den Kubikmeter geordnete Preis bewegt sich zwischen 2,10 und 2,95 M. 2,10 M. fordern der Kaufmann Haberkorn und der Schlächtermeister Blinde, 2,18 der Fuhrunternehmer Labbert. Der Magistrat beantragt, dem Letzteren den Zuschlag zu ertheilen, erklärt jedoch, für die pünktliche Ausführung und Beendigung der Arbeit eine Garantie nicht mehr übernehmen zu können. Eine solche hätte nur der von ihm ursprünglich vorgeschlagene

Unternehmer Haus, der den Betrieb mit einer größeren Anzahl von Röhren übernehmen wollte, zu leisten vermocht.

Auf Antrag des Stadt. Jacobi wird diese Angelegenheit wegen dabei zu erörternder Personenfragen in geheimer Sitzung verhandelt.

Schluss 7 3/4 Uhr.

Gerichts-Beitung.

Prozess Plack-Schweinhagen. (Weiterer Verhandlungstag.) Landgerichtsdirektor Voigt eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Der Angeklagte Plack erbittet sich sofort das Wort: Herr Präsident, ich möchte um eine Rechtsbelehrung bitten, in betreff eines Punktes, der gestern zur Sprache kam. — Präsi.: Ich habe Ihnen keine Rechtsbelehrung zu erteilen. Wir fahren in der Beweisaufnahme fort.

Generalkonful Russel soll Auskunft über den Rückgang der „Dortmunder Union“ geben. Derselbe sei hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß infolge einer totalen Umwälzung auf dem Gebiete der Eisenindustrie umfangreiche und kostspielige Bauten auf den Werken ausgeführt werden mußten, welche die Jahre 1873 und 1874 vollständig in Anspruch nahmen. Als die Werke konkurrenzfähig waren, sei die Eisenindustrie sehr zurückgegangen, wogegen die Stahlindustrie in Blüthe stand. Es seien noch eine Menge anderer Umstände hinzugekommen, welche in Verbindung mit dem angeführten Geld- und Fetiverlust einen Rückgang der Werke herbeiführen mußten. Der Zeuge gibt sodann eine Schilderung von der Gründung der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft und den in Frage kommenden finanziellen Maßnahmen.

Angell. Plack stellt an den Zeugen verschiedene Fragen über die Retrozession und die Thatsache, daß infolge eines Prozesses, welchen ein Herr Ludwig v. Kaufmann angestrengt hatte, das Reichsgericht die Beschlußfassung über die Retrozession für nicht geschehen erklärt hat. Der Zeuge erklärt, daß das rein theoretische Erkenntnis ihm bekannt sei, ebenso daß das Reichsgericht irgend welche Anordnung zur Ausführung dieses Erkenntnisses nicht getroffen hat. Man versuchte eine Verantwortlichkeit des Aufsichtsraths zu konstruieren, weil derselbe den rechtsgiltig gefaßten Beschluß durchgeführt hat. Thatsächlich habe also das Reichsgericht einer Klage des Herrn v. Kaufmann stattgegeben, praktische Folgen habe das Erkenntnis aber nicht gehabt, weil die rumänische Regierung faktisch im Besitze der Bahnen war. — Staatsanwalt Müller: Wann ist die Retrozession zu Stande gekommen? — Zeuge: Im Jahre 1880. — Staatsanw.: Der Herr Minister ist bekanntlich schon im Jahre 1878 ausgetreten. Will der Angeklagte behaupten, daß der Herr Minister für die Retrozession verantwortlich ist? — Angell. Plack: Das kann ich natürlich nicht beantworten.

Der nächste Zeuge ist Geh. Rath Schwabach von der Firma Reichsdröber. Derselbe wird über die der Rumänischen Eisenbahngesellschaft von der Seebanlung gewährten Darlehne vernommen und erklärt, daß die den Banken für ihre Bürgschaft gewährte Provision von vier Prozent zu damaliger Zeit außerordentlich billig war. Dies war nicht eine einfache Provision, welche in die Tasche gesteckt wurde, sondern es kam dazu, daß die Banken der rumänischen Regierung die Gewähr dafür übernahmen, daß die ganze Sache die rumänische Regierung nicht mehr koste als 8 Prozent, d. h. den Prozentsatz, welchen die rumänische Regierung für ihre Staatsschulden zahlte. Im weiteren Verlaufe erklärt der Zeuge: Ich habe noch zu bemerken, daß ich seiner Zeit zu Herrn von Reichsdröber in einem ähnlichen Verhältnis stand, wie Herr Miquel zu Herrn v. Hansemann, nur daß ich auch Chef der Börsen-Abtheilung war. Ich kann mich selbstverständlich nicht mehr auf alle Einzelheiten besinnen und muß mich von vornherein saluiren, falls mich mein Gedächtniß verlassen sollte. Ich habe jedenfalls das beste Bestreben, in allen Punkten die reine Wahrheit zu sagen. Das Wort „Meineid“ scheint ja eine sehr beliebte Marke zu sein, unter welcher namentlich auch mein verstorbenen Chef und Freund Herr von Reichsdröber zu leiden hatte. Ich habe mit großer Betrübnis gelesen, daß hier Herr v. Ditt- Daber die alte Legende wieder vorgebracht hat, daß bei einem Verleumdungs-Prozesse des Fürsten Bismarck gegen Herrn Dietrich Herr v. Reichsdröber einen Meineid geleistet habe. Diese schwere Beschuldigung des Herrn war damals ebenso absurd, wie sie es jetzt ist. Er hat wiederholt versucht, mit dieser Behauptung bei dem Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt durchzubringen, ist aber freis zurückgewiesen worden. Als Sojus der Firma, als alter Freund und Testamentvollstrecker des Verstorbenen, muß ich diese dreifache Behauptung entrüstet zurückweisen, mit um so tieferer Entrüstung, indem die schwere Beschuldigung einem Todten gilt, der sich nicht mehr vertheidigen kann.

Erster Staatsanwalt Dreescher: Ich möchte hier Kenntniß geben von einem bei mir eingegangenen Schreiben des Herrn Finanzministers. Der Herr Minister scheint aus einem Zeitungsberichte der Meinung zu sein, als hätte der Angeklagte Plack hier behauptet: der Herr Minister habe seiner Zeit im Gehlten-Prozesse beschworen, daß er der Generalversammlung vom 29. Juni 1874 nicht beigewohnt habe. Das hat der Herr Minister damals nicht beschworen, das hat aber auch der Angeklagte hier nicht behauptet. Derselbe hat sich vielmehr nur bemüht, festzustellen, ob der Herr Minister in jener Generalversammlung zugegen gewesen, um daraus wohl zu deduzieren, daß, wenn der Minister zugegen war, er von dem Darlehensgeschäfte Kenntniß gehabt haben müsse. — Präsi.: So verhält es sich in der That. Ich habe ja gestern ausdrücklich dem Angeklagten vorgehalten, daß, selbst wenn der Herr Minister der Generalversammlung beigewohnt hätte, daraus jene Kenntniß noch absolut nicht zu folgern sei.

Es folgt die Vernehmung des Schriftstellers Dr. Koll, welcher gleich dem Angeklagten Plack gegen den angeblichen Börsenschwindel zu Felde zieht. Der Zeuge erklärt, daß er die feste Ueberzeugung habe, daß es an der Börse eine Gruppe von Personen gäbe, welche im Stande sei, den Kurs gewisser Papiere längere Zeit vorher zu bestimmen. Auf der Börse gebe es nicht nach der Logik der Thatsachen. Er habe sich seit Jahren damit beschäftigt, Tabellen aufzustellen, auf Grund deren er hinter das Geheimniß kommen wolle, es sei ihm bisher aber noch nicht gelungen. Eine solche Börsengruppe habe zu viele Fäden. Er sei zu der felsenfesten Ansicht gekommen, daß ein „soloscher Schwindel“ an der Börse getrieben werde, und habe in dieser Beziehung namentlich auch die Papiere der Rothschildgruppe genau verfolgt. Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß er seine Erfahrungen an der Wiener und Frankfurter Börse gemacht.

Ueber dasselbe Thema wird der folgende Zeuge, Schriftsteller Weber vernommen. Er gibt an, daß er sich durch 15jährige Thätigkeit im Auslande ein Vermögen erworben habe, das nach seiner Rückkunft nach Deutschland in kurzer Zeit an der Börse wieder verloren gegangen sei. Er sei der Ueberzeugung, daß es an der Börse nicht mit richtigen Dingen gebe. Zunächst sei es ihm aufgefallen, daß ein gewisser Kursstand bestimmter Papiere immer wiederkehrte, ohne daß eine Erklärung dafür zu ergründen war. Er habe es zu seiner Lebensaufgabe gemacht, hinter den Börsenschwindel zu kommen und ein Zufall habe ihm dabei einen bedeutenden Schritt vorwärts geholfen. Als er sich eines Tages an der Börse befunden habe; habe er das Notizbuch eines Bankiers gefunden. Er habe einen Blick hineingeworfen und darin eine Tabelle von Papieren entdeckt, von denen die Kursbezeichnung bei zweien derselben mit rother Tinte geschrieben war. Er habe sich die Gattung der Papiere und den Kurs genau gemerkt und ihren Stand an der Börse verfolgt. Es sei ihm aufgefallen, daß diese beiden Papiere — es seien österreichische gewesen — schon im

Laufe des Monats ohne erklärliche Veranlassung gestiegen seien. Am Ultimo hätten sie genau den Kurs erreicht, der in dem Notizbuche des Bankiers angegeben war. Er sei ein fleißiger Börsenbesucher geworden, wobei er sich den Anschein eines völlig Unkundigen gegeben habe, um hinter das Geheimniß zu kommen, welches seiner Ueberzeugung nach gewisse Börsengruppen verbinde. Fast sei es ihm gelungen, aber er sei mit seinem System noch nicht völlig fertig. — Auf eine Anfrage des Angell. Plack erklärt der Zeuge, daß er jetzt schon so weit gekommen sei, die Kurse auf sechs bis acht Tage vorher berechnen zu können.

Der Erste Staatsanwalt Dreescher richtet an den Zeugen die Frage, warum er denn nicht mittels seines „zuverlässigen“ Systems spekuliere, um dadurch sein verloren gegangenes Vermögen wieder zu gewinnen. Der Zeuge Weber erwidert, daß er dies erst thun werde, nachdem es ihm gelungen sei, sein System vollständig fertig zu stellen.

Als Sachverständiger giebt sodann der gerichtliche Bücherrevisor Töpfer ein auf einem sorgfältigen Studium der sämtlichen Bücher der Diskonto-Gesellschaft beruhendes umfangreiches Gutachten. Aus dem reichen Rechenmaterial, welches derselbe vorträgt, ist hervorzuheben, daß bei den in der Broschüre bezeichneten Gesellschaften, die unter der Regide der Diskonto-Gesellschaft ins Leben getreten sind, nirgends ein sogenannter Gründergewinn gemacht worden ist. Bei der Dortmunder Union hat sich für die Diskonto-Gesellschaft ein Verlust von 1/4 Millionen Mark ergeben, dem ein Gewinn von circa 500 000 Mark gegenüberstand. Was die Comerner Bergwerke betrifft, so habe die betreffende Gesellschaft in den ersten Jahren neun bis sechs Prozent Dividende gehabt, später sei sie zurückgekommen. Mit der Gründung von Gesellschaften habe die Diskonto-Gesellschaft selbst nichts zu thun gehabt, da die Verhandlungen direkt zwischen dem Vorbesitzer und der Gesellschaft geführt wurden. Eine Durchsicht der Konten des Ministers Dr. Miquel zeige, daß derselbe keinerlei Spekulationsgeschäfte gemacht habe, und es sei nicht ein einziges Differenzgeschäft vorhanden. Was die Art der Papiere betreffe, in denen der Minister sein Geld, welches doch nicht tod daliegen könne, angelegt habe, so handele es sich um einunddreißig verschiedene Papiere. Der Minister habe sie jahrelang im Besitz gehabt und jetzt noch theilweise im Besitz. Verkäufe der Papiere seien vorgekommen, nachdem sie lange Zeit ruhig dagelegen. Uebrigens sei ihm von Beamten der Diskonto-Gesellschaft gesagt worden, daß der Minister sich persönlich um diese Dinge nicht gekümmert habe. Die Gegenüberstellung von Gewinn und Verlust aus den verschiedenen Anlagen ergeben für den Minister einen Verlust von 49 251 M. Von rumänischen Stammattien habe der Minister nur 2000 Thaler befallen.

Was den in der Broschüre enthaltenen Vorwurf betrifft, daß die Diskonto-Gesellschaft bei dem Darlehensgeschäfte die rumänische Gesellschaft berouehert habe, erklärt der Sachverständige, daß an Provision und Zinsen von sämtlichen Darlehnen der einzelnen Jahre sich ein Durchschnittssatz von 8,33 pCt. ergibt.

Die Ausführungen des Sachverständigen geben dem Angeklagten Plack Veranlassung zu einer unendlichen Kette von Fragen und verdächtigen Ausdrücken im Sinne seiner Broschüre. Er bleibt namentlich immer dabei, daß die Diskonto-Gesellschaft Wucherzinsen bei dem qu. Kreditgeschäfte genommen habe, und läßt sich durch keine Darlegungen des Generalkonfuls Russel belehren. Die Diskussion über diesen Punkt schließt damit ab, daß auf Antrag des Angeklagten ein Vertreter der Bankhaus J. W. Krause sofort geladen wird, um Auskunft darüber zu geben, welchen Provisions- und Zinssatz ein solider Bankier im Jahre 1872 bei einem Kreditgeschäfte mit einem sicheren Kunden berechnete.

Längere finanzielle Ausführungen des Angeklagten Plack erregen wiederholt das Gelächter der anwesenden Finanzmänner. Der Angeklagte will auch den Bücherrevisor Töpfer bewegen, zu bekunden, daß die Bilanzen der rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft gefälscht waren. Herr Töpfer lehnt aber eine Auskunft darüber ab, weil ihm zu einer solchen neben den Bilanzen auch die Bücher vorlegen müßten.

Zeuge Nieze: Die Bilanzen seien von ihm gemacht worden. Als derselbe gemeine Verdacht, den der Angeklagte hier wieder vorbringe, seinerzeit im Prozesse Gehlten vorgebracht worden, seien die Bücher eingefordert und von einem gerichtlichen Bücherrevisor durchgesehen worden. Weil die Befestigungen dann geradezu insam wurden, habe er in jedem Jahre einen Bücherrevisor zu den Bilanzen herangezogen.

Der Angeklagte Plack stellt den Antrag, aus dem Bericht des Aufsichtsraths und der Bilanz vom 26. Juni 1878 einzelne Stellen zu verlesen. Der Erste Staatsanwalt widerspricht diesem Antrage. Der Strafantrag beziehe sich lediglich auf die Person des Finanzministers. Der Gerichtshof habe doch nicht die Aufgabe, gewissermaßen eine Untersuchungs-Kommission zu bilden über Börsengeschäfte im Allgemeinen. Der Gerichtshof lehnte den Antrag ab, da der Finanzminister Miquel im Jahre 1878 weder persönlich haftender Gesellschafter der Diskonto-Gesellschaft noch Aufsichtsrath der rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft gewesen sei.

Der Angeklagte Schweinhagen kommt jetzt wieder auf die braunschweigische Eisenbahn-Angelegenheit zurück. Der Präsident hält ihm vor, daß doch alle neuen Beweisanträge überflüssig seien, da er ja doch schriftlich und mündlich die Erklärung abgegeben habe, daß er den gegen Dr. Miquel erhobenen Vorwurf nicht aufrecht erhalten könne. Der Angeklagte bestreitet dies, worauf der Präsident noch einmal die Abbitte zur Berechtigung bringt, die Schweinhagen unterm 18. Oktober v. J. vom Gefängnisse aus an den Finanzminister gerichtet hat.

Der Angeklagte Schweinhagen erklärt, daß in dem Inhalte dieses Briefes weder ein Widerruf noch eine Abbitte zu finden sei, sondern lediglich das Anerbieten eines Vergleichs. Er neige sich jetzt allerdings der Ansicht zu, daß die erste Erklärung des Finanzministers im Reichstage die richtige sei. Er stelle nun den Antrag, folgende Personen zu laden, welche genauen Aufschluß geben könnten über die Vorgänge, welche zum Verkauf der braunschweigischen Eisenbahnen führten. Es seien dies der vormalige Eisenbahnvorsteher Hummel zu Kriemhagen und der Versicherungsgagent Katterfeld in Braunschweig, der früher ebenfalls braunschweigischer Beamter gewesen sei. Ferner beantrage er die Ladung des früheren Staatsministers v. Maybach, welcher betunden solle, bei welcher Gelegenheit der preussische Staatskassirer die Aktien der braunschweigischen Eisenbahnen übernehmen mußte und welche Erträge daraus dem preussischen Staatskassirer zugeflossen seien. — Der Erste Staatsanwalt widerspricht auch diesem Antrage, der mit dem Inhalte der Anklage in keinem Zusammenhange stehe. — Der Gerichtshof beschließt, dem Antrage stattzugeben und die Jengen sofort telegraphisch zu Freitag Mittag 1 Uhr zu laden.

Inzwischen ist der Prokurist Hoene vom Bankhaus J. W. Krause u. Co. erschienen. Derselbe bekundet, daß sein Bankhaus im Jahre 1872 bei Gewährung von Darlehen an ganz sichere Kunden an Zinsen und Provision 6—7 pCt. berechnet haben würde. Bei so großen Summen, wie sie bei den Rumänischen Eisenbahnen in Frage kamen und bei einem so großen Risiko würden sich die Bedingungen natürlich erschweren.

Der Angeklagte Plack richtet dann noch eine ganze Reihe von Fragen an die früheren Direktoren Ottermann und Miquel, welche wieder auf die Verhältnisse der rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft bezug haben. Er wünscht namentlich Aufklärungen über die Beziehungen der Gesellschaft zu verschiedenen österreichischen Pressorganen. Er will damit beweisen, daß durch Vermittelung des Ritters von Gräudorf große Gelder ausgegeben seien zur Bestechung der öffentlichen Meinung und daß somit seine Broschüre mit der Behauptung Recht habe, daß Herr Miquel die Zeitungen bestochen habe. Der Angeklagte überreicht mit triumphirender Miene ein Konvolut von Quittungen und die

Briefen der rumänischen Eisenbahngesellschaft und sehr stolz hinzu: „Das sind lauter Originale!“ — Zeuge Ottermann: Ich das sind wohl die von Reiskner gestohlenen Aktien? — Angell.: Das weiß ich nicht. Ich kenne Herrn Reiskner nicht. — Aus den Befundungen der Zeugen geht hervor, daß damals der Direktion der Gesellschaft natürlich daran liegen mußte, die Prospekte etc. auch in die österreichischen Blätter zu bringen, theils um das dortige Publikum zu interessieren, theils um durch Zuwendung von Inseraten an gewisse Organe gebäßige Kritiken zu vermeiden. Es seien auch Artikel über die Lage des Unternehmens in die Presse lancirt worden. Der Angeklagte behauptet, daß verschiedene dieser Notizen direkt falsche Thatsachen enthalten, was von den Zeugen entschieden bestritten wird. — Präsi.: Und meinen Sie denn, daß der Herr Minister Miquel von diesen Verbindungen mit den Zeitungen irgend welche Kenntniß hatte? — Angell.: Gewiß, Herr Miquel war doch Aufsichtsraths-Mitglied. — Zeuge Ottermann: Der Angeklagte hat gestern gezeigt, daß er keine Ahnung hat von den Erfordernissen einer Bilanz, jetzt zeigt er, daß er gar keine Ahnung hat von dem Geschäftsbetrieb einer großen Gesellschaft. Glaube er denn wirklich, daß in solchen Dingen die Mitglieder des Aufsichtsraths, die oft an ganz verschiedenen Orten wohnen, erst um ihren Rath befragt werden? Der Herr Finanzminister Miquel hat von diesen Dingen keine Kenntniß gehabt. — Der Angeklagte geht weiter mit verschiedenen Fragen auf die Darlehensaufnahmen der Rumänischen Gesellschaft ein. Zeuge Ottermann scheidet diese Fragen mit der Bemerkung ab: Bei einer Gesellschaft, an deren Spitze die hervorragendsten Männer standen, ist doch schon der Gedanke, daß unreelle Geschäfte betrieben seien, geradezu absurd. Es ist namentlich eine absurde Erfindung, daß die Gesellschaft Gelder bloß deshalb aufgenommen habe, um der Gesellschaft Provisionen zu verschaffen. — Zum Beweise, daß der Zeuge Herr Miquel sich sehr um die internen Angelegenheiten der Gesellschaft bekümmert und auch die Prehanlagenheiten gekannt habe, beruft sich Plack auf einen bei seinen „Aktien“ befindlichen Briefwechsel zwischen Ottermann und Miquel, bei welchem es sich um Joachim-Gehlsen handelte. — Zeuge Ottermann: Das war ein einzelner, ganz besonderer Fall. Es kam damals einmal ein Mann zu mir, welcher mir erzählte, daß Gehlsen am nächsten Tage in seiner „Deutschen Eisenbahnzeitung“ (späteren „Reichsglobe“) einen Schmäheartikel gegen uns veröffentlichen wolle. Er legte mir nahe, doch alle Schritte zu thun, um dies zu verhindern, ich lehnte es aber ab, da ich meinte, daß solche Subjekte kaum Schaden zufügen könnten. Ich habe dann über die Angelegenheit mit Herrn Miquel unterhandelt und dessen Rath eingefordert, ob und was etwa geschehen solle. Ich frage nun einen jeden, wenn solcher Fallunkte... Angell. (der sich getroffen fühlt) unterbricht: Aber wie darf denn der Zeuge so etwas sagen! — Präsi.: Sie sehen, daß ich eben dabei war, den Zeugen zu unterbrechen. Im Uebrigen brauchen Sie doch wahrhaftig nicht so sehr penibel zu sein, der Sie so oft mit Ausdrücken wie „Schwindel“, „erlogen“ und dergleichen um sich werfen. — Zeuge Ottermann: Der „Hallunke“ war ja gar nicht auf den Angeklagten gemünzt, sondern auf Gehlsen. (Geisterzeit).

Die Beweisaufnahme ist damit bis auf die heute geladenen Zeugen vorläufig erledigt. Der Angeklagte Plack wünscht den Finanzminister Miquel nochmals zur Stelle zu haben, da er noch mehrere Fragen an denselben zu richten habe. Der Präsident bemüht sich vergeblich, den Angeklagten von diesem Gedanken abzubringen und der Gerichtshof beschließt, den Minister Miquel auf Freitag nochmals vorzuladen.

Hiermit schließt die Sitzung. Die Verhandlung wird Freitag 11 Uhr fortgesetzt werden.

Prag, 14. März. (Prozess gegen die Mörder Mrva's.) Der Mitangeklagte Cigel leugnet die Mitwisserschaft an der Ermordung des Mrva und erklärt sich bezüglich der Verbreitung des junggeschiedenen Manifestes für unschuldig. Das Verhör der Angeklagten wurde sodann geschlossen und das Verhör der Zeugen begonnen.

Versammlungen.

Die „große Protestversammlung“ der Getreuen der berühmten Firma Siemens u. Halske hat wie das vorauszusehen war, mit einem glänzenden Fiasko geendet. Von den circa hundert Personen, die man mit vieler Mühe zu dieser großen Nothwendigkeit herangeschleppt hatte, bestand der größte Theil aus Beamten, Werkmeistern, Komtoirpersonal u. s. w. Der fromme Wunsch, ganz unter sich zu sein, ging leider nur sehr bedingt in Erfüllung, denn trotz der peinlichsten Kontrolle war das fremde Element, das partout nichts von dem Vertuschungs-System hält, in bedenklich großer Zahl vertreten und nur die Letzteren saßen auch die Versammlung ihrer Bedeutung entsprechend, nämlich als Komödie, auf. Mit wahren Nachsätzen begrüßte man die Erklärung des Herrn Christoph, Werkmeister-Abspirant seines Zeichens, daß er persönlich (!) vom Direktor die Versicherung erhalten habe, daß hier Jeder seiner Ueberzeugung gemäß sprechen könne, ohne einer Mahregelung ausgesetzt zu sein. Die Widerlegung der von agitatorischer Seite angeführten Mißstände beschränkte sich auf Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie und Lobsprüche auf die wirklich so gute Firma. Nachdem die Braven eine Weile über alles Mögliche geredet hatten, dämmerte ihnen die Erkenntniß auf, daß sie doch auch etwas Positives thun müßten. Ganze zwölf Personen, die übrigen Anwesenden betheiligten sich nicht an der Abstimmung, „beschlossen“ feierlich (gewißlich wurde niemand) eine Kommission damit zu betrauen, „die Sache mit den Mißständen“ dem Herrn Direktor vorzutragen. Nachdem man diese That vollbracht, war auch die Energie verdampt und man wurde sich schließlich einig, daß wegen der geringen Zahl der Anwesenden die Kompetenz doch wohl bestritten werden könnte und schloß deshalb die Versammlung.

Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter in Berlin und Umgegend hielt am 12. März eine Bezirksversammlung für Noabit in der Kronenbrauerei ab. Da der Referent nicht erschienen war, hielt der Kollege Näther einen Vortrag über den „Ruh der Fachvereine.“ Kollege Näther erklärte vorher zu diesem Thema angeregt zu sein durch Herrn Kramer, demselben Herrn, der am 27. Februar in der Versammlung der Arbeiter von Siemens und Halske die Humanität dieser Firma so warm vertheidigt habe. Näther zeigte sodann, wie unbedingt notwendig es sei, daß sich die Arbeiter gewerkschaftlich organisiren, wenn sie nicht auf eine noch tiefere Stufe ihrer Lebenshaltung herabsinken wollen. Auf diese Ausführungen des Kollegen Näther wußte nun Herr Kramer sächlich, fast gar nichts zu erwidern. Er erzählte, er habe den Fachverein der Maschinenbauer mitbegründet, aber schließlich einen Haken in der Bewegung gefunden und sich seit 1878 um gar nichts mehr gekümmert. Damals seien wenigstens noch Arbeiter an der Spitze des Vereins gewesen, heute aber säßen im Vorstand nur Uebensfabrikanten und Leute, die keine Arbeiter seien, sondern nur vom Verbandsbesoldet würden. In energischer Weise erwiderte Kollege Näther unter Zustimmung der Versammlung dem Herrn. Er selbst sei nicht mehr im Vorstand, im letzteren befänden sich nur Arbeiter und außerdem würde auch der Vorstand nicht besoldet. Ein solcher Mann, der nur im Austrage seines Chefs die Leute, die sich für ihre Mitmenschen opfern, mit Schmutz bewerfen könne, verdiene nur die Verachtung aller Arbeiter. In diesem Sinne sprachen sich auch noch zwei andere Redner aus und forderten zum Schluß die Mitglieder auf, sich dem Verbands anzuschließen.

Baukau. In einer öffentlichen Versammlung, zu welcher die Wähler besonders eingeladen waren, sprach am 5. März

Reichstags-Abgeordneter **Mollenhuth** über „Den politischen Kampf der Arbeiterklasse“. Eine rege Besprechung folgte den Ausführungen des Referenten. Da die Versammlung nur bis 11 Uhr tagen konnte, so verzichteten einige ausgezeichnete Redner aufs Wort, um die Aufstellung der Kandidaten zu ermöglichen. Genosse **Witz** nannte hierauf die beiden Kandidaten: **Gustav Wajahn** und **Karl Hoffmann**, und wollte noch einige Ausführungen machen, als er vom überwachen Beamten unterbrochen wurde. Nun kam das uns schon bekannte Schauspiel: Der Beamte forderte den Vorsitzenden auf, die Versammlung zu schließen, der Vorsitzende lehnte diese Zumutung ab. Darauf erklärte der Beamte die Versammlung für aufgelöst.

In der letzten Versammlung der selbständigen Kürschner erstattete Kollege **Feldmann** Bericht über das Resultat der gegen die Firma **V. Manheimer** unternommenen Schritte. In einer früheren Versammlung war auf Grund verschiedener Beschwerden das Bureau beauftragt, diesbezüglich bei dem Inhaber der Firma vorstellig zu werden, der sich dann auch bereit erklärte, den Wünschen der Beschwerdeführer bezüglich einer schnelleren Abfertigung beim Liefern nachzukommen. Das Trinkgeldverweigen sowie die unpassende Behandlung seitens der Angestellten ist nunmehr auch beseitigt. — In der Diskussion wurde betont, sehr zusammen zu halten und sich um das Banner der Organisation zu schaaren, damit derartige Mißstände nicht wieder eintreten können. Zehn Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen.

In **Schöneberg** sprach am 8. März in der Schloßbrauerei vor einer sehr gut besuchten Versammlung der Reichstags-Abgeordnete **August Bebel** über: „Die wirtschaftliche Lage“. Redner charakterisierte die **Vogelstau-Politik** der herrschenden Klasse gegenüber dem Elend der Arbeitslosigkeit; überall ertönt die Klage in den Kreisen der Industriellen über schlechten Geschäftsgang. Die Kosten dieses schlechten Geschäftsganges tragen aber, so führte Redner aus, in erster Linie die Arbeiter. Die Statistik zeigt dies nach den verschiedensten Richtungen, so an der bedeutenden Zunahme der Bestrafungen wegen Bettelerei, ferner an dem Rückgang der Eheschließungen und Geburten, sowie der Zunahme der Todesfälle nach dem Zehnerjahre 1891. Einen fernerer Ausdruck findet das Elend der Proletarier in der beträchtlichen Zunahme der Bestrafungen wegen Vergehen und Verbrechen, in dem Wachsen der Zahl der der Armenpflege preisgegebenen Personen, in der fortwährenden Vermehrung der weiblichen Arbeiter und dem verhältnismäßigen Rückgang der beschäftigten männlichen Arbeiter. Der Fleisch- und Getreidekonsum zeigt gleichfalls einen erschreckenden Rückgang. Diesem Elend steht auf der anderen Seite ein ganz kolossaler Reichtum weniger Personen gegenüber, der ebenso riesenhaft wächst wie das Elend der Massen. Immer mehr früher selbständige Personen sinken in

das Proletariat hinab, wie das außerordentliche Wachstum der Bankrotte zeigt. Da infolge der ungeheuren Entwicklung der Industrie und der Verkehrsmittel schon der große Kapitalist in seiner Existenz gefährdet ist, so haben sich Truists gebildet, welche die bisherigen Verluste der Kapitalisten-Unternehmer auf die Arbeiter ganz abwälzen und dadurch auf der einen Seite die beständige Reserve-Armee der Arbeiter vergrößern und auf der anderen Seite einzelne Personen ungeheure Reichtümer verschaffen. In der Einkommensteuer-Statistik liest man recht deutlich, wie im Laufe der Jahre die großen Einkommen bedeutend wachsen, die Zahl der Millionäre zunimmt, während die Zahl der mittleren Einkommen sinkt. Diese furchtbare Entwicklung, welche die Dinge nehmen, zeitigt jene große Unzufriedenheit und führt das beträchtliche Wachstum unserer Partei herbei, die nur das notwendige Produkt unserer kapitalistischen Gesellschaft ist. Woran leidet unsere Gesellschaft hauptsächlich? Wir häufen Waaren auf und können sie nicht verkaufen, während große Massen von Menschen gerade solcher Waaren bedürfen, aber sie nicht kaufen können. Diesen vernunftwidrigen Zustand wollen wir beseitigen. Wir sind als Menschen geboren, wir wollen Zustände schaffen, in denen Alle auch menschenwürdig leben können. Mit stürmischem Beifall belaudete die imposante Versammlung ihr Einverständnis. Da Segner sich nicht zum Wort meldeten, wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Bebel rief noch mit wenigen Worten zur kräftigen Betheiligung an der Dienstag stattfindenden Gemeindevahl, worauf die Versammlung die Genossen **Schubert** und **Röster** einstimmig als Kandidaten aufstellte. Nachdem Genosse **Hadelbusch** über den Widerstand berichtet hatte, welchen seine Anträge in der Gemeindevertretung finden, forderte Röster namentlich auch die kleinen Beamten auf, für uns zu stimmen, während Schubert u. a. mittheilte, daß einem Manne, der nichts weiter als eine Quantität Preiskohlen im letzten Winter von der Gemeinde erhalten hat, dafür das Wahlrecht entzogen worden ist.

In der Versammlung des Arbeitervereins für **Pankow** und Umgegend hielt der Reichstags-Abgeordnete **Jubeil** einen Vortrag über das Thema: „Hundert Millionen neue Steuern“. Nach einer lebhaften Besprechung, bei welcher mehrfach unsere Stellung zur Religion und zur Kirche berührt wurde, sprach die Versammlung dem Referenten in einer Resolution ihr Einverständnis mit seinen Ausführungen aus. Der Verein beschloß, wegen der jetzigen Wahlbewegung das Stiftungsfest erst im Sommer zu veranstalten. Ferner soll den März-gefallenen ein Kranz gewidmet werden.

In **Ren-Weißensee** tagte am 7. März eine öffentliche Versammlung, die sich mit der Frage der Maisfeier beschäftigte. Die Versammlung beschloß, da wo irgend möglich soll die Arbeit

eingestellt werden. Den Theilnehmern steht den Tag über ein Lokal zur Verfügung und findet des Abends eine Versammlung statt. Zur Gemeindevorteiler-Wahl nahm die Versammlung keine Stellung, sondern übertrug dies der nächsten öffentlichen Versammlung.

Friedrichsberg. In einer hier am 8. März abgehaltenen Versammlung des Arbeiterinnen-Bildungsvereins sprach Frau **Bohrlach** in einem beifällig aufgenommenen Vortrage über die „Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren“.

In **Straußberg** sprach am letzten Sonntag der Genosse **Bogitzer** in einer stark besuchten Versammlung über den „deutsch-russischen Handelsvertrag“ und die Sozialdemokratie“. Die Anwesenden belaudeten durch ihren großen Beifall ihr volles Einverständnis mit dem Redner. Zu gleicher Zeit tagten noch zwei gegnerische Versammlungen, eine antisemitische und eine freisinnige.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Freitag, den 16. März, Abends 8½ Uhr, im Kommandanten-Garten, Kommandantenstraße 10-11: Große Versammlung der Schleswig-Holsteiner mit Frauen. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag des Herrn **P. Böhm** über: „Karl Marx ökonomische Lehren“. Ausgabe der Blätter zum 2. Stiftungsfest am 1. Osterfesttag bei **Holz, Alie Jakobstr. 75**.

Arbeiter-Bildungsverein für Johannisthal, Nieder-Schönweide und Umgegend. Sonnabend, den 17. März, Abends 8½ Uhr, bei **Senfleben, Johannisthal: Mitglieder-Versammlung**.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29) zu **Hamburg, Filiale Berlin**. Sonnabend, den 17. März, Abends 8 Uhr, bei **Witz, Siemenstr. 17: Mitglieder-Versammlung**. Stichwahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. s. w. Die Ortsverwaltung Berlin und Umgegend versammelt sich Sonntag, den 18. März, Nachmittags 3 Uhr, bei **Quandt, Stralauerstr. 48: Tagesordnung: Die Kreisfrage**.

Textil-Arbeiter und Arbeiterinnen! Sonnabend, den 17. März, Abends 8½ Uhr, findet in **Witz's Salon, Weberstr. 17**, eine Versammlung des Verbandes aller in der Textil-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen **Dr. Hermann** über: Die Personalfrage des Reiches und die gegenwärtige Gesellschaftsordnung. Nach der Versammlung gemüthliches Beisammeln mit Tanz.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dazu abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wagt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identisch zu werden.

An die Parteigenossen! Der Gesangverein **Vorwärts II** hält am 1. Osterfesttag einen geselligen Abend, verbunden mit Konzert, Theater und Ball unter Mitwirkung der Ethischen Gesellschaft ab. Wir erklären hiermit, daß wir weder vom Gesangverein **Vorwärts II** zur Mitwirkung aufgefordert sind, noch unsere Zustimmung dazu gegeben haben. Der Vorstand der Ethischen Gesellschaft.

Am 17. März, Abends 5 Uhr, erscheint im unterzeichneten Verlage:

Glaubt an nichts Uebernatürliches.

Von **Alfred Goldt**.
(Verfasser des kleinen Pfaffenpiegels.)

Es fehlt noch immer „der höchste und letzte Beweis“, d. h. von der tatsächlichen Unmöglichkeit alles Glaubens und der Möglichkeit einer glaubenslosen, natürlichen, naturwissenschaftlich begründeten, besseren Sittlichkeit. Und dieser höchste und letzte Beweis wird in der vorliegenden Schrift in klarer und allgemein verständlicher, vollstündlicher und markiger und trotzdem in streng wissenschaftlicher Weise gegeben, so daß dieselbe nicht verschlen kann, besonders Klussehen zu erregen.

Th. Mayhofer Nachf.,
Berlin N., Weinbergsweg 15 b.

Brauerei Gambrinus in Charlottenburg.

Erlaube mir hierdurch ganz ergebenst anzuzeigen, daß ich mit **Sonntag, den 18. März,** das Etablissement genannter Brauerei übernehme. Gute Bische und **W. Weins** und **Piere** sollen den mich besuchenden Gästen den Aufenthalt in meinem Lokale so angenehm als möglich gestalten.

Um gütigen Zuspruch bittend, zeichnet
23416
Hochachtungsvoll

J. Reimann,
früher Weissbier-Ausschank „Kurfürstenpark“, Halensee.

„Brauerei Stralau.“

Hierdurch beehre ich mich die ergebene Anzeige zu machen, daß ich die **Gräfl. Reischach'sche Brauerei in Stralau** käuflich übernommen habe und unter der Firma: **„Brauerei Stralau“** in dem bisherigen Umfange weiter führen werde. Mit dem Brauen eines vorzüglichen **Lagerbieres** ist heute unter Leitung eines tüchtigen Braumeisters begonnen worden.

Stralau bei Berlin, **Dr. W. Frentzel,**
den 15. März 1894. alleiniger Besitzer der

„Brauerei Stralau.“

Fernsprecher-Nr.: Stralau Nr. 11.

Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Rum,

echt und Façon, Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Fl. 10 Pl. billiger

Inhaber: **Eugen Neumann & Co.,** Conrad Neumann, 609M
6a. Belle-Alliance-Platz 6a.
Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 8.
Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

!! Roh-Tabak !!

Sämtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Grand, in billigster Preislage, empfiehlt **Heinr. Franck,** Rahtabak-Handlung, Brunnenstr. 185.
Formen (Bockfoorn) wieder vorräthig.

Musikinstrumente.
Alle Klav., Streich- u. Schlaginstrumente, **Spieldosen,** 3. Dreien u. selbstspielend.
Musik-Automaten fertigt **Aug. Kessler,** 51. Lanitzstr. 51.
Gr. Vereinsz. zu verg. Simeonstr. 23.

Nächsten Sonntag geöffnet bis 6 Uhr Nachmittag.

„Zum Prophet.“

Welthaus
für Herren- und Knaben-Garderoben.
I. Etage. Am Dönhoffplatz. I. Etage.
Ecke Leipziger- und Kommandanten-Straße.
57978

Herren-Anzüge von 9 Mark an
bis zu den feinsten Qualitäten vorräthig.

Abth. I	Anzüge	sonst 18-48 M. von	9 M. an
II	Salon-Anzüge	30-60	20
III	Baumgarn	48-55	32
IIIa	Frühjahrs-Valcots	20-36	9
IV	Euchhosen	6-26	2 1/2
V	Valcots	20-54	9
VI	Schlaftröcke	16-36	9
VII	Westen	6-13	1 1/2
VIIIa	Knaben-Anzüge	4-10	2 1/2
VIIIb	Kurshen-	9-18	5
VIIIc	Jünglings-	15-30	8

in großartiger Auswahl von 7 M. an.

Nächsten Sonntag geöffnet bis 6 Uhr Nachmittag.

Wer giebt einem Gen. **Möbel** auf Theilzahlung? Offerten unter **R. Post-**amt Rosenthalerstraße. 2332b

Roh-Tabak.

Grösstes Lager. Beste Marken. Billigste Preise. Reelle Bedienung.

Gesundheit garantiert. Geöffnet den ganzen Tag.

Um geehrten Besuch bittet **W. Hermann Müller**
Neue Friedrichstr. 9.

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reich. Lager von ca. 1000 Sommer-Valcots, 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Jaquets, Hosen, Westen u. Ferner Hüten, Betten, Ringe, Betten, Wäsche, Stiefel, Hüte, Reife- u. Holzboffer, Waschkessel u. Sämtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

A. Wergien,
Schneidermeister und Parthiewaaren-Fändler, 57948
127 Skalitzerstraße 127.
Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Gardinen - Fabrik

Großes Lager gestickter und engl. Tüllgardinen, Stores, weiß und creme. Große Auswahl in Sopha-, Tisch- und Bettdecken, auch im Einz. zu den billigsten Fabrikpreisen.
E. Knappe aus **Dutsch** in **Sachsen**
Berlin N., Brunnenstr. 21, pt.

Original- 671M

Sing-Piston

ist das einfachste, eleganteste, ff. vernickelt ausgef. Musik-Instr. Ein Kind kann die schönsten Melodien spielen. Piano u. Instrum. begleiten. Pass. f. Salon u. Landpartien für eine u. mehrere Personen. Nach beigel. Anweisung in 10 Min. erlernbar. Preis 2 Mark. Wwo. Mertens, Pankow bei Berlin.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für **Gold-, Silber-, Alfenidewaaren** (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich **H. Gottschalk,** Goldarbeiter und Uhrmacher, 37 Admiral-Strasse 37

Roh-Tabak!

Java, sehr preiswerth, 4 Pfd. 85 Pf., pfdweise, empfiehlt **W. Bergemann,** C., Alexanderstr. 28.

Damen-Masken-Garderobe

von **M. Roussel,** 43. Skalitzerstr. 43

1000 Damen!!!

Regenmäntel, Frühjahrsjaquets, Capes u. Kinderanzüge à 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 M. u. s. w.
Landsbergerstr. 48, I.

Gut gehendes Schanngeschäft billig zu verkaufen **Buttmannstr. 13.** 2334b

Vereinszimmer ist zu vergeben bei **D. C. Albrecht,** Gollnowstr. 29-30.

Biesenstr. 21 sind Wohnungen von 1 u. 2 Stuben und Küche sogleich zu vermieten.

Gesunde trock. Wohng. Stube, Küche, Korridor, Bod. u. Keller 216-308 M. **Wibald-Mergstr. 40.** 2345b

Brunnenstr. 64 sind keine Wohnungen billig zu vermieten. 2290b

Einfensterige Parterre-Stube mit sep. Eing. zu verm. Auch als Schlafstelle. **Buttmannstr. 13, Restaurant.** 2333b

Arbeitsmarkt.

Tüchtiger Dirigent, Lehrer an einer höh. Musikschule und selbst guter Sänger, wünscht Arbeitergesangverein zu übernehmen. Beste Referenzen. Offerten unter **C. S. 119** an die Expedition des „Vorwärts“. 2337b

Sauberes erfahrenes Mädchen für einen kleinen Haushalt gesucht. Meldungen, Nachm. 4-5 Uhr, Steinmehlfraße 48, Quergebäude 1 Tr.

Plätterinnen auf Manschetten und Chemisettes finden angenehme und dauernde Anstellung. 2331b
Felix Karpe, Blumenstr. 70.

Tokales.

Aus der Artilleriewerkstatt und Geschützfabrik in Spandau erhalten wir die Mittheilung, daß dort ganz umfassende Kündigungen von Arbeitern bevorstehen. Man redet davon, daß in den erwähnten Werkstätten, in denen zur Zeit über 3000 Arbeiter beschäftigt werden, das Personal bis auf 500 Mann reduziert werden soll und daß die Meister angewiesen sind, abtheilungsweise von Woche zu Woche Trupps von 40 bis 50 Mann zu kündigen. Diese Gerüchte stimmen schlecht zu der Thatsache, daß vom Reichstage 28 Millionen Mark für artille- ristische Zwecke bewilligt worden sind und nehmen sich gleichfalls sonderbar zu der bekannten, vor den Reichstagswahlen gegebenen Parole aus, welche da lautete: Wählt militärfreundlich, weil dann eure Erbsen gesichert ist!

Wir halten es daher für wahrscheinlich, daß die umher- schwebenden Gerüchte energisch von der Direktion der Spandauer Militärwerkstätten dementirt werden.

Eine Million Mark hat die Stadt Berlin im Vergleich zum vorigen Winter durch das Ausbleiben großer Schneefälle gespart! In diesem Winter wurden an Arbeitslöhnen für Be- seitigung des Schnees nur 3161 M. und 9765,25 M. für die Abfuhr verausgabt.

Wie wäre es, wenn die Biermaglaster die Hälfte dieser an Arbeitslöhnen gesparten Summe dem Herrn Mirbach für seine Kirche zu Hüben legten? Die andere Hälfte könnte für weitere Kirchenbauforderungen reservirt werden.

Die Volksbibliotheken sind seit längerer Zeit das Schmerzens- kind unserer städtischen Verwaltung. Diejenigen, an welche man bei dem Wort „Volksbibliothek“ zuerst zu denken pflegt, also der unbedeutende, aber deshalb doch nach Letztere verlangende Theil der Bevölkerung, wollen von den etwas fragwürdigen Bildungs- mitteln, welche die Berliner städtischen Volksbibliotheken ihnen zu bieten vermögen, nicht mehr viel wissen, so daß die Zahl der Leser seit Anfang der 90er Jahre fast ununterbrochen und ziemlich beträchtlich abgenommen hat. Wir haben uns über diese Angelegenheit an dieser Stelle wiederholt ausgelassen und nach- zureisen versucht, daß die Abnahme der Leserschaft vor allem in der Beschaffenheit des Bücherbestandes der Bibliotheken seine Erklärung findet, der, zum Theil durch Kauf, zum Theil durch Schenkungen gewonnen, in der Mehrzahl der Bücher von vernie- herein werthlos war und nun obenein längst veraltet ist, so daß er den Bedürfnissen namentlich des aufklärteren Theiles der arbeitenden Bevölkerung Berlins nicht mehr entspricht. Das ist auch bei den „neu“ ausgestatteten Bibliotheken der Fall, wie wir in Nr. 270 vom 16. November 1893 an dem neuen Katalog einer solchen Bibliothek gezeigt haben. Der Stadtv. Genosse Bruns hat nun in einer Sitzung des Staatsausschusses der Stadtverordneten- Versammlung die Verhältnisse der städtischen Volksbibliotheken zur Sprache gebracht und eine gründliche Reform verlangt. Die „Voss- Zeitung“ polemisiert dagegen und behauptet unter anderem, der Besuch der Bibliotheken sei gar nicht so schwach. Als Beweis führt sie die Bibliotheken in der Gipsstraße und am Luisen- platz an. Das sind nun aber nach dem letzten Magistratsbericht gerade die beiden besuchtesten Bibliotheken. In anderen dagegen steht es um vieles dünner aus. Im Jahre 1892/93 wurden von 27 Bibliotheken 363 155 Bände, also von jeder Bibliothek im Durchschnitt 13 450 Bände verliehen. Ueber 20 000 Bände wurden nur in vier Bibliotheken (darunter in der in der Gipsstraße belegenen über 30 000), unter 10 000 dagegen in zehn Bibliotheken (darunter in der in der Mohrenstraße 3747) verliehen. Das ist doch wahrhaftig kein übermäßig lebhafter Besuch. Der letzte Bericht ist leider sehr lüdenhaft ausgefallen. Er giebt nicht einmal die Zahl der Leser an. Man kann also nicht wissen, ob deren Zahl, nachdem sie 1891/92 nach längerer Abnahme endlich wieder ein wenig gestiegen war, 1892/93 auf's Neue zurückgegangen ist. In dem Jahrzehnt von 1881 (Kalenderjahr) bis 1891/92 (Etatjahr) ist die Leserschaft von 17 593 auf 15 791 gefallen, die Zahl der ent- liehenen Bände von 331 723 auf 370 578 gestiegen. Hierbei muß bemerkt werden, daß in demselben Zeitraum die Zahl der Bibliotheken von 23 auf 27, die der vorhandenen Bände von 93 415 auf 111 186 vermehrt worden ist. Es ist trotzdem nicht gelungen, aus den eigentlichen „Volkskreisen“ mehr Leser heranzuziehen, und auch die Vermehrung der Zahl der entliehenen Bände ist nur darauf zurückzuführen, daß besonders die Lehrer, Studenten und Schüler die Volksbibliotheken jetzt mehr als früher benutzen. Die Leser werden in den Vereinen eingetheilt in Gruppen, wie: Beamte, Lehrer, Studenten und Schüler, Kaufleute (und Gewerbe- treibende), Handwerker, Arbeiter, Soldaten, Frauen. Die Zahl der Arbeiter ist am stärksten zurückgegangen; sie belief sich 1881 auf 1667, 1891/92 auf 757. Die Zahl der von Arbeitern ent- liehenen Bände belief sich 1881 auf 22 854, 1891/92 auf 17 175, daß heißt unter je 1000 verliehenen Bänden kamen 1881 noch 69, 1891/92 nur noch 47 auf Arbeiter. Die Magistrats- berichte zählen allerdings die Handwerksgefellen zu der Gruppe „Handwerker“, in der eine Unterscheidung zwischen Selbst- ständigen und Gehilfen nicht beliebt wird. Die Zahl der Ar- beiter unter den Lesern war also doch noch höher, als oben an- gegeben ist. Aber auch die Gruppe „Handwerker“, also ver- muthlich auch die Zahl der mitbegriffenen Handwerksgefellen, hat sich im letzten Jahrzehnt vermindert, von 3585 auf 3485. Ebenso steht es mit der Gruppe „Kaufleute“ (und „Gewerbe- treibende“), die von 2497 auf 2215 zurückgegangen ist. Die Kaufleute und Gewerbetreibenden, Handwerker und Hand- werksgefellen zusammen betragen 1881: 6082, 1891/92: 5650. Man bedenke, daß in derselben Zeit die (mittlere) Bevölkerung Berlins von 1 188 794 auf 1 601 277 gestiegen ist. Geht man gar um ein Viertel- jahrhundert zurück, in jene Zeit, wo Berlin erst ein halbes Dutzend Volksbibliotheken hatte (1865), so wird einem erst recht klar, welche Rückschritte die städtischen Volksbibliotheken inzwischen gemacht haben. Die Zahl der Leser belief sich 1865 auf 6554, 1891/92 auf 15 791. In derselben Zeit stieg jedoch die Bevölkerung von 645 085 auf 1 601 277 Einwohner. Auf je 100 000 Einwohner kamen also 1865: 1016, 1891/92: 986 Leser. Und auf solche „Erfolge“ will man sich etwas zu gute thun!

Bahnprojekte. Bis auf weiteres schiebt worden ist der Umbau des Bahnhofes Gesundbrunnen, da für diese Station ein neues Projekt ins Auge gefaßt ist, wodurch Bahnhof Gesundbrunnen zu einem Zentralbahnhof umgestaltet werden wird. Es werden gegenwärtig Erwägungen darüber angestellt, den Personen- verkehr der Hamburger Bahn nach der obigen Station zu leiten und dieselbe gleichzeitig zu einem Zentralbahnhof der Stettiner Bahn — unter Beibehaltung des Stettiner Bahnhofes als End- station — zu gestalten. Da auch ferner die geplante direkte Linie Berlin-Hiel über Krennen über den Gesundbrunnen geleitet werden soll, so würde das neue Stationsgebäude, wie dasselbe jetzt errichtet wird, weit weniger räumlich nicht genügen. Es soll nunmehr eine provisorische Fahrplan-Verkaufsstelle mit War- tehalle gebaut werden, bis der neue Plan für die Bahnhofsanlage fertig gestellt ist und die oben erwähnten Erwägungen erledigt worden sind, was immerhin noch einige Jahre dauern dürfte. Die Verlegung der Hamburger Bahn vom Behrer Bahnhof soll sich heute schon als unabwendbare Nothwendigkeit herausstellen,

da die Zahl der Lehrer Fernzüge sowohl als auch der Vorort- züge Spandau-Nauen erheblich vermehrt werden soll.

Glücklich erscheint uns der Gedanke gerade nicht, den Ver- kehr mit Hamburg, sowie den vorgeblichen Zentralbahnhof an die äußerste Grenze der Stadt zu verlegen.

Je größer der Nothstand, je ärger der Bureaokratie- mus. Hunderttausend Steuerquittungen, so wird geschrieben, werden aus dem jetzt laufenden Geschäftsjahre als unerledigt in das Geschäftsjahr 1894/95 hinübergenommen gegen — 3000 im Vorjahre. Dieses kolossale Plus ist durch ein verändertes Ver- fahren in der Steuerziehung hervorgerufen worden. Während früher dem umgezogenen Steuerzahler die betr. Quittungen sofort nach Quartalschluß nachgeschickt wurden, werden diese- selben jetzt aufgesammelt, um nachher sortirt den je- weiligen Steuererhebem zugefickt zu werden. Die Kosten der Steuerziehung sind aber durch diese Neueinrichtung ganz be- deutend gewachsen, während die Einnahmen sich erheblich verringern. Wie uns von zuständiger Seite mitgetheilt wird, ist der Steueranfall in dem letzten Quartal ein ganz ungeheurer. Ein einziger Steuereintnehmer hat ca. 600 Quittungen im Betrage von über 4000 M., die als Kusfall zu buchen sind. Durch den Fortfall der zweiten Steuerstufe vom April 1895 ab ist die Geschäftstätigkeit der städtischen Steuerheber übrigens so verringert, daß 32 dieser Beamten ihres Postens entlassen werden.

Die bekannten Londoner Lieberbücher scheinen bei der Polizei ebenso beliebt zu sein, wie bei unseren Parteigenossen. Am Mittwoch Morgen 9 1/2 Uhr erhielt der Buchbinder Felix Weinberg, Chausseest. 60, den Besuch mehrerer Kriminal- beamten, welche nach Exemplaren dieser prächtigen Lieber- sammlung suchten. Trotz großer Mühe blieb das Resultat Null.

Der moralisirende Handwirth. Der Korbmacher Rohloff, Bernauerstr. 45/46, war infolge Arbeitslosigkeit außer Stande gerathen, seine nur für den Monat März fällige Miete pünkt- lich zu bezahlen. Das Kapitalverbrechen wurde dem säumigen Mieter von dem Wirth des betreffenden Hauses, einem Herrn Schmid, in einer Zuschrift wie folgt angedreht:

Wie ich höre, wollen Sie zwar wohnen, aber keine Miete zahlen, sondern den Wirth um die Miete betrügen, da Sie ehelicher Arbeit nicht nachgehen mögen! Ich kündigt daher Ihnen hiermit die Wohnung zum 1. April und lege hiermit auf Ihre Halseligkeiten — Weiden und so weiter — Beschlagnahme und werde weiter sehen, Sie kras- rechtlich in Verfolgung zu setzen; am besten wäre es ja, Sie sammt Ihrem Bettelkram durch den Gerichtsvoll- zieher an die frische Luft zu setzen; wenn Sie nun nicht nach Entzifferung und Ausbündigung dieses Briefes verbindlich erklären, daß Sie am 31. März spätestens die Wohnung räumen und die Miete zahlen wollen, lasse ich übermorgen die Ge- wissensfrage gegen Sie ergehen und Sie durch Schub aus dem Hause bringen. Sie werden im Leben nicht vorwärts kommen, wenn Sie arbeitslos sind und aufs Schuldern- machen ausgehen, ferner Leute um die Miete begaunern wollen!

Der Korbmacher Rohloff will den Gemüthmenschen von Handwirth vor Gericht darüber belehren lassen, wie man mit einem Mieter zu verfahren hat.

Die Schöneberger Gemeinderaths-Wahlen, welche am Donnerstag vorgenommen worden sind, haben in der dritten Klasse zu einem Stichwahlergebnisse geführt. Unser Genosse Säubert erhielt 519, Genosse Köhler 514 Stimmen, während auf den Wahlsachkandidaten Köhler 538 Stimmen fielen. Die Stichwahl findet am 28. d. M. statt.

Der Kirchhoff macht noch immer von sich reden. Die ultra- montane „Landshuter Zeitung“ meldet, daß ihre Nr. 56 auf grund des Majestätsbeleidigungsparagraphen konfiszirt wurde. Das Blatt hatte in betreffender Nummer einen Artikel veröffent- licht, der den Fall Kirchhoff, den Nordverbrecher des Generals auf den Redakteur Parich vom „Berl. Tagebl.“, die Verurtheilung und Begnadigung und die Delorierung des tapferen Generals mit dem Adlerorden kritisirte.

Lehrdruckerei auch im Theater. Der an Stelle des ver- stüßelten Herrn Litashoff getretene neue Leiter des Belle-Artance- Theaters hat bekanntlich wesentlich in Rücksicht auf das kost- brotlos werdende Personal von der Schließung der Bühne Ab- stand genommen. Daß die Herren aber bei Fortführung des Geschäftes auch sich selber nicht vergessen haben, zeigt der Um- stand, daß die Sagen, welche unter der vorigen Direktion schon erbärmlich waren, jetzt wiederum stark reduziert worden sind. Ob den Proletariern der Kunst auch endlich einmal die Augen dar- über aufgehen werden, wohin sie gehören?

Hausrecht. Bei dem Schlächtermeister F. Seyffert (Mittel- straße 19 wohnhaft) stand bis zum 1. März die 23jährige Emilie Zander in Dienst. Es war dies die erste Stellung, welche das Mädchen in Berlin bekleidete und kam E. Z. direkt von außer- halb. Der Herr Meister fand bald Wohlgefallen an dem frischen Mädchen und ließ es nicht an verständlichen Beweisen dieser seiner Wohlgefühlligkeit fehlen, ohne indessen irgend welche Gegen- liebe zu finden. Das Dienstverhältnis wurde der E. Z. schließlich derartig unheillich, daß sie sich veranlaßt sah, dasselbe zum 1. März dieses Jahres aufzukündigen. Dieser Muth des armen, jedoch charakterfesten Mädchens schien den liebevollen Schlächtermeister anzufachen, auch seinerseits ein Probchen von dem Muth, der in seiner Mannesbrust seine Spannkraft abgab, abzulegen. Und dieses Probchen bestand darin, daß er am 1. März vor ihrem Weggange die E. Z. auf gräßliche Weise mißhandelte. Die sichtbaren Folgen dieser Mißhandlung finden sich in einem vom Herrn Dr. Krause, Kasernen-Allee 86, angestellten ärztlichen Atteste eingehend geschildert und befindet sich E. Z. noch heute in ärztlicher Behandlung. Da Zeugen dieser Abschiedsszene vorhanden sind, so ist der Staatsanwalt- schaft die Angelegenheit unterbreitet worden, welche hoffentlich dafür sorgen wird, dem Herrn Meister klar zu machen, daß Dienstmädchen gewissermaßen auch noch Menschen sind und die Ansprüche an dieselben nicht zu weit getrieben werden dürfen, auch wenn sich jene als „Mädchen für Alles“ vermiethen.

Pässe nach Portugal. Der „Reichs-Anzeiger“ vom Mitt- woch enthält folgenden Hinweis: „In Portugal wird von den dortigen Polizeibehörden beim Betreten des Landes, ganz be- sonders aber beim Verlassen desselben auf dem Seewege ein vor- schriftsmäßig verfertigter Paß erfordert. Die Deutschen, die nach Portugal zu reisen beabsichtigen, thun daher gut, sich schon vor ihrer Abreise mit einem Paß oder doch wenigstens mit genügenden Ausweispapieren zu versehen, auf grund deren sie sich von den kaiserlichen Konsularbehörden in Portugal einen Paß ver- schaffen können.“

Der bekannte Feilskünstler Richard Mohrmann, der aus dem Gefängnis in Braunschweig entflohen war, ist nach hierher gelangter Drahtmittheilung in Amsterdam wieder ein- gefangen worden. Ob seine Auslieferung erfolgen wird, muß der Entscheidung der zuständigen Staatsanwaltschaft überlassen bleiben.

Ein Geheimer. Als am Mittwoch um 9 1/2 Uhr Morgens der Bäckerlehrling L. über die Jannowigbrücke hinwegging und seine Uhr hervorholte, um sie nach der Bahnhofsfuhr zu stellen, trat ein Mann mit den Worten an ihn heran: „Ich bin geheimer Schuhmann; gib die Uhr her, die Du eben hervorgeholt hast, die ist gestohlen.“ Als der Lehrling die Uhr gutwillig nicht ausliefern wollte, zog ihn der Unbekannte in einen Hausflur hinein und entriß ihm das Werthstück mit Gewalt. Der Junge lief dem Räuber schreiend nach und bewirkte dadurch die Fest- nahme. Der „Geheimer“ entpuppte sich später als der „Arbeiter“ R.

Zu lechter Stunde zurückgezogen ist die Verfügung der Staatsanwaltschaft zur Obduktion der unverheiratheten Marie Fröhlich aus der Swinemünderstraße. Wie schon gestern gemeldet, hatte sich ein Selbstmord als unzweifelhaft herausgestellt. Demnach war die bereits angeordnete Leichenöffnung gegenstands- los geworden.

Die Hochzeitsfreunden des Ferienkolonisten. Vom Hochzeitsmahl zu — „Vater Philipp“ mußte ein Handwerker marschiren, der sich vorgestern verheirathet hatte. Der Unvor- sichtige hatte vor einiger Zeit ein Gefuch, betreffend seine mili- tärischen Verhältnisse, eingereicht, und zwar hatte er das Ver- brechen begangen, den vorschriftsmäßigen Instanzenweg nicht inne zu halten. Das Gefuch wurde nicht nur nicht berücksichtigt, sondern der Referent auch noch zu drei Tagen „Mitteln“ verdonnert, weil er nicht den militärischen Vorschriften nach gehandelt hatte. Die Aufforderung, diese drei Tage „abzumachen“, hatte er schon vor einiger Zeit erhalten, den Termin zum Strafantritt aber ver- säumt — die bevorstehende Hochzeit spielt nun einmal im Leben des Zivilisten doch eine gewisse Rolle! Der junge Ehegatte hatte das Standesamt glücklich überstanden und sah nun eben beim Hochzeitsmahls mit Verwandten, Freunden und Bekannten. Da erschien unangemeldet ein Schuhmann, führte die fröhliche Gesellschaft und forderte den Referenten auf, ihn sofort nach der Revierwache zu folgen. Es half kein Widerstreben, der „glückliche“ Gemann mußte sich fügen. Auf der Wache wurde ihm eröffnet, daß die Militärbehörde verfügt habe, ihn sofort zur Verbüßung der drei Tage bei „Vater Philipp“ einzuliefern, zumal er die erste Ladung unberücksichtigt gelassen habe. Und so geschah es; der Kernte durfte seine junge Frau von dem Mißgeschick, das ihn betroffen, noch in Kenntnis setzen, im Uebrigen aber hat er die ersten Nächte seiner Ehe auf der Fritsche bei „Vater Philipp“ zubringen müssen. Gerechtigkeit, sagt Salomo, erhöht ein Volk, aber der Militarismus ist der Leute Verderben.

Vermischt wurde seit einigen Tagen der 22 Jahre alte Kutcher Hermann Schlacht aus der Prenzlauer Allee 98b. (Festern Mittwoch) ist nun seine Leiche auf dem Boden des Hauses Viehmannstr. 29 aufgefunden. Dort war Schlacht be- schäftigt und hat sich aus unbekannter Veranlassung erhängt.

Deutsche Preßfreiheit. Die neueste auf rothem Papier gedruckte Nummer des „Sozialist“ ist am Donnerstag noch vor dem Erscheinen konfiszirt worden.

Wegen des Verdachts der Falschmünzerei ist der Schlosser Lorenz in der Blumenstraße, sowie der Kohlenhändler Machule ebendasselbst verhaftet worden. Beide sollen falsche sächsische Zweimarkstücke mit der Jahreszahl 1883 in Umlauf gesetzt haben. Ertrappt wurden sie, nachdem sie mehrere Male hintereinander in der Spiritusfabrikation von Krause, Blumen- straße 34, für falsch erkannte Geldstücke wechseln ließen.

Die Gräfflich Reichschach'sche Brauerei in Stralsund ist für den Preis von 1 Million Mark in den Besitz des Dr. Frenkel, des Sohnes des Präsidenten der Kellerei der Berliner Kauf- mannschaft, Geh. Kommerzienrath Frenkel, übergegangen und der Brauereibetrieb wieder eröffnet worden.

Berliner Verkehrsweisen. Der Firma Siemens u. Halske hierseits ist regierungsfreig die nachgesuchte Genehmigung wegen Errichtung einer elektrischen Straßenbahn Berlin—(Gesund- brunnen)—Französisch Buchholz—Dammshöhe erteilt worden, und wird der Bau so bald als möglich zur Ausführung gelangen. Die erwähnte Firma hat bereits die Sub- mission für die erforderlichen Hochbauten zwischen Gesundbrunnen und Pankow aufgeschrieben; sobald der Zuschlag erfolgt, wird der Bahnbau in Angriff genommen werden. — Die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft beabsichtigt eine An- zahl neuer Linien zu eröffnen, welche direkte Konkurrenzlinien für die Große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft werden dürften. Als erste derartige Konkurrenzlinie ist die Strecke Gesundbrunnen- Gackescher Markt-Gendarmenmarkt ins Auge gefaßt.

Abenteuer zu Wasser und zu Lande. Aus einem Boden- werfack hervorgezogen wurde am Mittwoch Morgen in dem Hause Hindenburgstr. 4 ein Mann, der um so mehr Aufmerksam- keit erregte, als seine Kleider völlig durchnäht waren. Er wurde einem Schuhmann übergeben und von diesem wegen seines an- scheinend leidenden Zustandes nach der Charite gebracht. Hier ist in ihm der 33 Jahre alte Schiffer Karl Hohenfer festgestellt worden. Bei der Vernehmung darüber, wie er in das Ver- fack und zu den nassen Kleidern gekommen, gab er die folgende Dar- stellung: Er sei mit mehreren anderen Schiffen am gestrigen Abend in mehreren Wirthschaften gewesen und später an der Kronprinzenbrücke in eine Kauferei verwickelt worden. Dabei habe ihn ein Unbekannter in die Spree geworfen. Wie er aus dem Wasser gerettet worden sei, wisse er nicht, könne vielmehr nur angeben, daß er, nachdem er die Besinnung wiedererlangt, sich vor weiterer Verfolgung gefürchtet habe und mangels eines Obdachs auf den Boden geflüchtet sei. Ob dies zutrifft oder ob die Sache einen anderen Zusammenhang hat, ist noch nicht fest- zustellen gewesen.

Polizeibericht. Am 14. d. M. Mittags wurde ein Mann auf dem Boden des Hauses Viehmannstraße 29 erhängt vor- gefunden. — Im Erdgeschosse des Hauses An der Spandauer- brücke 2 fand Vormittags eine Gasexplosion statt, bei der der Hausdiener am Kopfe und an den Händen so schwer verletzt wurde, daß seine Ueberführung in die Charite erforder- lich wurde. Außerdem wurden durch den Ausbruch mehrere Thüren und Fenster beschädigt. — Vor dem Hause Gartenstr. 172 wurde Mittags ein siebenjähriger Knabe durch einen Omnibus überfahren. Er erlitt einen Bruch des Ober- schenkels. — Auf dem Moritzplatz wurde Nachmittags eine Frau von den Pferden eines Pferdebahnwagens zu Boden gerissen und erheblich verletzt. — Abends fiel ein Herr auf dem Moritzplatz beim Absteigen von dem Vorberräum eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens zur Erde und erlitt einen Armbruch. — In der Friedrichstraße fiel ein Mann vor einer in voller Fahrt be- findlichen Droschke hin. Der Kutcher derselben riß sein Pferd mit solcher Gewalt zurück, daß das Thier stürzte und auf den am Boden liegenden Mann fiel. Dieser erlitt dadurch an- scheinend eine schwere Gehirnerschütterung und mußte nach der Charite gebracht werden. — Im Laufe des Tages fanden sieben Brände statt.

Soziale Ueberlicht.

Nummelsburg. Unseren Parteigenossen geben wir hiermit bekannt, daß unsere Vertreter im Gemeinderath nicht ausgelost sind. Für die dritte Abtheilung steht eine Wahl bevor. Da es aber an einer geeigneten Person fehlt, die die Kandidatur übernimmt, so ersuchen wir die Parteigenossen, sich der Stimmabgabe zu enthalten.

W. Forgbert, Vertrauensmann.

Au alle nichtgewerblichen Bauarbeiter Deutschlands!

Werthe Kollegen! Die heutigen unheimlichen Zustände in unserem Berufe: niedere Löhne, Arbeitslosigkeit, unwürdige Behandlung, sollten für Jeden einen deutlichen Hinweis bieten, sich den Bestrebungen seiner organisierten Mitarbeiter anzuschließen. Zu wiederholten Malen haben die Kongresse der sozialdemokratischen Partei einstimmig die Nothwendigkeit der gemeinschaftlichen Organisation hervorgehoben, leider aber sind diese Beschlüsse nicht von allen befolgt worden. Wenn wir uns die Frage vorlegen: was bietet uns die Organisation? so begegnen wir einer Reihe ernstlicher, wichtiger Aufgaben, deren Erfüllung und Lösung die Gewerkschaftsbewegung zum Zweck hat. Sie soll das Gefühl der Solidarität stärken, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit ausbilden und pflegen, auf dem Arbeitsmarkt für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen; dem Kollegen zu seinem Recht verhelfen gegenüber dem Kapitalisten, und dem Bedrängten und Hilfsbedürftigen beistehen. Dies zu erreichen, bedarf es aber der Mitarbeit aller Berufsgenossen. Nicht ein kleines Häuflein, das tapfer in dem Vordergrund steht, vermag für alle das zu gewinnen, was wir uns als Ziel gesetzt haben. Darum, Kollegen, schließt Euch unserem Verband als Mitglieder an. Besonders mögen aber die großen Städte lebhafter für unsere Organisation wirken. Auch an die Maurer und Zimmerer, die mit unseren Berufsgenossen zusammen arbeiten, richten wir das Ersuchen, die Kollegen auf unsere Organisation aufmerksam zu machen und tüchtig für die Ausbreitung unserer Ideen zu sorgen.

Kollegen! Versteht öffentliche Versammlungen der Bauarbeiter und Berufsgenossen ein, die die Gründung von Zweigvereinen unseres Verbandes sich zur Aufgabe machen. Informationen ertheilt der Unterzeichnete.

Der Vorstand des Verbandes der Bauarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands.
J. A. Kraus, 1. Vorsitzender,
Hamburg, Hoheluft Uferweg Nr. 11.

NB. Die Arbeiterblätter ersuchen wir freundlichst um Abdruck.

Straßen. An die Parteigenossen! Am Mittwoch, den 21. März, findet hier die Erziehung zur Gemeindevertretung statt. Da der zu Wählende ein Eigentümer sein muß, so haben wir einen geeigneten Kandidaten nicht aufstellen können und empfehlen deshalb den Genossen die Wahlenthaltung.
C. Seif, Vertrauensmann.

Aufruf! An alle in Berlin wohnende und vorübergehend hier arbeitende Parteigenossen des Kreises Arnswalde-Friedeberg! Parteigenossen! Wie Euch bekannt ist, wurde im vorigen Jahre ein Verein gegründet, der sich die Aufgabe gestellt hat, im Reichstags-Wahlkreis Friedeberg-Arnswalde von hier aus die Agitation tüchtig zu unterstützen. Wir erjuchen deshalb diejenigen Genossen, die uns in unserem Bestreben behilflich sein wollen, Mitglieder unseres Vereins zu werden. Der Verein tagt jeden Sonnabend nach dem ersten und fünfzehnten des Monats, bei Tempel, Lange-straße 65, Abends 8 Uhr. Am Sonnabend, den 17. März, Abends 8 Uhr, findet in der Fruchtstr. 36 eine außerordentliche Versammlung statt, zu der wir alle Parteigenossen und recht zahlreichen Erscheinen bitten.

Albert Verhahn, Tilsiterstr. 87,
Paul Liebrandt, Barnimstr. 12.

Achtung, Schneider! Bei der Firma S. L. Levy, Friedrichstraße 85 — Englische Herrenmoden — befinden sich die dort arbeitenden Kollegen bezüglich des Lohns noch in Differenzen. Diese Firma zählt zu denjenigen, welche an die Arbeitskraft der Kollegen die größten Anforderungen stellt und den im vorigen Jahre bewilligten Tarif nicht bezahlt. Wir fordern alle arbeitssuchenden Kollegen auf, dort keine Arbeit zu nehmen. Die Agitations-Kommission der Schneider und Schneiderinnen Berlin.

Die Stukature von Karlshof sind infolge von Lohn-differenzen in den Streik eingetreten.

Die Zigarrenarbeiter und Arbeiterinnen der Firma Leopold (Heschel's Nachfolger) in Haynau sind ausgesperrt worden, weil sie sich gegen eine Lohnreduktion sträubten. Zugut ist fern zu halten.

Ein Theil des Straßenbahnpersonals in Dortmund hat Lohn-differenzen halber die Arbeit niedergelegt.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Der Vorstand des schweizerischen Arbeiterbundes hielt am Sonntag in Zürich seine regelmäßige Jahresversammlung ab. Nach Genehmigung der Jahresberichte des leitenden Ausschusses und des Arbeitersekretariats wurde für 1894 folgendes Arbeitsprogramm aufgestellt: Zusammenstellung der Arbeiterschutzes-Gesetze der verschiedenen Länder und statistisch-wissenschaftliche Begründung der Berufsgenossenschaften. Bei der Gröndlichkeit Grealich's steht zu erwarten, daß über beide Gegenstände tüchtige literarische Arbeiten geliefert werden. Neben den genannten neuen Aufgaben stehen auf dem Programm noch die Fertigstellung der Winterthurer Lohnstatistik und die Materialsammlung für die Beurtheilung der Einwirkung der Krise auf die Arbeitsverhältnisse.

In Zürich haben am Montag die Malerhelfen die Arbeit eingestellt, weil die Meister den verlangten Neunstundentag und einen Minimallohn von 50 Cts. pro Stunde nicht bewilligten.

Der Streik der italienischen Eisenbahnarbeiter nimmt immer größere Dimensionen an, in Verona ist die Zahl der Streikenden bereits auf 1300 gestiegen.

Gerichts-Beilage.

„Die Weber“, welche für das hiesige Deutsche Theater freigegeben sind, dürfen nach dem Entschieden des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien im Lobe-Theater zu Breslau aus den bekannten „sicherheitspolizeilichen“ Gründen nicht aufgeführt werden. Der Dichter sowohl als auch die Direktion des letztgenannten Theaters haben nunmehr Klage beim Obergerichtsgericht anhängig gemacht, indem sie sich darauf stützen, daß, trotzdem das genannte Schauspiel in Berlin an drei Stellen (neben der öffentlichen Aufführung) auch noch von den beiden Volksbühnen gegeben wurde, keinerlei aufreizende Wirkung zu konstatieren gewesen ist.

Ein Nachwächterprozeß. Vor dem 1. Senat des Obergerichts-Oberverwaltungsgerichts ist am Mittwoch ein Prozeß von prinzipieller Bedeutung zur Entscheidung gelangt. Es handelt sich um die Frage, wer die nach dem 1. April 1893 fälligen Pensionen der vor diesem Tage in den Ruhestand versetzten Nachwachterbeamten zu tragen habe. Während der Frist des Standpunktsvertrag, daß die Stadtgemeinde auf Grund des Vertrages vom 31. Juli 1897 die fraglichen Pensionen aus ihrem Säckel zu zahlen habe, wurde von der Stadtgemeinde Berlin die Ansicht vertreten, daß auf Grund der Bestimmungen des neuen Polizeikosten-gesetzes vom 20. April 1892 jedwede Verpflichtung der Stadt, die nach dem 1. April 1893 entstehenden Kosten des Nachwachterwesens zu tragen, erloschen sei. Der Oberpräsident hat unter dem 18. Oktober 1893 eine Zwangs-Etatistungsverfügung erlassen, inhaltlich deren er die Stadtgemeinde anwies, sich für das laufende Etatsjahr den Betrag von 88559 M. in Rechnung stellen zu lassen. Diese Verfügung hatte Berlin im Wege der Klage angefochten und ein obliegendes Erkenntnis erstritten. Von Seiten der Minister des Innern und der Finanzen war als Kommissar der Regierungsrath Sievert erschienen, während Berlin durch den Magistratsassessor Fürst vertreten wurde. In der Begründung trat das Gericht den Ausführungen der Stadt-gemeinde insofern bei, als es annahm, daß gegenüber dem Wort-laut des § 7 des Polizeikosten-Gesetzes, — wonach mit dem 1. April 1893 die im Vertrage vom 31. Juli 1897 übernommene Verpflichtung der Stadt Berlin, die Kosten des Nachwachterwesens zu tragen, erloschen ist — die Interpellation des Oberpräsidenten als verfehlt erscheine. Das Objekt des Rechtsstreits wurde vom Obergerichtsgericht auf nicht weniger als über 400 000 Mark geschätzt.

Das Obergerichtsgericht hat bekanntlich die Klage der Autorin der „Nothwehr“ gegen das Polizeipräsidium kosten-pflichtig abgewiesen. Fr. Schabelsky soll nun beabsichtigen, das Stück nach Streichung resp. Abänderung der inkriminierten Stellen von neuem zur Aufführung anzumelden.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 18. März, Vorm. 10^{1/2} Uhr:

Branchen-Versammlung der Rohrleger und Gehilfen

im Lokale des Herrn Boltz, Alte Jakobstr. 75.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Norden über: „Kunst und Sozialismus“.
2. Diskussion.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Nichtmitglieder als Gäste willkommen!

Achtung! Die regelmäßigen Branchen-Versammlungen finden von jetzt an jeden Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats statt. Wir ersuchen, dieses zu beachten, da weitere Einladung durch Laufzettel vorläufig nicht mehr stattfinden wird.

Um zahlreiches u. pünktl. Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung der Lederarbeiter Berlins (Weißgerber, Lohgerber, Lederfärber, Lederzrichter etc.)

am Sonnabend, den 17. März, Abends 8^{1/2} Uhr,
in „Weimann's Volksgarten“, Badstraße.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Hoffmann über: „Die wirtschaftliche Lage“.
2. Diskussion.
3. Stellungnahme zur Waisfeier.
4. Verschiedenes.

23405 Der Vertrauensmann.

Achtung! Landsleute! Achtung!

Sonnabend, den 17. März, Abends 8 Uhr,
im Lokal „Zum Freischütz“, Fruchtstraße Nr. 86a (oberer Saal):

Große öffentliche Versammlung der Landsleute des Arnswalde-Friedeburger Wahlkreises.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: Die Bedeutung des 18. März.
Referent: Genosse Leber G. Norden aus Hamburg. 2. Diskussion. 3. Ver-schiedenes. — Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
497/3 Der Einberufer: Paul Liebrandt, Barnimstr. 12.

Sattler! Große öffentliche Versammlung

am Sonnabend, den 17. März, Abends 8^{1/2} Uhr,
im Lokale des Herrn Wienecke, Alte Jakobstraße Nr. 83.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: Die Bedeutung des 18. März. Referent: Genosse
G. Näther. 2. Diskussion.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

Achtung! Große öffentliche Versammlung für Männer u. Frauen

Sonntag, den 18. März, Nachm. 4^{1/2} Uhr, Kolbergerstr. 23 bei Papp.

1. Vortrag des Genossen Hoffmann aus Pantow (früher Zeiß) über:
„Kampf um Dasein“.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

354/6 Der Einberufer.

Metzner's Korbwaren-Fabrik,
Berlin, 1. Gesch.: Androasstr. 23, S. pt., gegenüb. Androaspl.
2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüb. Humboldtbad.
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Muster-
bücher gratis. Theilzahlung ge-
tattet. 500 Mark zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß
er nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

Achtung Schneider!

Die Firma S. L. Levy, Friedrichstr. 85, sucht Arbeiter. Wir geben bekannt, daß die augenblicklich bei dieser Firma beschäftigten Kollegen sich bezüglich des Lohns noch in Differenzen befinden.

Wir fordern daher unsere arbeitssuchenden Kollegen auf, dort keine Arbeit zu nehmen.
Die Agitationskommission.

Achtung! Achtung! Klempner.

Zur Niederlegung eines Kranzes auf die Gräber der Märzgefallenen versammeln wir uns in Jungfer's Lokal, Krautstr. 36, am Sonntag, 18. März, Vormittags 7 Uhr. 187/17
Abmarsch pünktlich 7 Uhr.
Der Vorstand.

Allgem. Kranken- u. Sterbefälle der Metallarbeiter

(G. D. Nr. 29) zu Hamburg, Fil. Berlin 8.
Mitgliederversammlung
Sonnabend, 17. März cr., Ab. 8^{1/2} Uhr,
im Lokale des Herrn Wille, Hochstr. 92a.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht. 2. Delegirten-Stich-wahl. 3. Verschiedenes.
224/18 Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 17. März cr., Ab. 9 Uhr,
Melchiorstr. 15:

Versammlung.
Tagesordnung:
Abrechnung vom Maiknaben. —
Verbandsangelegenheiten. 333/14
Der Vorstand.

Köpenick. Große öffentliche Versammlung

für Männer und Frauen
am Sonntag, d. 18. März, Nachm. 1 Uhr,
im Lokale des Herrn Scheer
(Wilhelmsgarten).

Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung des 18. März.
Ref.: G. Adler-Berlin. 2. Dis-kussion. 3. Verschiedenes.
479/17
Der Einberufer.

Köpenick. Geschäfts-Eröffnung.

Einen geehrten Publikum von Köpenick und Umgegend zeige hiermit ergebenst an, daß ich vom 24. März ab Rudow-straße 11 ein **Barbier- u. Friseur-geschäft** eröffnet habe.
Um gütigen Zuspruch bittet [5795] Hochachtungsvoll
E. Leuchtenberger.

Große öffentliche Versammlung sämmtl. Droschkenkutscher

Berlins und Umgegend
am Freitag, den 16. ds. Mts., Abends 9 Uhr, in den Germania-Sälen, Chausseestraße Nr. 103.

Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung der Gewerbegerichts-Beisitzer über ihre bisherige Thätigkeit. Referent: Kollege H. Schulz. 2. Berichterstattung des Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl desselben. Refer. Kollege A. Stillor. 3. Stellungnahme zur Feier des 1. Mai. Referent Koll. Schütte. 4. Diskussion. — Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. 149/11

Das Agitations-Komitee. J. A.: Herrmann Schulz.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 18. März, Nachmittags 1 Uhr, in der Gambrius-Brauerei, Wallstraße Nr. 96:

Große öffentliche Volksversammlung.

Tagesordnung:
Bedeutung des 18. März. Referent Reichstags-Abgeordneter Fritz Zabol. Diskussion. 3. Stellungnahme zum 1. Mai. Die Vertrauensleute.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Zur Beachtung! Das vom Gesangsverein „Vorwärts“ hierseits in Bismarckshöhe am 18. März veranstaltete Konzert hat mit der Partei nichts zu thun. (Stehs Plakate.) D. O.

I. Stiftungs-Fest

Freien Vereinigung der Bureau-Angestellten

Berlins und Umgegend
am Sonnabend, den 17. März, Abends 8^{1/2} Uhr,
im „Schweizer-Garten“.

Concert von Zivil-Berufsmusikern.
Prolog, gesprochen von Herrn F. Schulz. Auftreten der Hochturnkünstler The three brothers Leon. „Anwalt und Schreiber“, dramatisches Bild. „Erwachtende Gerechtigkeit“, lebendes Bild. Nach der Vorstellung: Ball. Billets für Herren (inkl. Tanz) 50 Pf., für Damen 30 Pf., in den mit Plakat belegten Handlungen sowie jeden Abend im Vereinsbureau, Dragonerstraße 49a, v. III. Das Vergnügungs-Komitee.
Nach Schluß: Kranzniederlegung im Friedrichshain. 466/5

Künstl. Zähne 2 M. Schmerzl. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theil-zahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22, 8-7 Uhr.

GESCHAFTSHAUS S. HEINE
Die Firma besteht seit 1873.
Gardinen
Portièren und Tischdecken.
Neue stilvolle Muster in grosser Auswahl
zu aussergewöhnlich billigen Preisen.
Teppiche
in unübertroffener Auswahl, garantiert fehlerlos
Waare, zu erstaunlich billigen Preisen.
Gardinen-Reste
für 1, 2 oder mehr Fenster pass., äusserst wohlfeil.
Neuheiten 57791.
in Steppdecken, Bettdecken, Schlaf-
und Reisdecken.